



Informationen

zur politischen Bildung / izpb

352 3/2022

Der Weg zur Einheit



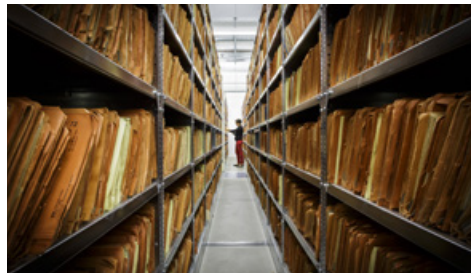
Inhalt



10



41



14

4 Die Deutsche Frage in der internationalen Politik

- 4 Deutschland und das Gleichgewicht Europas
- 6 Teilung als Lösung?
- 9 Die DDR im Sowjetimperium
- 9 Neue Ostpolitik

12 Veränderungen im Zeichen der Entspannung

- 14 Abgrenzungspolitik der DDR
- 16 Entwicklung in den Nachbarstaaten
- 16 Sowjetunion: Revolution wider Willen?
- 19 Die DDR als Insel der Orthodoxie
- 21 Politik des Westens

22 Zusammenbruch des SED-Regimes

- 23 Grenzöffnung durch Ungarn
- 23 Kommunalwahlen und Schulterchluss mit China
- 25 Massenflucht und Proteste
- 26 40. Jahrestag der DDR
- 27 Honeckers Sturz
- 28 Krenz und Modrow als Nachfolger
- 30 Der 9. November

34 Beginn der deutschen Einigung

- 35 Ringen um die Erhaltung der DDR
- 36 Kohls Zehn-Punkte-Programm
- 38 Wachsender Druck
- 39 Modrows Initiative
- 40 Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion
- 41 Volkskammerwahl 1990

46 Verhandlungen mit den Vier Mächten

- 46 Uneinigkeit der Westmächte
- 48 Unsicherheit in der Sowjetunion
- 49 Einigung in Ottawa
- 51 Zwei-plus-Vier-Verhandlungen
- 53 Treffen im Kaukasus
- 55 Zwei-plus-Vier-Vertrag

58 Gestaltung der Wiedervereinigung

- 59 Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
- 63 Grundgesetz oder neue Verfassung?
- 64 Eigentumsfrage
- 65 Soziales Netz
- 65 Wiedervereinigung der Kultur
- 67 Von der Bonner zur Berliner Republik

Zu diesem Heft



46



76

70 Entwicklungen nach der Wiedervereinigung

- 70 Neue Außen- und Sicherheitspolitik
- 74 Probleme der inneren Einigung
- 78 Reformzwänge und ihre Auswirkungen auf die politischen Strukturen
- 79 Fazit

- 80 Der Weg zur Einheit – Chronik
- 82 Quellen- und Literaturhinweise
- 82 Internetangebote
- 83 Bildnachweise
- 83 Der Autor
- 83 Impressum

Im Jahr 2020 jährte sich der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober zum 30. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums erschienen zahlreiche Artikel in Zeitschriften und Zeitungen, wurden Bücher, Fernsehdokumentationen und Spielfilme produziert, wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlicht und Menschen in Ost- und Westdeutschland befragt. Thema war der „Stand der deutschen Einheit“ – wie hat sich das Zusammenleben von Ost- und Westdeutschen seit 1990 entwickelt?

Deutlich wurden die Unterschiede: Laut einer Umfrage von 2019 empfinden sich 73 Prozent der befragten Bundesbürgerinnen und -bürger als deutsch, 13 Prozent als westdeutsch und 9 Prozent als ostdeutsch. Eine knappe Mehrheit ist der Ansicht, dass das Trennende nach wie vor überwiegt. Dabei beantworteten Jüngere und Westdeutsche diese Frage tendenziell positiver als Ältere und Ostdeutsche.

Dies hat vor allem mit den Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre zu tun. Bereits kurz nach der Wiedervereinigung zeichnete sich ab, dass sich das Versprechen der „blühenden Landschaften“ des Bundeskanzlers Helmut Kohl für die Menschen in Ostdeutschland, die mutig und gewaltlos ihre Freiheit von der SED-Diktatur erkämpft hatten, nicht überall erfüllen würde. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung prägten die Transformationsjahre nach 1990. Große Unterschiede in Produktivität, Einkommen und Vermögen bestehen bis heute fort. Nur wenige Menschen aus Ostdeutschland sind in den Eliten der Bundesrepublik vertreten. Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich nicht wahr- oder ernstgenommen, während viele Westdeutsche das kaum nachvollziehen können. Die Kluft scheint zwar kleiner geworden zu sein, ist aber nicht geschlossen.

Zwei Themen, die gegenwärtig in Ost und West besonders unterschiedlich wahrgenommen werden, sind die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie und zur Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Insgesamt unterstützt die Bevölkerung zwar mehrheitlich die Politik der Bundesregierung. Eine kleine, aber oft lautstarke Minderheit insbesondere in Ostdeutschland stellt die Maßnahmen indes grundsätzlich in Frage. Manche von ihnen stehen der in Deutschland gelebten Demokratie eher skeptisch gegenüber.

Außenpolitisch hat Deutschland seit der Einheit an Gewicht gewonnen und übernimmt auch sicherheitspolitisch immer mehr Aufgaben. Im September 2022 erneuerte Bundeskanzler Olaf Scholz die Bewerbung Deutschlands um einen permanenten Sitz im VN-Sicherheitsrat.

Politik und Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen: Es geht um die Stabilität der EU, die in einigen Ländern durch EU-skeptische und rechtspopulistische Regierungen gefährdet scheint, und auch um die Haltung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mit seinen Folgen für die Energieversorgung und die Systemkonkurrenz zwischen autoritären und demokratischen Regimen. Dazu kommen weltweit zunehmende regionale Konflikte und der dramatische Klimawandel mit seinen Auswirkungen auf die gesamte Welt.

Jutta Klaeren

Die Deutsche Frage in der internationalen Politik

Der Zweite Weltkrieg und der Ost-West-Konflikt spalten Deutschland.
Die Bundesrepublik orientiert sich nach Westen, die DDR nach Osten.
Brandts Ostpolitik entspannt das Verhältnis zur DDR und Osteuropa.

Von den 1870er-Jahren bis nach dem Zweiten Weltkrieg galt Deutschland für viele ausländische Politiker und Beobachter als Bedrohung für Europa und die Welt. Das vorherrschende Bild von den Deutschen war geprägt von Militarismus, politischer Unberechenbarkeit und dem Mangel an Gespür für die Ängste und Bedürfnisse anderer. Nach dem Zweiten Weltkrieg schien diese Bedrohung gebannt. Durch die Teilung Deutschlands und die amerikanisch-sowjetische Vorherrschaft schienen Europa und die Welt sicher vor den Deutschen – und die Deutschen sicher vor sich selbst. Die Wende von 1989 stellte diese Lösung wieder in Frage. Das vereinte Deutschland und Europa mussten aufs Neue lernen, miteinander zu leben. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 lässt sich daher nicht als isoliertes Ereignis der Gegenwart begreifen, sondern muss im Zusammenhang mit der europäischen und internationalen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gesehen werden.

Deutschland und das Gleichgewicht Europas

Nach dem Wiener Kongress von 1814/15 war Deutschland in 39 souveräne Einzelstaaten geteilt, darunter mit Preußen und Österreich zwei Großmächte. Die „Schwächung“ der europäischen Mitte war für die Architekten der Wiener Ordnung – die Außenminister Großbritanniens und Österreichs, Lord Castlereagh und Graf Metternich – eine Grundbedingung für das europäische Gleichgewicht, das den Frieden auf dem Kontinent sichern sollte. Mit der Gründung des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck im Jahr 1871 stellte sich daher die Frage, ob ein vereintes Deutschland mit seiner zentralen geografischen Lage und seiner Bevölkerungszahl, vor allem aber mit seiner Wirtschaftskraft und politisch-militärischen Macht mit dem europäischen Gleichgewicht in Einklang zu bringen war. Bismarck selbst erkannte dieses Problem frühzeitig und suchte es nach der Reichsgründung durch eine entschlossene Kehrtwendung seiner Politik zu entschärfen: So wenig er sich vor 1871 gescheut hatte, militärische Gewalt anzuwenden, um seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen, so sehr bemühte er sich nach 1871 um einen Kurs der Mäßigung und „Sätturiertheit“. Das Deutsche Reich, so Bismarck, solle den Status quo garantieren, anstatt ihn infrage zu stellen.

Tatsächlich trug die Bismarcksche Außenpolitik in den 1870er- und 1880er-Jahren dazu bei, die europäische Ordnung zu stabilisieren. Nach der Entlassung des Reichskanzlers durch Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 drängten jedoch neue Kräfte an die Macht, die schon seit 1871 unter der Oberfläche gewirkt hatten und im Ausland bald ein neues Deutschlandbild prägten. Besonders die Elemente des Nationalismus und des Militarismus, die für die Reichsgründung mobilisiert worden waren, erschienen in Verbindung mit der dynamisch fortschreitenden Industrialisierung als bedrohlich. An die Stelle der vorsichtigen und behutsamen Strategie Bismarcks trat nun ein neuer Stil: dynamisch, großspurig und arrogant, vor allem jedoch ohne Gespür für die Erfordernisse des europäischen Gleichgewichts und die Empfindlichkeiten der Nachbarn.

Der junge Kaiser war ein typischer Repräsentant dieses neuen Deutschlands: „Mit Volldampf voraus“ wollte Wilhelm II. das Reich nun steuern – nicht länger gehindert vom vormals übermächtigen Bismarck – und Deutschland neuen großen Zielen entgegenführen. Dabei galt es, die bisherigen Begrenzungen deutscher Politik zu durchbrechen. Weltpolitik war das Ziel. Was andere Staaten Europas wie England, Frankreich, Spanien, Portugal und die Niederlande seit langem betrieben hatten, sollte Deutschland – als „verspätete Nation“, wie der Soziologe Helmuth Plessner 1935 rückblickend schrieb – endlich nachholen.



Die veränderte Außenwahrnehmung Deutschlands personalisiert 1990 durch Helmut Kohl: vom Einzelgänger zum Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft.



Mit Wilhelm II. als neuem Kaiser, hier 1888 zu Besuch bei Bismarck in Friedrichsruh (l.), ändert sich die Politik. Bismarck wird im März 1890 als Reichskanzler entlassen (Karikatur „Der Lotse geht von Bord“ in der britischen Zeitschrift „Punch“ 1890 (M.)) und das Deutsche Reich tritt nach außen aggressiver auf: Wilhelm II. und Paul von Hindenburg im Ersten Weltkrieg 1915 (r.).

Das Ergebnis war vorhersehbar. Auch wenn der deutsche Imperialismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts keineswegs das Produkt einer abnormen politischen Kultur oder gar die Folge einer spezifisch deutschen Mentalität des Militarismus und der Aggressivität war, trugen seine Auswirkungen dazu bei, Deutschland zu isolieren und die anderen europäischen Mächte zur Bildung einer Koalition gegen das Reich zu veranlassen. Ein Ausgleich mit England wurde dadurch ebenso verhindert wie die Fortsetzung des Bündnisses mit Russland, das für Deutschland lebensnotwendig war, solange eine Aussöhnung mit Frankreich nicht gelang. Der deutsche Versuch, auf dem Umweg über die Weltpolitik in Europa die Vorherrschaft zu erringen, scheiterte schließlich im Ersten Weltkrieg.

Außenseiter europäischer Politik

Die deutsche Revolution vom November 1918 und die Errichtung der Weimarer Republik boten danach die Chance zu einem Neubeginn, die jedoch schon bald vertan wurde. Verantwortlich dafür waren nicht nur die Deutschen selbst, die es nicht verstanden, aus den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des Kaiserreiches auszubrechen und eine von der breiten Masse der Bevölkerung akzeptierte demokratische Ordnung zu errichten. Auch die Westmächte schadeneten der Republik, indem sie auf der Versailler Konferenz von 1919 das Versprechen des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson brachen, einen fairen und gerechten Frieden herbeizuführen.

Vor allem der Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrages – die offizielle Feststellung der deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges – löste zusammen mit der Verpflichtung zu hohen Reparationsleistungen in Deutschland Zorn und Erbitterung aus. Die Kriegsschuldthese vergiftete das politische Klima und führte zu weitreichenden Forderungen nach einer Revision des Versailler Vertrages. Die Reparationszahlungen trugen dazu bei, eine rasche wirtschaftliche

Erholung zu verhindern, die zu einer breiteren Akzeptanz der demokratischen Ordnung hätte führen können. Die innenpolitischen Feinde der Weimarer Republik hatten deshalb leichtes Spiel, gegen das „System von Versailles“ zu polemisieren und die neu gewählte demokratische Regierung in Berlin zu disskreditieren, der angesichts der militärischen Niederlage nichts anderes übriggeblieben war, als den Vertrag zu unterzeichnen und ihn vom Reichstag ratifizieren zu lassen. Die Beruhigung, die für die innere Stabilisierung der Republik notwendig gewesen wäre, wurde so erschwert.

Deutschland blieb daher auch nach dem Ersten Weltkrieg – trotz der Bemühungen von Außenminister Gustav Stresemann um deutsch-französische Aussöhnung und eine europäische Integration – letztlich ein Außenseiter der europäischen Politik. Die Erfolge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei den Reichstagswahlen nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929, welche die Nationalsozialisten zwischen September 1930 und dem Sommer 1932 zur stärksten politischen Kraft in Deutschland werden ließen, waren nur ein Ausdruck dieser inneren und äußeren Spannungen, von denen die Weimarer Republik schließlich zerstört wurde. Der Aufstieg Adolf Hitlers und seine Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bedeuteten nicht nur eine Kapitulation der Deutschen vor den Schwierigkeiten einer demokratischen Erneuerung und die Rückkehr zum gewohnten Modell einer autokratischen Führung, sondern sie dokumentierten auch das Versagen der Westmächte, ihre Politik in Europa so zu gestalten, dass Deutschland darin seinen Platz hätte finden können.

Nach 1933 warf die Politik der Nationalsozialisten sogleich wieder die Frage auf, ob sich Deutschland überhaupt in eine europäische Ordnung integrieren ließ. Denn Hitler forderte nicht nur die Lösung Deutschlands von den Beschränkungen des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung der deut-



1942 marschiert die deutsche Wehrmacht Richtung Stalingrad (o.); zwei Jahre zuvor – im Mai 1940 – studiert Adolf Hitler gemeinsam mit General Oberst Alfred Jodl (l.), Major Deyhle (M.r.) und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (r.) Landkarten zur Einsatzplanung (l.u.); nach dem Massaker deutscher Soldaten in der französischen Stadt Oradour-sur-Glane ist die Hauptstraße des Ortes abgebrannt und verlassen.



schen Ostgrenzen von 1914 sowie den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, sondern auch die Eroberung großer Gebiete im Osten und die Erringung der deutschen Vorherrschaft in Europa. Aus der Sicht des Auslands bewiesen diese Ansprüche erneut die Neigung der Deutschen, die europäische Ordnung zu untergraben, um eine eigene Hegemonie zu begründen – und das schon bevor die territoriale Eroberungssucht und die Verbrechen der Nationalsozialisten gegen alle Normen verstießen, die sich die Staaten Europas seit dem Wiener Kongress 1815 zur Regelung ihrer Angelegenheiten gesetzt hatten.

Teilung als Lösung?

Vor diesem Hintergrund konnte es kaum verwundern, dass die Gegner Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges in der Aufteilung des Deutschen Reiches den sinnvollsten Weg zur dauerhaften Lösung des deutschen Allmachtsanspruchs sahen. Auf der ersten Kriegskonferenz der „Großen Drei“ im November und Dezember 1943 in Teheran waren der sowjetische Staatschef Josef Stalin, der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt daher einhellig der Meinung, dass die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands eine Bedrohung für den Weltfrieden darstelle und dass nur ein geteiltes Deutschland in die internationale Staatengemeinschaft zurückkehren könne.

Beginn des Kalten Krieges

Die Teilung Deutschlands als Weg zur Beseitigung des deutschen Hegemonialstrebens war damit jedoch noch keine beschlossene Sache. Vielmehr wurde schon vor Ende des Krieges immer deutlicher, dass die Gesetze der Machtpolitik durch den gemeinsamen Kampf der Alliierten gegen Hitler-Deutschland nicht außer Kraft gesetzt worden waren. So bereitete das unaufhaltsame Vordringen der sowjetischen Armee nach Mitteleuropa, das durch Hitlers Expansion nach Osten ausgelöst worden war, vor allem den Briten große Sorgen. Auf der zweiten Kriegskonferenz der „Großen Drei“ im Februar 1945 in Jalta zögerte Churchill daher, bei der Frage der Teilung Deutschlands die gleiche Entschiedenheit an den Tag zu legen wie in Teheran. Die drei Regierungschefs verwiesen das Thema deshalb zur weiteren Beratung an eine Expertenkommission und demonstrierten auf diese Weise, dass sie sich in dieser Frage nicht mehr einig waren. Der Kalte Krieg warf seine Schatten voraus.

Auch Stalin rückte schließlich von seinen Teilungsplänen ab und erklärte in einer Ansprache an das sowjetische Volk am 9. Mai 1945, die Sowjetunion feiere den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschieße, „Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören“. Doch während Churchill und das britische Außenministerium bei ihren Überlegungen zur Erhaltung der deutschen Einheit von den Erfordernissen des europäischen Gleichgewichts ausgingen, das sie nach der Niederlage Deutschlands nun durch die übermächtige Sowjetunion bedroht sahen, ließ sich Stalin offenbar von der Hoffnung leiten, das Instrument einer gemeinsamen Besatzungspolitik nutzen zu können, um Einfluss auf

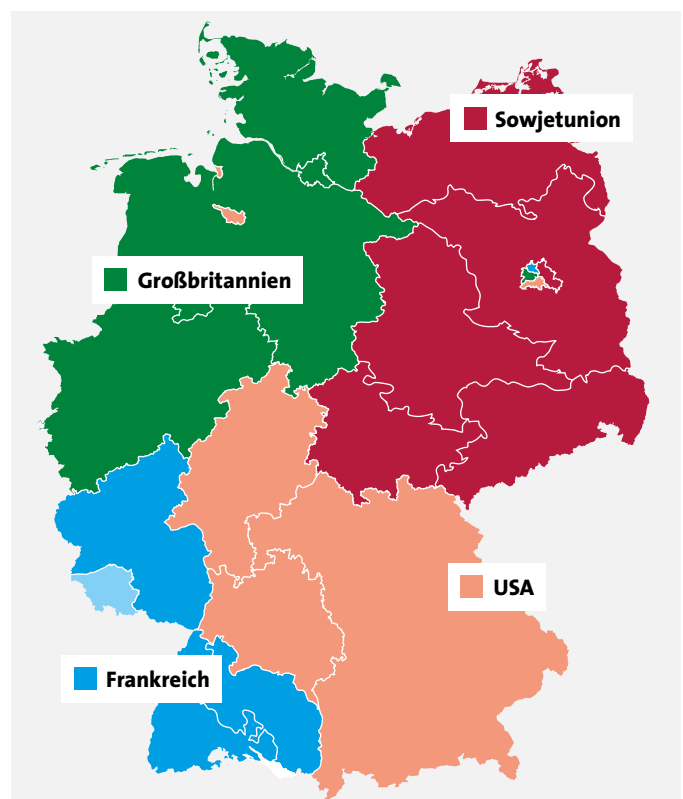
Bereits vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beratschlagten die Alliierten im Februar 1945 über die künftige Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und deutsche Reparationsleistungen. Von links nach rechts sitzen vor dem Liwadija-Palast in Jalta auf der Krim der britische Premier Winston Churchill, der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Machthaber Josef Stalin.



ganz Deutschland zu erlangen und damit seinen Anspruch auf Reparationen aus dem Ruhrgebiet durchzusetzen. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof war daher von einer möglichen Teilung Deutschlands nicht mehr die Rede. Vielmehr verständigte man sich auf ein Konzept, das einerseits von der „Wirtschaftseinheit“ Deutschlands ausging und andererseits eine „Umerziehung“ (*re-education*) der Bevölkerung vorsah, wobei man sich von „vier D's“ leiten ließ: Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung. Auch die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen, die bei den Verhandlungen der alliierten *European Advisory Commission* in London 1944 vereinbart und im Februar 1945 in Jalta beschlossen worden war, sollte zunächst nur dem Zweck dienen, Deutschland zu verwalten. Erst die wachsenden Spannungen zwischen den Alliierten nach Kriegsende führten dazu, dass die Verwaltungsgrenze zwischen den drei westlichen Zonen und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) schließlich zur Teilungsgrenze wurde.

So war die Teilung Deutschlands nach 1945 trotz der Entschlossenheit der Siegermächte, die politische, wirtschaftliche und militärische Macht des Deutschen Reiches dauerhaft zu zerschlagen, nicht das unmittelbare Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Vielmehr folgte sie aus dem Ost-West-Konflikt, in dem die Gemeinsamkeit der alliierten Deutschlandpolitik nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Von den ersten Spannungen 1945 und dem im Mai 1946 verhängten US-amerikanischen Reparationsstopp über den Marshall-Plan 1947, die Währungsreform 1948 und die Berliner Blockade 1948/49 bis hin zur Gründung der

Die vier Besatzungszonen





Am 25. März 1957 unterzeichnen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande im Konservatoren-Palast in Rom die Römischen Verträge. Von links nach rechts: Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatssekretär Walter Hallstein und der italienische Ministerpräsident Antonio Segni

beiden deutschen Staaten waren alle Etappen der Teilung unmittelbar mit der Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes verbunden. „Die Teilung der Welt“ – so ein Buchtitel des Historikers Wilfried Loth von 1980 – zog also die deutsche Spaltung nach sich. Und der territorial-politische Status quo in Europa, der auf dieser Teilung basierte, konnte von Deutschland aus nicht mehr einseitig verändert werden, solange Europa im gegeneinander wirkenden Sog der neuen „Weltführungsmächte“ USA und Sowjetunion verblieb.

Westintegration

Die Weichenstellungen, die zwischen 1945 und 1949 im beginnenden Ost-West-Konflikt erfolgten, bestimmten auch die Handlungsspielräume der Regierungen in den beiden deutschen Teilstaaten ab 1949. So war die Teilung Deutschlands für Konrad Adenauer – damals noch Vorsitzender der CDU in der britischen Zone – bereits 1948 nicht länger eine drohende Gefahr, sondern schon eine vollzogene Tatsache. Sie sei vom Osten her geschaffen und müsse nun durch den Wiederaufbau der deutschen Einheit vom Westen her beseitigt werden, erklärte er dazu in der „Kölnischen Rundschau“ vom 3. April 1948. Dazu war es nach Ansicht Adenauers notwendig, den westlichen Teil Deutschlands fest in die westliche Gemeinschaft einzugliedern, um ihn zu einem politisch stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen System mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung aufzubauen, das durch seine Attraktivität auf den östlichen Teil Deutschlands wie ein Magnet wirken würde. Aus einer solchen Position der Stärke heraus sollte dann auch die Wiedervereinigung Deutschlands angestrebt werden, die ohne gesicherte Westbindung nur um den Preis der Sowjetisierung ganz Deutschlands zu erreichen wäre.

Am 23. Mai 1949 wurde aus den drei Westzonen die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler verfolgte Adenauer deshalb eine Politik der Westintegration, die von vornherein nicht national, sondern europäisch bestimmt war. Wie Winston Churchill, der in einer Rede in Zürich bereits am 19. September 1946 für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich plädiert hatte, um damit einen ersten Schritt zu tun, „so etwas wie die Vereinigten Staaten von

Europa“ zu errichten, trat auch Adenauer für einen Zusammenschluss Westeuropas ein. Eine klare Entscheidung für den Westen zu treffen und damit die alte deutsche „Schaukelpolitik“ zwischen Ost und West zu beenden, war für ihn umso dringlicher, da nun zusätzlich die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches bestand, der inzwischen schon bis zur Elbe reichte.

Die Integrationspolitik Adenauers, durch die die Bundesrepublik von vornherein an den neu entstehenden europäischen Institutionen beteiligt wurde, kam bereits beim Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf der Grundlage des Schuman-Plans vom Mai 1950 zum Ausdruck. Die zunehmenden Spannungen im Ost-West-Konflikt führten nach Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 überdies zu einer intensiven Debatte über einen deutschen Wehrbeitrag zur Verteidigung Westeuropas und die Errichtung einer Europa-Armee mit deutscher Beteiligung im Rahmen einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG). Diese scheiterte jedoch im August 1954 am Widerstand in der französischen Nationalversammlung. Mit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Mai 1955 wurde aber eine Ersatzlösung gefunden, durch welche die von Adenauer angestrebte Westintegration der Bundesrepublik praktisch verwirklicht wurde. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) auf der Grundlage der Römischen Verträge vom 25. März 1957 führten diese Integrationspolitik weiter.

Die Erwartung Adenauers, durch Anbindung an den Westen nicht nur Sicherheit und Beistand für die Bundesrepublik gegenüber dem Kommunismus, sondern auch Anerkennung und Akzeptanz unter den neuen Verbündeten zu erhalten, ging in Erfüllung. Das loyale Verhalten der Bundesrepublik innerhalb des westlichen Bündnisses und die Verlässlichkeit der Adenauerschen Politik sorgten zudem für eine positive Veränderung des Deutschlandbildes im Ausland. Die Bundesrepublik wurde von einer Gegnerin zu einer soliden Partnerin der Westmächte im Ost-West-Konflikt und beim Neuaufbau Europas. Der Preis dafür war allerdings die Teilung Deutschlands, die damit auf Dauer zementiert schien.

Die DDR im Sowjetimperium

Ob eine Wiedervereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt möglich gewesen wäre – und wenn ja, zu welchen Konditionen –, ist in der historischen Forschung umstritten. Sicher ist nur, dass die Sowjetunion durch ihr Verhalten in Osteuropa nach der Besetzung durch die Rote Armee frühzeitig ihren Willen dokumentierte, die eroberten Gebiete nicht ohne Bedingungen wieder zu räumen. Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis verlangte nach einem territorialen Einflussgürtel. Deutschland spielte dabei eine besondere Rolle, weil es nicht nur die Schuld am Zweiten Weltkrieg trug, in dessen Verlauf etwa 27 Millionen sowjetische Soldaten und Zivilisten starben, sondern auch der Schlüssel zur Beherrschung Mittel- und Osteuropas war.

Welche Bedeutung Stalin der Kontrolle der deutschen Entwicklung beimaß, wird nicht zuletzt durch das umfangreiche Engagement der Sowjetunion bei der Ausbildung deutscher Exil-Kommunisten während des Krieges in Moskau unterstrichen, bei der kommunistische Kader wie die „Gruppe Ulbricht“, die bereits am 30. April 1945 an Bord einer sowjetischen Militärmaschine in Berlin eintraf, systematisch auf ihren Einsatz im Nachkriegsdeutschland vorbereitet wurden.

Die Integration, die im Westen Deutschlands von Adenauer in langen politischen Kämpfen durchgesetzt werden musste, gelang daher im Osten problemlos: Die Sowjetische Besatzungszone und später die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wurden praktisch vom ersten Tag an nahtlos in den sowjetischen Machtbereich eingefügt. Zwar gab es in Ostdeutschland Widerspruch gegen diesen Kurs. Insbesondere die neu gegründete Ost-CDU sowie die Liberal-Demokratische Partei und in geringerem Maße auch die SPD plädierten für einen „Brückenbau“ und wollten einem wiedervereinigten Deutschland eine Sonderrolle zwischen Ost und West zuweisen. Aber Teile der einflussreichen Sozialdemokratie, die allerdings nur bis zur Zwangsvereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) im April 1946 bestand, und vor allem die KPD votierten für eine Ostorientierung und eine revolutionäre Umgestaltung,

um den Kapitalismus zu überwinden, der ihrer Auffassung nach direkt in den Nationalsozialismus gemündet hatte. Und die grundlegenden Strukturreformen (Verstaatlichung, Planwirtschaft, Einpartei herrschaft), die nach 1945 in Ostdeutschland durchgeführt wurden, demonstrierten die Entschlossenheit der Sowjetunion und ihrer deutschen Verbündeten, zumindest in diesem Teil Deutschlands ihre Vorstellungen durchzusetzen.

In dem Maße, in dem sich ab 1946 der Kalte Krieg ausprägte, wurde damit die Teilung vorangetrieben, obwohl die Einheitsforderung verbal aufrechterhalten wurde. Faktisch war die Einbeziehung Ostdeutschlands in das sowjetische Imperium aber schon 1945 eine Tatsache, die auch nach Gründung der DDR 1949 nicht mehr zur Disposition stand. Eine freie Wahl gab es dabei für die ostdeutsche Bevölkerung ebenso wenig wie für deren politische Repräsentanten. Das damit einhergehende Legitimitätsdefizit des SED-Regimes konnte bis 1989 nie kompensiert werden. Da die DDR ihre Existenz einzig der sowjetischen Besatzungsmacht verdankte, blieb die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte bis zuletzt eine zentrale Bestandsgarantie für das Regime.

Neue Ostpolitik

Der Ost-West-Konflikt, der seit 1945 die Entwicklung in Deutschland und Europa beherrschte, machte somit auf Jahrzehnte jeden Gedanken an eine Überwindung des Status quo illusorisch. Immerhin trug die enge Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Machtblöcke dazu bei, die Furcht vor Deutschland und vor „den Deutschen“ abzubauen: Indem die Siegermächte ihren jeweiligen Teil Deutschlands in ihr Bündnissystem einfügten, hielten sie ihn zugleich unter Kontrolle. Im Westen entstanden darüber hinaus im Rahmen der europäischen Integration neue überstaatliche Strukturen, die es erleichterten, die Deutschen gleichberechtigt in die Staatengemeinschaft wiederaufzunehmen.

Zugleich wurde das Bild vom „militaristischen Deutschen“ der Vergangenheit in den 1950er- und 1960er-Jahren, als der



Bei einer Kundgebung am 12. August 1955 in Dresden halten Mitglieder der DDR-Jugendorganisation „Junge Pioniere“ ein Transparent in die Höhe und bekennen sich zur Sowjetunion.



Am 13. August 1961 beginnt die DDR mit dem Bau der Berliner Mauer, durch die sie sich noch deutlicher vom Westen und der Bundesrepublik abgrenzen will. Im November 1961 hat der Mauerbau auch das Brandenburger Tor im Herzen Berlins erreicht.

Kalte Krieg die Ost-West-Beziehungen bestimmte, auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ durch neue Feindbilder ersetzt, die sich nun an der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken orientierten: hier der „imperialistische Klassenfeind“ in der Bundesrepublik, dort das „kommunistische Satelliten-Regime“ in der DDR.

Erst nach der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1961/62, die kurzzeitig die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwor und damit zum Wendepunkt im Kalten Krieg hin zur Entspannungspolitik wurde, gelang es, die positiven Auswirkungen, welche die Politik der Führungsmächte bereits innerhalb der jeweiligen Blöcke auf das deutsche Image gehabt hatte, auf das Ost-West-Verhältnis zu übertragen. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hatte die neue Ostpolitik der Bundesrepublik unter Bundeskanzler Willy Brandt, der auf der Grundlage einer sozialliberalen Koalition nach der Bundestagswahl vom 20. September 1969 die Regierung übernahm.

Brandt hatte als Regierender Bürgermeister von Berlin den Mauerbau am 13. August 1961 erlebt und danach erkannt, dass entgegen den Hoffnungen der 1950er-Jahre eine Überwindung der deutschen Teilung noch für lange Zeit unmöglich sein werde, weil die mit Unterstützung der Sowjetunion erfolgte äußere Abriegelung der DDR das SED-Regime stabilisierte. Brandt schloss daraus, dass man in der Deutschlandpolitik künftig vom Status quo ausgehen und direkte Vereinbarungen mit der DDR anstreben müsse, um den Kontakt zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten nicht abreißen zu lassen und „menschliche Erleichterungen“ im geteilten Deutschland zu erreichen. Langfristig, so die Hoffnung, würde sich dadurch vielleicht auch ein „Wandel durch Annäherung“ ergeben, wie Brandts Pressesprecher Egon Bahr im Juli 1963 in der Evangelischen Akademie in Tutzing erklärte.

Diese neue Ostpolitik, die Brandt nach 1969 in die Tat umsetzte, führte zwischen 1970 und 1973 zu Verträgen mit Moskau, Warschau und Prag sowie zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und zum Grundlagenvertrag mit der DDR, in denen die bestehenden Grenzen anerkannt, der Status West-Berlins gesichert und Maßnahmen zur Zusammenarbeit vereinbart wur-

den. Die neue Ostpolitik leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Außerdem schuf sie die Voraussetzungen für die Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sowie für Gespräche über beiderseitige, ausgewogene Truppenbegrenzungen und trug so dazu bei, der gesamteuropäischen Entspannung den Weg zu ebnen.

Alle diese Entwicklungen ließen die „deutsche Gefahr“, die vor allem die Nachbarn Deutschlands mit Sorge erfüllt hatte, in einem neuen Licht erscheinen: Die Deutschen waren nicht länger „Störenfriede“ der internationalen Politik, sondern fügten sich, wie schon seit 1945 innerhalb der Blöcke, nunmehr auch in die Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen ein. Dabei stellte die Sicherung des Status quo ein zentrales Element dar, weil ohne die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Beachtung der jeweiligen Einflussphären keine Kooperation über die machtpolitischen und ideologischen Gräben des Kalten Krieges hinweg möglich gewesen wäre.



Unter Bundeskanzler Willy Brandt wendet sich die Bundesrepublik einer neuen Ostpolitik zu: Am 19. März 1970 trifft Brandt den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph zu ersten offiziellen Gesprächen in Erfurt.

Wandel durch Annäherung

[...] Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie. Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen, dass die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen. [...]

Die amerikanische Strategie des Friedens lässt sich auch durch die Formel definieren, dass die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, dass unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.

Die Frage ist, ob es innerhalb dieser Konzeption eine spezielle deutsche Aufgabe gibt. Ich glaube, diese Frage ist zu bejahen, wenn wir uns nicht ausschließen wollen von der Weiterentwicklung des Ost/West-Verhältnisses. Es gibt sogar in diesem Rahmen Aufgaben, die nur die Deutschen erfüllen können, weil wir uns in Europa in der einzigartigen Lage befinden, dass unser Volk geteilt ist.

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, dass die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. Heute ist klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen.

Wenn es richtig ist, was [Präsident John F.] Kennedy sagte, dass man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone [DDR] zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan. [...]

Der amerikanische Präsident hat die Formel geprägt, dass so viel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Wenn man diese Formel auf Deutschland anwendet, so eröffnet sich ein ungewöhnlich weites Feld. Es wäre gut, wenn dieses Feld zunächst einmal nach den Gesichtspunkten unserer Möglichkeiten und unserer Grenzen abgesteckt würde. Ich glaube, sie sind sehr viel größer als alle Zahlen, die bisher genannt wurden. Wenn es richtig ist, dass die Verstärkung des Ost-West-Handels mit der genannten Einschränkung im Interesse des Westens liegt, und ich glaube, es ist richtig, dann



Architekten des „Wandels durch Annäherung“: Willy Brandt und Egon Bahr am 17. Dezember 1963 im Rathaus Schöneberg

liegt sie auch im deutschen Interesse, erst recht in Deutschland. [...] Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbaren und verantwortbaren Versuchs, ihre Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müsste eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. [...]

Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, das sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.

Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungserklärung gesagt, sie sei bereit, „über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen“. Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen möchte ich meine Ausführungen verstanden wissen.

Wir haben gesagt, dass die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Selbstbewusstsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpasst, denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.

Rede von Egon Bahr in der Evangelischen Akademie in Tutzing am 13. Juli 1963; online: www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=o091_bah&object=translation&l=de



Am 21. Dezember 1972 unterzeichnen die Staatssekretäre Egon Bahr (v.l.) für die Bundesrepublik und Michael Kohl (v.r.) für die DDR im Ost-Berliner Ministerratsgebäude den Grundlagenvertrag, mit dem sich beide deutsche Staaten zu einer normalen gutnachbarlichen Beziehung auf Grundlage der Gleichberechtigung verpflichten.

MANFRED GÖRTEMAKER

Veränderungen im Zeichen der Entspannung

Die Reformbewegung aus Polen greift rasch auf andere Ostblockstaaten über.
In der Sowjetunion leitet Gorbatschow eine „Revolution von oben“ ein.
Nur das SED-Regime lehnt jegliche Liberalisierung ab.

Mit der Tatsache, dass die beiden deutschen Staaten „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ entwickelten, wie es im Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 21. Dezember 1972 hieß, verschwand die Wiedervereinigung allerdings nicht völlig aus der öffentlichen Diskussion. Für die Bundesrepublik war sie eine grundgesetzliche Verpflichtung. Und die DDR-Führung argumentierte, dass eine Wiedervereinigung möglich sei,

falls sich der Sozialismus in der Bundesrepublik durchsetze. Aus östlicher Sicht blieben die innerdeutschen Beziehungen damit Teil der „globalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus“. Die Politik der „friedlichen Koexistenz“ – des friedlichen Nebeneinanders von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – war aus dieser Perspektive kein Versuch zur Aussöhnung, sondern eine Form des internationalen Klassenkampfes.

Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 5

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen. Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne dass dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen. [...]

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler

Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, dass die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 7

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.

Artikel 8

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet. [...]

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin überein, dass durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden. [...]

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik („Grundlagenvertrag“) vom 21. Dezember 1972; hier nach: Bundesgesetzblatt, 1973, Nr. 25, Teil II, S. 423–430;

online: www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_gru&object=translation&st=&l=de

Die innerdeutschen Beziehungen

1972 Transitabkommen Rechtssicherheit und zügige Abfertigung von Reisenden und Gütern im Transitverkehr mit Berlin (West)

1973 Grundlagenvertrag Gegenseitiger Gewaltverzicht / Unverletzlichkeit der Grenzen / Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweils eigene Staatsgebiet / Austausch ständiger Vertretungen / Regelung praktischer und humanitärer Fragen / Entwicklung des innerdeutschen Handels / Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik, des Gesundheits- und des Verkehrswesens

1973 UNO-Beitritt beider deutscher Staaten

1974 Ständige Vertretungen eingerichtet

1974 Gesundheitsabkommen

1978 Grenzprotokoll

1979 Kleiner Grenzverkehr erweitert

1987 Umweltvereinbarung

1972 Verkehrsvertrag Regelung des gegenseitigen Wechsel- und Transitverkehrs

1976 Postabkommen

1975 Verkehrsvereinbarungen

1978 Aus- und Neubau der

1980 Transitwege

1985 zwischen dem Bundesgebiet

1988 und Berlin, Transitspauschale

1986 Kulturabkommen

1987 Wissenschaftsabkommen



Abgrenzungspolitik der DDR

Für die DDR kam erschwerend hinzu, dass die neue Ostpolitik der Bundesrepublik zunehmend ihre innere Stabilität gefährdete. Probleme ergaben sich vor allem aus den Folgewirkungen der Vereinbarungen, die in den Jahren 1971 bis 1973 zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen wurden. So willkommen die internationale Anerkennung war, die sich damit für die DDR verband, so problematisch erschienen deren innenpolitische Konsequenzen: Während beispielsweise 1970 nur etwa zwei Millionen Menschen aus der Bundesrepublik und West-Berlin die DDR und Ost-Berlin besucht hatten, stieg diese Zahl bereits 1973 auf über acht Millionen an. Und die Zahl der Telefongespräche zwischen Ost und West, die 1970 lediglich 700 000 betragen hatte, explodierte bis 1980 förmlich auf über 23 Millionen. Angesichts der Tatsache, dass die DDR bereits durch die westlichen Medien – vor allem das westdeutsche Fernsehen, das abgesehen vom Raum Dresden und dem nordöstlichen Teil des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns überall in der DDR empfangen werden konnte – starker Beeinflussung ausgesetzt war, wuchs daher die Sorge der SED-Führung, dass die Zunahme der persönlichen Kontakte sich negativ auf den inneren Zusammenhalt der DDR auswirken könnte.

Das SED-Regime suchte dieser Gefahr durch eine Politik der „Abgrenzung“ zu begegnen, die darauf abzielte, die Kontakte möglichst einzudämmen. Außerdem wurde es Schlüsselgruppen wie Partei- und Staatsfunktionären sowie Wehrpflichtigen untersagt, Kontakte zu „Ausländern“ zu unterhalten, zu denen auch die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zählten. Auf einem Parteitag der SED 1971 vertrat Honecker zudem die Auffassung, dass sich in Deutschland zwei getrennte Nationen entwickelten: die „sozialistische Nation“ in der DDR und die „kapitalistische Nation“ in der Bundesrepublik. Historiker und Parteiideologen wurden beauftragt, den Standpunkt der Bonner Regierung, wonach die deutsche Nation aufgrund der ge-

meinsamen Geschichte und des weiter vorhandenen Zusammengehörigkeitsgefühls fortbestehe, zurückzuweisen.

Ausbau des Sicherheitsapparates

Die schärfste Form der Abgrenzung vollzog sich jedoch auf dem Gebiet des Staatssicherheitsapparates, der seit der neuen Ostpolitik immer weiter ausgebaut wurde und sich bald zu einem Instrument der flächendeckenden Kontrolle der DDR-Bevölkerung entwickelte. Der Etat des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der 1968 eine Summe von 5,8 Milliarden DDR-Mark aufgewiesen hatte, wuchs bis 1989 um etwa 400 Prozent auf 22,4 Milliarden. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, die beim Amtsantritt Erich Mielkes als Minister für Staatssicherheit 1957 erst 17 400 betragen hatte, stieg bis 1989 auf 91 000. Noch bemerkenswerter ist, dass sich deren Zahl allein in den Jahren der Entspannung von 1972 bis 1989 verdoppelte, wobei die größten Zuwachsraten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zu verzeichnen waren. Nicht eingerechnet sind dabei die zuletzt 173 000 „Inoffiziellen Mitarbeiter“, die ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Bespitzelung der DDR-Bevölkerung leisteten.

Alle Anstrengungen der Staatssicherheit (Stasi) konnten indessen nicht verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR das Klima der Entspannung zum Anlass nahmen, auch im eigenen Land eine Lockerung der strengen Zensur und Überwachung zu fordern, die in den ersten zwei Jahrzehnten seit Gründung der DDR geherrscht hatten. SED-Parteichef Erich Honecker gestand daher im Mai 1973 zumindest den Intellektuellen, Schriftstellerinnen und Schriftstellern sowie Künstlerinnen und Künstlern der DDR „ein weites Feld für künstlerische Kreativität“ zu. Doch die Grenzen der Autonomie wurden erneut sichtbar, als Wolf Biermann 1976 nach einer Konzerttournee in der Bundesrepublik nicht wieder in die DDR zurückkehren durfte und Personen aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis, die dagegen protestierten, ebenfalls verfolgt wurden.



Die DDR ließ ihre Bürgerinnen und Bürger durch die Stasi und deren zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bespitzeln. Mit Hilfe der umfangreichen Aktenbestände im Archiv der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin Lichtenberg kann dies heute aufgearbeitet und nachvollzogen werden.



Opposition und Militarisierung: Der Ost-Berliner Liedermacher Wolf Biermann spielt am 13. November 1976 in der fast ausverkauften Kölner Sporthalle. Drei Tage später erkennt ihm die DDR die Staatsbürgerschaft ab und verwehrt ihm damit auch eine Rückkehr in die ostdeutsche Heimat.

Am 1. März 1978 besuchen Mitglieder der „Jungen Pioniere“ anlässlich des Tages der Nationalen Volksarmee (NVA) Soldaten in der Kaserne des Wachregimentes „Friedrich Engels“.

Die seit 1980 aktive Friedensbewegung der DDR benutzt auch Bibelzitate: Auf einem Aufnäher ist die Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ zu lesen.



Wachsende Unruhe

Unruhe und Opposition gab es in den 1970er-Jahren in der DDR aber auch in anderen Bereichen. So begannen Pastoren damit, sich gegen die Diskriminierung ihrer Kirchen aufzulehnen und jungen Menschen unter dem Dach der Gotteshäuser ein Forum zu bieten. Von den Kirchen veranstaltete Diskussionen über Sexualität, Alkoholismus, Rockmusik, das Leben in der DDR und die Militarisierung der Gesellschaft waren keine Seltenheit mehr. Sie führten dazu, dass die Gottesdienste oft überfüllt waren und dass sich vor allem die evangelischen Kirchen zu einem Sammelbecken der Opposition entwickelten. Der am 6. März 1978 auf einem Treffen zwischen Honecker und den Kirchenführern der DDR unter Bischof Albrecht Schönherr geschlossene informelle Pakt, welcher der Kirche bescheinigte, „eine autonome Organisation von sozialer Bedeutung“ zu sein, sollte zwar dazu beitragen, die Kirchen näher an den Staat heranzuführen und für Beruhigung zu sorgen. Doch die Beruhigung, die sich die SED-Führung von dem Treffen erhofft hatte, trat nicht ein. Die Kirchen blieben ein Angelpunkt der Opposition in der DDR. Beispiele dafür waren die 1979/80 öffentlich geübte Kritik am Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und im Januar 1982 die Übersendung des von mehreren hundert Ostdeutschen unterzeichneten sogenannten Berliner Appells an Honecker durch den Ost-Berliner Pastor Rainer Eppelmann, in dem die Militarisierung der Kindererziehung in der DDR angeprangert wurde. Auch die Friedensbewe-

gung, die in Westeuropa bereits seit 1980 aktiv war, gewann nicht zuletzt mit Unterstützung der Kirchen in der DDR an Bedeutung. Zehntausende von zumeist jungen Ostdeutschen nahmen unter dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ an einer Vielzahl von Veranstaltungen teil, ehe die SED-Führung nach dem Scheitern der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung 1983 offen gegen die Friedensbewegung in der DDR vorging und Ausweisungen sowie Verhaftungen vornehmen ließ.

Mit der Ausweisung einzelner Oppositioneller war es jetzt aber nicht mehr getan. Anfang 1984 beschloss die DDR-Regierung daher, 31.000 Bürgerinnen und Bürgern die Ausreise zu erlauben. Verglichen mit den 7.729 Personen, die 1983 die DDR verlassen hatten, war dies eine bemerkenswerte Steigerung. Dass sich die Stimmungslage in der DDR grundsätzlich zu ändern begann, zeigte sich auch an der ersten „Botschaftsbesetzung“ im Juli 1984, bei der 50 Ostdeutsche in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin Zuflucht suchten, um die Genehmigung zur Ausreise aus der DDR zu erhalten. Nachdem die ökonomischen Rahmenbedingungen aufgrund der Ölkrisen von 1973 und 1979 ungünstiger geworden waren und die DDR im direkten, auch optisch sichtbaren Vergleich mit der Bundesrepublik entgegen der staatlichen Propaganda immer schlechter abschnitt, schien die Unzufriedenheit der Menschen mit den Verhältnissen in der DDR zuzunehmen. Die Zuversicht, die zu Beginn der Honecker-Ära 1971 zunächst geherrscht hatte, war verfliegen.



Vorreiter der Protestbewegungen in Osteuropa ist die Solidarność: Der Kopf der polnischen Freiheitsbewegung Lech Wałęsa verlässt am 16. Juni 1983 unter Applaus seinen Arbeitsplatz bei der Danziger Werft, um ein vereinbartes Treffen mit Papst Johannes Paul II. wahrzunehmen. Sein Arbeitgeber hatte ihm dies zuvor verwehrt.

Entwicklung in den Nachbarstaaten

Die Frustration der ostdeutschen Bevölkerung über den Mangel an Reformen in der DDR wurde noch verstärkt durch Beispiele des Wandels in Polen und Ungarn.

In Polen eskalierten im Sommer 1980 Arbeiterunruhen auf den Werften von Danzig und Gdingen und brachten die unabhängige Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ (poln.: Solidarność) hervor, aus der heraus im September 1980 der gleichnamige unabhängige Gewerkschaftsverband gegründet wurde. Diese Entwicklung bedeutete eine Herausforderung der etablierten kommunistischen Parteiherrschaft, die auch die innere Stabilität der DDR bedrohte, die eine Grundbedingung der Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren gewesen war. Streiks und Arbeiterproteste waren in der DDR zwar nicht in gleicher Weise wahrscheinlich wie in Polen, aber auch nicht, wie die Erinnerung an den 17. Juni 1953 zeigte, unmöglich. Die Regierung in Ost-Berlin hob deshalb am 30. Oktober 1980 den visafreien Verkehr zwischen der DDR und Polen auf und erließ für den Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten strenge Auflagen. Die Abgrenzung gegenüber dem Westen wurde nun ergänzt durch Abschirmung gegenüber dem Osten.

In Ungarn kam es zwischen 1982 und 1984 zu einer intensiven Diskussion über die wirtschaftliche und politische Zukunft des Landes, weil der seit 1956 vom langjährigen Chef der Kommunistischen Partei, János Kádár, praktizierte „ungarische Weg“ – das heißt die Strategie, ökonomische Reformen von politischer Liberalisierung zu trennen – sich als ungeeignet erwiesen hatte, den erhofften Fortschritt herbeizuführen. Obwohl diese Debatte, anders als in Polen, nicht von Streiks und sozialen Unruhen begleitet wurde, sah sich Kádár schließlich doch gezwungen, Maßnahmen zur Verstärkung der unternehmerischen Freiheit, zur Durchsetzung des Prinzips der persönlichen Verantwortung für ökonomische

Leistung und zu einer Liberalisierung des Wahlgesetzes zuzustimmen.

In der DDR war man von solchen Veränderungen weit entfernt. Die Weigerung der SED-Führung, ebenfalls Reformen wie in Polen oder Ungarn einzuleiten oder diese zumindest zuzulassen, trug deshalb dazu bei, dass viele Ostdeutsche die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse verloren und Fluchtpläne schmiedeten oder nach Alternativen innerhalb der eigenen Grenzen Ausschau hielten. Die ostdeutsche Revolution des Jahres 1989 bahnte sich damit an.

Sowjetunion: Revolution wider Willen?

Honeckers Strategie, die Westkontakte der DDR auszubauen, aber das Eindringen demokratischer Ideen in die DDR zu verhindern, wurde endgültig infrage gestellt, als Michail Gorbatschow am 10. März 1985 zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ernannt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) trotz gelegentlicher Akzentverschiebungen der sowjetischen Politik unter Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Andropow und Tschernenko stets eine Bastion leninistischer Einparteiherrschaft und einer staatlich gelenkten Planwirtschaft gewesen. Für die DDR hatte dies Existenzsicherung und Stabilität bedeutet. Die konservative Kremelführung, revolutionärem Wandel und demokratischem Aufruhr zutiefst abgeneigt, sicherte durch die bloße Anwesenheit sowjetischer Truppen, aber auch den damit verbundenen psychologischen Druck und die militärische Macht den Einfluss der SED als bestimmende Kraft in Ostdeutschland. Die 380 000 in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten dienten daher mindestens ebenso dem Zweck, die SED an der Macht zu halten, wie dazu, die äußere Sicherheit der DDR zu

Bilanz der Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa

[...] Die Ereignisse von 1989 sind im historischen Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR, dem polnischen Oktober und dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und der polnischen Gewerkschaftsbewegung seit 1980 zu sehen. Die unterschiedliche vorrevolutionäre Erfahrung und das gemeinsame kollektive Erlebnis der Niederwerfung der Volksbewegungen durch den sowjetischen [Militärapparat] prägten in den geschilderten Umbruchszeiten sowohl das Handeln der Opposition als auch das Reagieren der Regime. In Rumänien vollzog sich die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht nicht gewaltfrei. Eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und Kommandowirtschaften gab es nicht. Die kommunistischen Diktaturen waren von „Selbsterneuerungsunfähigkeit“ gekennzeichnet: Mit den permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen und langfristig Systemzerfall verbunden.

[Der britische Historiker und Publizist] Timothy Garton Ash hat auf Polen und Ungarn bezogen von „Revolutionen“ gesprochen, einem Mischungsverhältnis von „Revolutionen“ als Druck der Straße („von unten“) und „Reformen“ der Systeme („von oben“). Pointierter nannte er den Zusammenbruch der DDR eine Kombination „aus gesundem Menschenverstand und Schlamperei der neuen Parteiführung“. Daneben agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator. [Der britische Historiker] Ben Fowkes hat die sogenannten Revolutionen als „Kettenreaktion“ bezeichnet. Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der Umsturzbewegungen; die ostdeutschen und tschechoslowakischen Oppositionellen profitierten davon. [...] Die DDR und CSSR erlebten demokratische Revolutionen mit einer starken nationalen Dimension: In der DDR hatte sie die Vereinigung mit der Bundesrepublik, in der CSSR den Zerfall [...] zur Folge.

Die Forderung nach Freiheit und Volkssouveränität war ein zentrales Anliegen der Protestbewegungen. Sie manifestierte sich durch Runde Tische, die sich gegen die kommunistischen pseudo- oder semidemokratisch legitimierten Parlamente profilierten. Über die transitorischen Artikulationsforen führte der Prozess unaufhaltsam zu pluralistischen Erscheinungen westlich-demokratischer Ausprägung. Die Erringung der Freiheit bedeutete allerdings nicht automatisch die Sicherung von Demokratie und Rechtsstaat. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens.

Die Anciens Régimes gaben – mit Ausnahme des rumänischen – ohne größeren Widerstand auf und teilten [bald] die Macht mit der Opposition. Im Wandel von postkommunistischen zu neudemokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre. Im Vergleich zu Polen (Walesa) und der CSSR (Havel) gab es in der

DDR keine herausragende Führungspersönlichkeit des Widerstands. Personen, die sich dafür geeignet hätten, verweilten entweder in innerer Emigration oder befanden sich bereits in der Bundesrepublik. In der DDR gab es weder eine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung noch eine Plattform der Intellektuellen wie die tschechische Charta 77. Es waren vor allem Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche, die zu den Akteuren des Herbstes 1989 wurden.

Im Unterschied zu Ungarn hatte die KPC-Führung unter Husák weder einen Kurs der nationalen Versöhnung eingeschlagen noch sich von der Politik der Rache gegenüber den Exponenten des Prager Frühlings lösen können. [...] Die Neubewertung des sowjetischen Einmarsches 1968 markierte den Klimasturz. Der Versuch einer Achsenbildung Berlin-Prag-Bukarest konnte nicht mehr gelingen. Im Unterschied zu anderen Ländern war die Kommunistische Partei der CSSR gleich am Anfang des Transformationsprozesses als politischer Faktor ausgeschaltet und kam als Verhandlungspartner mit der Opposition nicht mehr in Frage.

Ein Prinzip traf auf alle Umsturzbewegungen zu: Die „Revolution“ fraß in Polen, der CSSR und der DDR ihre Kinder. Solidarność zerbrach in Einzelparteien, das Bürgerforum zerfiel noch vor der Sezession der Slowaken von den Tschechen, und das Neue Forum war [schon] im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie. Die Macht der Aufbegehrenden 1989 bestand demnach in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse: In der Delegitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.

Aus der „Augenblicks-“ und „Freiheitsrevolution“, einer Ereignisverdichtung mit „Folgen einer unerhörten Begebenheit“, wurde ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde ein „Jahrhundert abgewählt“. Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An Stelle des Kommunismus trat [bald vielerorts] ein neuer Nationalismus, der scheinbar vom sozialistischen Sowjetuniversalismus befriedet worden war. Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder zu sozialistischer Nostalgie. 1989 bedeutete eine scheinbare Wenderkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unterschiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Die rasche Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um [in Jahrzehnten des] real existierenden Sozialismus entstandene Gewohnheiten und Mentalitäten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Stabilisierungs-, Konsolidierungs- und Identitätskrisen. [...]

Michael Gehler, „Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte „15 Jahre Mauerfall“ (APuZ 41-42/2004), S. 36 ff.
online: <https://bpb.de/28060/die-umsturzbewegungen-1989-in-mittel-und-osteuropa/>



Macht- und Kurswechsel in der Sowjetunion: Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew (3. v.l.) während einer Parade zum „Tag der Arbeit“ in Moskau am 1. Mai 1982 (l.). Am 27. November 1985 hält der neue Staatschef Michail Gorbatschow in Moskau eine Rede vor dem Nationalparlament.

garantieren. Solange die Regierung in Moskau keinen Zweifel daran ließ, dass die Präsenz der Roten Armee auch der inneren Disziplinierung diene und die Möglichkeit zur Niederschlagung oppositioneller Bewegungen einschloss, waren weder die Stabilität der DDR noch der Zusammenhalt des sowjetischen Imperiums in Osteuropa ernstlich in Gefahr.

All dies änderte sich – wenn auch nicht über Nacht – mit dem Amtsantritt Gorbatschows im Frühjahr 1985. Der neue Generalsekretär der KPdSU besaß zwar zunächst noch kein Gesamtkonzept für Reformen, sodass seine Politik von Glasnost (Offenheit, Transparenz) und Perestroika (Umgestaltung) oft widersprüchlich und wenig homogen wirkte. Aber die grundsätzliche Abkehr vom Stil und von den Denkweisen seiner Vorgänger war nicht zu übersehen. Dabei ging es im Kern allerdings nicht um die Beseitigung, sondern um die Stärkung des Sozialismus. Denn Gorbatschow und seine Mitstreiter hatten erkannt, dass das sowjetische System in seiner bisherigen Form zwar geeignet gewesen war, der Industrialisierung im rückständigen Russland und den angrenzenden Gebieten zum Durchbruch zu verhelfen und Massengüter zu produzieren. An der Schwelle zu einer modernen Kommunikationsgesellschaft waren jedoch Anforderungen entstanden, denen das bürokratisch verkrustete, von der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei geprägte sowjetische System nicht gewachsen war. Die neue Welt basierte auf Computern, auf der weitgehenden Vernetzung aller relevanten Informationsträger sowie auf Kreativität und Verantwortungsbereitschaft aller Ebenen – das heißt auf einer Struktur, die in einer abgeschotteten Gesellschaft undenkbar war.

Die Verwirklichung von Glasnost im Sinne einer Öffnung der sowjetischen Gesellschaft war daher ein primäres Anliegen der Politik Gorbatschows. Durch größere Offenheit und Transparenz sollte die UdSSR auf die Ansprüche und Bedürfnisse der modernen Kommunikationsgesellschaft vorbereitet werden. Dies war allerdings nur möglich, wenn zugleich ein

grundlegender Umbau des politischen, ökonomischen und sozialen Systems der Sowjetunion erfolgte, bei der vor allem der wirtschaftliche Bereich durch eine Neustrukturierung und personalpolitische Wechsel auf vielen Ebenen reformiert und flexibilisiert wurde. Die Strategie der Perestroika sollte deshalb die Möglichkeit eröffnen, der diktatorischen Einengung zu entkommen und eine Differenzierung und Regionalisierung der Entscheidungen und Handlungsabläufe zu ermöglichen. Zugleich sollte mit dieser Abwendung von der bisherigen Parteidiktatur die Kooperationsbereitschaft des Westens zurückgewonnen werden, die unter Staatschef Breschnew und seinen Nachfolgern Andropow und Tschernenko verloren gegangen war.

Aufgabe der Breschnew-Doktrin

Für die DDR war indes die Tatsache entscheidend, dass eine solche Reformpolitik, die Gorbatschow als „zweite sozialistische Revolution“ bezeichnete, aus mehreren Gründen bedrohlich werden konnte: Zum einen gefährdeten innere Reformen, die auf eine Schwächung der repressiven Macht des Partei- und Staatsapparates hinausliefen, den inneren Zusammenhalt der DDR, die sich noch nie auf politische Legitimität durch freie Wahlen hatte stützen können. Zum anderen war spätestens seit 1987 absehbar, dass die Umsetzung dieser Politik zu einer Revision der sogenannten Breschnew-Doktrin führen würde. Diese war nach dem Einmarsch von Truppen aus fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei (ČSSR) zur Beendigung des „Prager Frühlings“ im August 1968 von sowjetischen Parteideologen entwickelt und danach von Generalsekretär Breschnew zur nachträglichen Rechtfertigung der ČSSR-Intervention verkündet worden. Die Doktrin erhob mit der Begründung einer „begrenzten Souveränität sozialistischer Länder“ und einem „beschränkten Selbstbestimmungsrecht“ einen militärischen Interventionsanspruch für die Sowjet-

Die DDR als Insel der Orthodoxie

union, falls die kommunistische Herrschaftsordnung in einem Land ihres Machtbereiches bedroht schien.

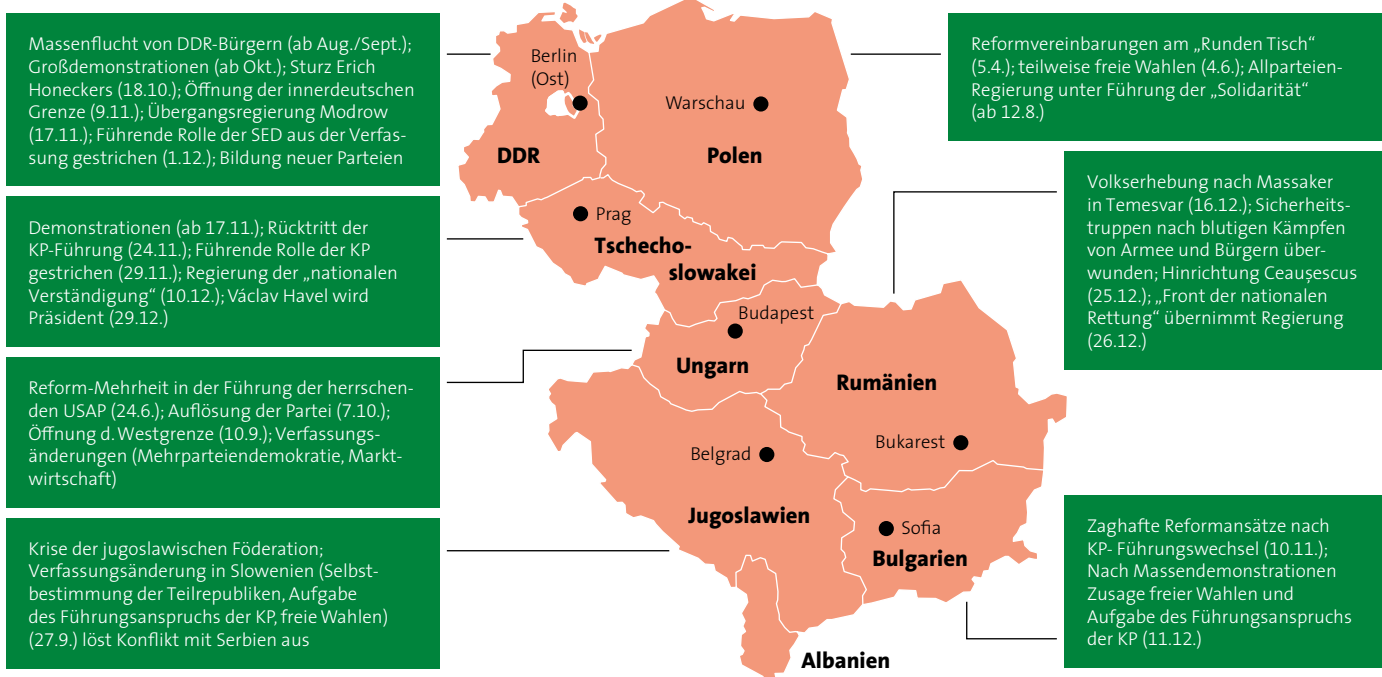
Gorbatschow selbst glaubte offenbar nicht, dass die Aufhebung der Breschnew-Doktrin und damit die Rücknahme der sowjetischen Bestandsgarantie für die sozialistischen Systeme in den osteuropäischen Ländern zu schwerwiegenden Konsequenzen führen werde. Auch im Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern, so meinte er, seien Reformen vor allem aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Die damit verbundene Neugestaltung des Verhältnisses der sozialistischen Länder untereinander werde sogar zu einem weiteren Aufschwung des Sozialismus beitragen. Am 10. April 1987 deutete sich diese Positionsveränderung erstmals in der Öffentlichkeit an, als Gorbatschow in einer Rede in Prag erklärte, jede Bruderpartei entscheide „vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Bedingungen selbst über ihre politische Linie“.

Eine ähnliche Auffassung vertrat er auch bei anderen Gelegenheiten noch mehrfach. So bemerkte er etwa in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg am 7. Juli 1989 unter direkter Bezugnahme auf die Breschnew-Doktrin, die „Philosophie des gemeinsamen europäischen Hauses“ schließe die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes und „die Anwendung von Gewalt, vor allem militärischer Gewalt, zwischen den Bündnissen, innerhalb der Bündnisse oder wo auch immer“ aus. Im Oktober 1989 verkündete der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, schließlich am Rande eines Besuchs von Gorbatschow in Finnland unter Anspielung auf den populären Song „My Way“ von Frank Sinatra, die Breschnew-Doktrin werde durch die „Sinatra-Doktrin“ ersetzt. Die hintergründige Bemerkung war offenbar ironisch gemeint, kam jedoch einem Bekenntnis zur Selbstbestimmung gleich und bedeutete mithin eine indirekte Aufforderung für die Länder im bisherigen sowjetischen Machtbereich, nunmehr ohne Furcht vor sowjetischer Intervention ebenfalls politische, wirtschaftliche und soziale Reformen einzuleiten.

Bei der DDR-Spitze riefen diese Entwicklungen folgerichtig große Besorgnis hervor. Zwar war die Regierung in Ost-Berlin mehr als ein Jahrzehnt lang in der Lage gewesen, durch ihre Politik der Abgrenzung die Kontakte der Bürgerinnen und Bürger der DDR mit dem Westen zu begrenzen und die destabilisierenden Folgen der Entspannung durch eine Mischung aus sozialer Bedürfnisbefriedigung und staatlicher Kontrolle abzufangen, sodass Beobachter schon dazu verleitet wurden, die innere Stabilität und den relativen Erfolg der DDR zu überschätzen. Aber nachdem die Sowjetunion, die für die Rückendeckung des SED-Regimes unverzichtbar war, nun selbst eine „Revolution von oben“ forderte und andere Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei bereits Auflösungserscheinungen zeigten, wurde die Lage für die DDR kritisch.

Natürlich sah sich die DDR-Führung durch die „reformistische Einkreisung“ bedroht. Aber sie reagierte darauf nicht mit eigenen Reformen, sondern mit weiterer Selbstisolierung: Das SED-Regime wurde zu einer Insel der Orthodoxie in einem Meer politischer, ökonomischer und ideologischer Strukturveränderungen. Honecker bestand sogar ausdrücklich darauf, dass die DDR nicht gezwungen werden dürfe, dem sowjetischen Modell zu folgen, sondern dass es ihr erlaubt sein müsse, einen Sozialismus „in den Farben der DDR“ zu entwickeln. Kurt Hager, Mitglied des Politbüros der SED und Chefideologe der Partei, stellte in diesem Zusammenhang in einem Interview mit der Zeitschrift „Stern“ vom 9. April 1987 die viel zitierte rhetorische Frage, ob man sich denn verpflichtet fühlen müsse, seinem Nachbarn zu folgen, wenn dieser beschließe, in seinem Haus die Wände neu zu tapezieren. Die DDR-Führung jedenfalls – so ließ sich den Äußerungen Honeckers und Hagers entnehmen – verspürte keine Verpflichtung zu inneren Reformen. Im Gegenteil, man hielt sie für unnötig und schädlich, ja gefährlich.

Demokratische Revolution in Mittelosteuropa 1989



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 701890

Proteste gegen die Einstellung der Zeitschrift „Sputnik“

Die sowjetische Monatszeitschrift „Sputnik“ existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte „Sputnik“ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen Stalins. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft. Mit Beginn der Politik von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion interessierten sich vermehrt intellektuelle Kreise für die Zeitschrift.

Das Verbot durch den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im November 1988 provozierte in der gesamten DDR Proteste. Die Stasi ermittelte landauf und landab die Stimmungslage und Meinungen in der Bevölkerung, vielfach durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM).

Es war nicht die erste Maßnahme dieser Art: Bereits zu Beginn des Jahres 1988 waren aufgrund ideologischer Bedenken drei Ausgaben der deutschsprachigen, sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ nicht ausgeliefert worden. Zeitgenössische Literatur aus dem Bruderland wurde kaum noch veröffentlicht, Filme kamen nicht in den Verleih. Nicht anders erging es den Zeitungen „Budapester Rundschau“ und „Prager Volkszeitung“.

Zu einem Proteststurm kam es jedoch erst mit dem Auslieferungsstopp des „Sputnik“. Bereits die Nichtauslieferung der Oktoberausgabe zog eine Flut von Eingaben an das offiziell zuständige Postministerium nach sich.

Am 18. November folgte eine lapidare ADN-Meldung folgenden Inhalts: „Wie die Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen mitteilt, ist die Zeitschrift ‚Sputnik‘ von der Postzeitungsliste gestrichen worden. Sie bringt keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, stattdessen verzerrende Beiträge zur Geschichte“.

Es war unschwer zu erraten, dass nicht das Postministerium das Verbot veranlasste. Vielmehr handelte es sich um einen Entschluss der SED-Führung. In der November-Ausgabe des „Sputniks“ ging es um den 1939 geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin, der auch eine Aufteilung Polens vorsah. Diese Darstellung widersprach jedoch dem in der DDR propagierten Geschichtsbild. Mit dem Artikel „Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit“ lieferte die SED-Führung in ihrem Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 25. November die Begründung für ihre Entscheidung nach. [...] Sie war eine heimliche Abwendung vom Demokratisierungsprozess in der UdSSR.

Die Reaktionen auf das „Sputnik“-Verbot waren ablehnend, wütend und teilweise aggressiv und kamen sowohl von SED-Mitgliedern wie auch von Parteilos.

Im Dezember 1988 registrierte die Stasi in Berlin-Pankow mehrere von Unbekannten hergestellte Handzettel, die sich gegen das „Sputnik“-Verbot richteten. [...]

Das Zentralkomitee der SED, die Jugendorganisation der Partei (FDJ), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), das Presseamt, verschiedene Zeitungsredaktionen sowie weitere staatliche und gesellschaftliche Organisationen erhielten Tausende von Eingaben aus Betrieben, Universitäten, Schulen und von Einzelpersonen. [...]

Drastisch formulierte Einzel- und Kollektiveingaben wurden zur weiteren Bearbeitung an die Stasi übergeben. Alle ande-

ren Einsendungen erhielten standardisierte Antworten unter Verweis auf die oben erwähnten Artikel. Die Aussprachen zwischen der Parteikontrollkommission (PKK) und den Verfasserinnen und Verfassern der Eingaben vom Dezember 1988 basierten auf den Argumenten aus diesen beiden Artikeln. Sie dienten zur „Gesinnungsprüfung“ der betreffenden SED-Mitglieder. Schließlich gelang es damit, Diskussionen über die Situation in der DDR noch einmal abzuwürgen.

Auch Stasi-Angehörige schrieben Eingaben an das Zentralkomitee der SED. Bei anschließenden Aussprachen sollten sie ihren kritischen Standpunkt zu der Zensurmaßnahme aufgeben.

Für die Parteiführung hatte das „Sputnik“-Verbot schwerwiegende Folgen. Es vertiefte die Entfremdung zwischen der SED und ihren „loyal-reformorientierten“ Anhängern, befürchteten letztere doch eine Abschottung der DDR auch nach Osteuropa. Die beinahe unterschiedslosen Argumentationen von SED-Mitgliedern und Parteilos zeugten laut Stasi-Berichten von Unverständnis und Ablehnung des Verbots. Selbst SED-Anhänger übten Kritik an der Informationspolitik der Partei und forderten eine argumentative Auseinandersetzung mit den Positionen im „Sputnik“.

Reaktionen gab es auch von sowjetischer Seite. Im Februar 1989 musste das SED-Politbüro zur Kenntnis nehmen, dass die Sowjetunion zum 1. April eine erhebliche Reduzierung der Bezugszahlen von 24 DDR-Zeitungen und -Zeitschriften mit der Begründung eines erforderlichen Ausgleichs der gegenseitigen Lieferungen verfügte [...].

Erst unter dem neuen SED-Generalsekretär Egon Krenz wurde im Oktober 1989 eine Wiederaufnahme des „Sputnik“ in die Postzeitungsliste angekündigt.

„Das ‚Sputnik‘-Verbot“, Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv; online: www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/das-sputnik-verbot/ (zuletzt abgerufen 27.09.2022)



Das Titelblatt der deutschsprachigen, sowjetischen Monatszeitschrift „Sputnik“ im Dezember 1989. Nach einjähriger Pause darf sie wieder verkauft werden.

Aus der begrenzten Sicht einer kommunistischen Kaderpartei war diese Einschätzung sogar zutreffend. Denn die improvisierten Bemühungen Gorbatschows, Glasnost und Perestroika in die Tat umzusetzen, hatten Reformer in anderen Ländern Osteuropas bereits ermutigt, weiter voranzuschreiten, da man ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion nicht mehr befürchten musste. So wurde der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Gustáv Husák im Dezember 1987 durch den jüngeren und flexibleren Miloš Jakeš ersetzt. In Polen kam es im April und Mai 1988 zu neuen Streiks der Stahl- und Werftarbeiter, die sich zu einer Kraftprobe zwischen der offiziell inzwischen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ und dem Regime von General Jaruzelski entwickelten. Im April 1989 führten die Proteste zu einer Verfassungsreform und zur Wiederzulassung der „Solidarität“ sowie im Juni 1989 zu den ersten Parlamentswahlen in Polen nach dem Krieg mit teilweise freier Kandidatenaufstellung. Und in Ungarn wurde Ministerpräsident Károly Grósz am 22. Mai 1988 als Verfechter weitreichender politischer und wirtschaftlicher Reformen zum neuen Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei ernannt.

Die Regierung in Ost-Berlin war über diese Entwicklung derart besorgt, dass sie im November 1988 fünf sowjetische Filme und den Vertrieb der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“, die von vielen reformorientierten Ostdeutschen als Ausdruck sowjetischer Offenheit gern gelesen wurde, in der DDR verbot. Die Selbstisolierung der DDR, die in diesen Maßnahmen erneut zum Ausdruck kam, und der antireformistische Kurs Honeckers waren innerhalb der SED-Führung zwar nicht unumstritten. Doch die meisten Funktionäre zogen es vor, zu schweigen, auch wenn sie vielfach mit der offiziellen Politik ihrer Regierung nicht mehr übereinstimmten.

Politik des Westens

Auf westlicher Seite blieb man in den 1980er-Jahren bei der Ausnutzung der Chancen, die sich durch die Reformprozesse in den osteuropäischen Ländern boten, bis zum Zusammenbruch der dortigen Regime eher vorsichtig. Da grundlegende Strukturveränderungen in Osteuropa unmöglich waren, solange die sowjetischen Streitkräfte an Elbe und Werra standen, und man sich andererseits nicht vorstellen konnte, dass die Westgruppe der Roten Armee in absehbarer Zeit friedlich abziehen würde, hätte eine Aufheizung der Situation von außen leicht zu einer Katastrophe führen können. Die Westmächte betrieben daher eine behutsame Politik der Zurückhaltung, die sich an den Bedingungen der Entspannung orientierte und sich auf dieser Grundlage weiter um Fortschritte bemühte.

So hieß es im Bericht zur Lage der Nation, den Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1984 – ein Jahr vor Gorbatschows Amtsantritt, aber lange nach Beginn der Liberalisierungsbestrebungen in Polen und Ungarn – vor dem Deutschen Bundestag abgab, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stünden „in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden und die Sicherheit in Europa“, beide müssten „sich um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen“. Selbst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, als die inneren Schwierigkeiten und die Isolation der DDR innerhalb des eigenen Lagers zunahmen, wurde diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht geringer. So konnte auch der Besuch von SED-Generalsekretär Honecker, der bereits 1980 geplant gewesen war und nach der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen im Gefolge des sow-



Als erstes Staatsoberhaupt der DDR reist SED-Generalsekretär Erich Honecker (r.) am 7. September 1987 in die damalige Hauptstadt der Bundesrepublik, Bonn, und wird dort von Bundeskanzler Helmut Kohl (l.) mit militärischem Zeremoniell empfangen.

jetischen Einmarschs in Afghanistan und nach dem Streit um die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa immer wieder verschoben werden müssen, 1987 schließlich noch stattfinden.

Verständigungswille

Im gemeinsamen Communiqué von Honecker und Kohl wurde erneut betont, dass das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander ein „stabilisierender Faktor für konstruktive Ost-West-Beziehungen“ bleiben müsse. Die Wiedervereinigung Deutschlands war dagegen kein Thema. Zwar wurden „Unterschiede in den Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter der nationalen Frage“ festgestellt. Im Anschluss daran wurde allerdings hervorgehoben, „dass beide Staaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren“. Verständigungswille und Realismus sollten Richtschnur für eine konstruktive, auf praktische Ergebnisse gerichtete Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sein.

Tatsächlich bewies die Bundesrepublik ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft, indem sie auf die demonstrative Propagierung eigener politischer Ziele verzichtete, die sich etwa aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ergaben. Die Liberalisierung der kommunistischen Regime – darüber herrschte in den 1980er-Jahren in Bonn, wie in den westlichen Hauptstädten überhaupt, weitgehend Einigkeit – musste von innen erfolgen und konnte von außen höchstens gefährdet, aber kaum gefördert werden.

Das hieß allerdings nicht, dass man die bestehenden Verhältnisse billigte. Das Dilemma der Bundesregierung bestand vielmehr darin, im Augenblick für den Status quo eintreten zu müssen, um längerfristig angestrebte Änderungen zu erreichen. Dies war bereits das Grundprinzip der neuen Ostpolitik Willy Brandts nach 1969 gewesen („Wandel durch Annäherung“) und hatte damals zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt, weil die CDU/CSU-Opposition seinerzeit den Erfolg eines solchen Kurses bezweifelt hatte. Inzwischen war das Prinzip jedoch weithin als einzig mögliche Veränderungsstrategie akzeptiert und wurde jetzt auch von der Regierung Kohl aus innerer Überzeugung vertreten.

MANFRED GÖRTEMAKER

Zusammenbruch des SED-Regimes

Unter dem Eindruck von Massenflucht und Demonstrationen kommt es im Oktober 1989 innerhalb des SED-Politbüros zur Revolte gegen Honecker. Die neue Führung verspricht Reformen. Doch dafür ist es zu spät.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes bereitete sich also langfristig vor. Die mangelnde Legitimität des politischen Systems, die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten – die vor allem im Vergleich zur Bundesrepublik immer deutlicher hervortraten – und schließlich das Reformdefizit der DDR innerhalb des Ostblocks seit Gorbatschows Machtantritt 1985 waren die maßgeblichen Ursachen für die Krise, aus der es seit dem Frühjahr 1989 kaum noch einen Ausweg gab. Eine steigende Zahl

von Ausreisearträgen, aber auch die zunehmende Fluchtbewegung aus der DDR dokumentierten am Ende der 1980er-Jahre den inneren Zustand eines Regimes, das seit 1945 primär von außen – durch die Sowjetunion – am Leben erhalten worden war und sich nun in einer veränderten Umwelt allein behaupten sollte. Auch wenn nur wenige dies am Beginn des Wendjahres erkannten oder wahrhaben wollten: Die DDR stand vor dem Kollaps.

Die ungarische Grenztruppe beginnt am 2. Mai 1989 offen mit der Demontage des rund 350 Kilometer langen Grenzzauns zwischen Ungarn und Österreich, hier nahe Nickelsdorf (Österreich) und Hegyeshalom (Ungarn).



Grenzöffnung durch Ungarn

Wesentlichen Anteil an der Zuspitzung der Situation hatte Ungarn, das im Ostblock mit seinen Wirtschaftsreformen schon seit den 1960er-Jahren eine Sonderrolle gespielt hatte und sich seit Mitte der 1980er-Jahre immer mehr nach Westen öffnete. Anfang 1989 erreichten die ungarischen Reformen ein Stadium, in dem offen eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern angestrebt wurde. Dazu gehörte, dass die Regierung in Budapest versprach, internationale Vereinbarungen wie die UN-Menschenrechtskonvention nach Geist und Buchstaben einzuhalten. Im März 1989 trat Ungarn auch der Genfer Flüchtlingskonvention bei.

Als ungarische Soldaten am 18. April 1989 nahe der Ortschaft Kőszeg an der Grenze zu Österreich zunächst geheim und ab dem 2. Mai offen mit dem Abbau der elektronischen Sicherungsanlagen und des Stacheldrahtverhaues begannen, war dies ein revolutionärer Vorgang: Ungarn kündigte damit die Solidarität der Ostblockstaaten bei der Abriegelung des kommunistischen Herrschaftsbereiches gegenüber dem Westen auf. Zum ersten Mal seit 1945 wurde das Prinzip des „Eisernen Vorhangs“ grundsätzlich infrage gestellt. Die Versicherung von DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler gegenüber dem SED-Politbüro am 4. Mai, dass es sich dabei nach Mitteilung aus Budapest lediglich um „technische Maßnahmen“ handele, von denen die eigentlichen Grenzkontrollen nicht betroffen seien, wurde daher der wahren Bedeutung des Ereignisses nicht gerecht.

Obwohl die Mitglieder des Politbüros, wie Politbüromitglied Günter Schabowski später berichtete, durchaus ahnten, welche Sprengkraft in dem Vorgang lag, wurde auf Selbstbeschwichtigung gesetzt. „Erschrocken und hilflos“, so Schabowski, habe man beobachtet, „wie der sozialistische Block in die Brüche ging“. Die Flüchtlingszahlen stiegen. Aus Einzelfällen wurden ein Rinnsal und bald ein Strom. Beim Verfall der SED-Macht wirkte Ungarn damit als Katalysator.

Kommunalwahlen und Schulterchluss mit China

Dennoch hielt die SED-Führung weiter starr an ihrem Kurs der Reformverweigerung fest. Dies zeigte sowohl die Manipulation der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 als auch die demonstrative Unterstützung der chinesischen Regierung nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz (Platz des Himmlichen Friedens) in Peking am 4. Juni 1989, wo eine Studentenrebellion gegen das totalitäre Regime von der chinesischen Volksbefreiungsarmee blutig niedergeschlagen wurde. Während die durch die Wahlfälschung erzielten Resultate die Zustimmung der Bevölkerung zum SED-Regime unterstreichen sollten, war der Schulterchluss mit den repressiven Kräften in China offenbar ein Signal an innenpolitische Gegner, wie man auch in der DDR mit umstürzlerischen Elementen umzugehen gedachte, wenn diese zu einer ernsthaften Bedrohung für die Regierung werden sollten.

Tatsächlich waren die Wahlmanipulationen am 7. Mai 1989 kaum gravierender als bei früheren „Wahlen“ in der DDR. Aber das innen- und außenpolitische Umfeld hatte sich verändert: Die wichtigsten ehemaligen Verbündeten der DDR befanden sich jetzt auf Reformkurs, und viele DDR-Bürgerinnen und -Bür-



Eine Bürgerin gibt am 7. Mai 1989 in einem Wahllokal in Ost-Berlin ihre Stimme bei den letzten Kommunalwahlen der DDR ab. Wie bei allen Wahlen zuvor werden die Stimmergebnisse auch diesmal von der DDR-Spitze manipuliert.



Nachdem das totalitäre chinesische Regime am 4. Juni 1989 eine Studentenrebellion durch die Volksbefreiungsarmee gewaltsam hat niedergeschlagen lassen, kommt es auch in den folgenden Tagen – wie hier am 9. Juni – zu Gewalt durch das Militär.

ger hielten ihre Regierung inzwischen nicht mehr nur für reformunwillig, sondern auch für reformunfähig. Die SED-Spitze um Honecker hatte den Rückhalt verloren, den sie früher in der UdSSR und bei den anderen „Bruderländern“ besessen hatte, und verfügte auch im Inneren kaum noch über Autorität. Sie war daher weitgehend isoliert. Ihr Verhalten stieß nahezu überall auf Kritik und Verständnislosigkeit.

Auch die zustimmende Reaktion Ost-Berlins auf die brutale Niederschlagung der Studentenrebellion in Peking am 4. Juni 1989 rief Empörung hervor. Während in der ganzen Welt heftig gegen das Massaker auf dem Tiananmen-Platz protestiert wurde, entschied das SED-Politbüro, dass man dem „hartgeprüften chinesischen Volk“ zu Hilfe kommen müsse: Die Volkskammer verabschiedete eine Resolution, in der die DDR ihre Unterstützung für die Niederschlagung der „konterrevolutionären Unruhen“ in der chinesischen Hauptstadt bekundete. Der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Egon Krenz, wurde nach Peking entsandt, um Chinas politischer Führung zur erfolgreichen Niederschlagung des „konterrevolutionären Aufstands“ persönlich und im Namen des SED-Politbüros zu gratulieren. Die damit bekundete politische Hilfestellung für ein undemokratisches, totalitäres Regime war zwar in der Geschichte der DDR ebenfalls kaum etwas Neues, aber in der sensiblen Situation des Sommers 1989 signalisierte die SED-Führung damit ihre Entschlossenheit, nicht auf Reformen, sondern auf Repression zu setzen.

Öffentlicher Wahlbetrug

Am 7. Mai 1989 sind die DDR-Bürger wieder einmal aufgerufen, die „Kandidaten der Nationalen Front“ zu wählen. Das Wahlverfahren ist wie eh und je nur scheinbar demokratisch: Auf einer von der SED abgesegneten Einheitsliste stehen die Kandidaten, die fast keinem der Wähler bekannt sind. Eine Abstimmung über einzelne Wahlvorschläge ist nicht möglich. Für die gesamte Liste gibt es nur die Unterscheidung zwischen Ja-Stimme, Nein-Stimme und ungültiger Stimme. In der Bevölkerung wird der Gang zur Wahlurne deshalb auch treffend als „Zettelfalten“ bezeichnet.

Was nur wenige DDR-Bürger wissen: Eine Nein-Stimme, also eine Ablehnung des Wahlvorschlags, wird nur dann anerkannt, wenn der Wähler auf der Liste jeden einzelnen Namen säuberlich durchstreicht. Jede Abweichung von dieser äußeren Form macht den Stimmzettel ungültig.

Zwar ist in jedem Wahlbüro eine Wahlkabine aufgebaut, doch werden die Bürger, die die Kabine benutzen, von den bestellten linientreuen Wahlhelfern registriert: In einem sozialistischen Staat hat in ihren Augen ein rechtschaffener Mensch nichts zu verbergen.

Es gibt die ungeschriebene Verpflichtung, an der Wahl teilzunehmen, und die Wahlbeteiligung der DDR-Bevölkerung liegt auch ohne die unmittelbare Anwendung von Druckmitteln bei weit über 90 Prozent. Wer jedoch bis 16 Uhr nicht ins Wahllokal kommt, muss damit rechnen, dass ihn Wahlhelfer zu Hause aufsuchen, um die fehlende Stimme abzuholen. Die Wahlkreise konkurrieren untereinander um die höchste Zustimmungsrate. 99 Prozent sollen es am besten sein – und so muss hier und da manipuliert werden.

Schon im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 kritisieren oppositionelle Gruppen das Wahlverfahren und fordern freie, demokratische Wahlen. Einige Oppositionsgruppen rufen zum Wahlboykott auf. Andere fordern die DDR-Bürger auf, erst recht zur Wahl zu gehen und aus Protest mit Nein zu stimmen. Oder gleich ungültige Stimmen abzugeben.

[...] Zahlreiche Oppositionelle nehmen am 7. Mai 1989 in verschiedenen Teilen der Republik in den Wahllokalen an der öffentlichen Auszählung der Stimmen teil. Einige informieren sich vor den Wahlen ausführlich über die gesetzlichen Grundlagen, die den DDR-Bürgern eine Teilnahme an den Auszählungen zusichern. Sie geben diese Informationen in Schulungen und auf Flugblättern an die Wahlbeobachter weiter.

Damit unterscheidet sich die Situation von der bisheriger Wahlen deutlich. Zwar wurden früher auch schon einzelne

Auszählungen „begleitet“, doch im Mai 1989 finden erstmals Wahlkontrollen an vielen verschiedenen Orten des Landes statt. Ihr Ziel ist es, den Wahlbetrug nachzuweisen.

In Berlin werden die Kontrollen der Auszählungen unter anderem durch Mitglieder des Weißenseer Friedenskreises, der Umwelt-Bibliothek (UB) und der Kirche von Unten organisiert. Die Mehrzahl der Leute, die sich hier engagieren, sind junge Menschen. Im Ostberliner Stadtteil Weißensee nehmen auch Schüler an der Beobachtung der Auszählungen teil.

In einigen Wahllokalen verwehren die offiziellen Wahlhelfer den Beobachtergruppen widerrechtlich den Zutritt. Dennoch gelingt es vielen Beobachtern im ganzen Land, die Auszählungen zu verfolgen.

In Berlin wird noch am Abend der Wahlparty in den Räumen der Kirche von Unten ausgezählt. Die Ergebnisse der nächsten Tage bestätigen: Die Wahl ist gefälscht.

Die Ergebnisse der oppositionellen Wahlbeobachter aus dem ganzen Land werden schriftlich festgehalten und in einem Papier mit dem Titel „Wahlfall“ verbreitet, das in der UB gedruckt wird. Diese Dokumentation des staatlichen Wahlbetrugs ist die erste ihrer Art in der DDR. 1989 sprechen und schreiben die Korrespondenten der Westmedien im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen in der DDR das erste Mal das Wort „Fälschung“ offen aus und zitieren dabei aus dem Wahlfall.

Das Staatsblatt Neues Deutschland veröffentlicht ganz andere Zahlen. Das Ergebnis ist erschreckend: Die offizielle Verlautbarung unterschlägt zahlreiche Gegenstimmen im ganzen Land. Die Oppositionsgruppen erheben sofort Protest: Zum einen hagelt es Eingaben an die Staatsführung, zum anderen gehen die Gruppen landesweit mit ihrem Protest auf die Straße. Die mit knapp 200 Teilnehmern erste größere Wahldemonstration findet einen Monat später statt: am 7. Juni 1989, vor dem Gebäude des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in Ost-Berlin [...].

In Berlin wird der Alexanderplatz in den folgenden Monaten zum regelmäßigen Treffpunkt (an jedem Siebten des Monats) für Demos gegen den Wahlbetrug. Immer sind es vor allem junge Menschen, [...] die sich mit ihrem Protest an die Öffentlichkeit wagen. [...]

„Proteste gegen den Wahlbetrug“, hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., letzte Änderung Juli 2019, www.jugendopposition.de/145314



Nach Schließung der Wahllokale werden am 7. Mai 1989 die Stimmzettel, wie hier in einer Schule in Berlin-Mitte, ausgezählt. Unabhängige Wahlbeobachter und -beobachterinnen entlarven die Wahl als Betrug.

Massenflucht und Proteste

Vor diesem Hintergrund fassten immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger den Entschluss, ihrem Land so schnell wie möglich den Rücken zu kehren. Allein 120 000 stellten im Sommer 1989 einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik. Im Juli und August versuchten darüber hinaus Hunderte, die mit ihrer Geduld am Ende waren, ihre Ausreise durch die Besetzung westlicher – vor allem westdeutscher – diplomatischer Vertretungen in Budapest, Warschau, Ost-Berlin und Prag zu erzwingen. Die Prager Botschaft der Bundesrepublik musste sogar binnen zwei Wochen wegen Überfüllung geschlossen werden. Am Rande einer UN-Vollversammlung gelang es Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Verhandlungen mit seinem DDR-Amtskollegen Oskar Fischer, dem es im Vorfeld der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Staatsgründung um eine Entschärfung der instabilen Lage ging, die Ausreise aller Prager und Warschauer Flüchtlinge zu erreichen. Sie kamen in Sonderzügen Anfang Oktober in die Bundesrepublik.

Egon Krenz, der SED-Generalsekretär Honecker zu dieser Zeit vertrat, weil der Parteichef sich einer Operation unterziehen musste, die ihn für längere Zeit von seinen Amtsgeschäften fernhielt, wusste um die Motive, die die Ostdeutschen dazu brachten, die DDR zu verlassen. Der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee (ZK) der SED, Wolfgang Herger, hatte sie in einem vertraulichen Bericht für Krenz zusammengefasst. Vom „Verlust an Perspektive als Massenprotest“ war darin die Rede, von „Resignation als Massenphänomen“ sowie von einer alarmierend zunehmenden Rate der Abwendung von der DDR, besonders unter Jugendlichen, einschließlich der Funktionäre der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Krenz erhielt den Bericht nur einen Tag vor Antritt eines vierwöchigen Urlaubs an der Ostsee, von wo aus er nichts mehr unternehmen konnte. Honecker hatte Krenz offenbar bewusst in den Urlaub entlassen und stattdessen seinen Vertrauten, Politbüromitglied Günter Mittag, mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Generalsekretärs beauftragt. Doch Mittag erwies sich als unfähig, der Lage gerecht zu werden. Die Zahl der Menschen, die aus der DDR über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik flüchteten, stieg immer weiter an. Der „Eiserne Vorhang“, der schon seit dem 18. April durch Ungarn prinzipiell infrage gestellt worden war, bestand praktisch nicht mehr. Als die ungarische Regierung es DDR-Bürgerinnen und -Bürgern ab dem 11. September gestattete, die Grenze nach Österreich legal zu überschreiten, flohen nicht nur Hunderte, sondern Tausende täglich. Bis Ende September waren es insgesamt bereits 32 500.

Im SED-Politbüro beschuldigte Mittag die Ungarn daher des „Verrats am Sozialismus“. Wie ein Abgesandter aus Budapest berichtete, hatten die Ungarn die Kontrolle verloren und beabsichtigten offenbar nicht, sie zurückzuerlangen. Die Bitte von DDR-Außenminister Fischer, ein Warschauer-Pakt-Treffen einzuberufen, um die Ungarn zur Raison zu bringen, wurde von Gorbatschow mit dem Hinweis beantwortet, die Zeit sei vorüber, in der eine Abweichung von der allgemeinen Linie durch den Druck der Mehrheit habe korrigiert werden können. Die DDR stand allein.

Montagsdemonstrationen

Währenddessen nahm auch der Umfang der Proteste und Demonstrationen innerhalb der DDR zu. Seit Juni 1989 wurden am 7. jeden Monats Protestaktionen veranstaltet, um an die Manipulation der Kommunalwahl vom 7. Mai zu erinnern. Darüber hinaus begannen am 4. September in Leipzig nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 1200 Menschen mit

Stasi-Bericht vom 9. September 1989 über Ausreisemotive

Die zu diesem Komplex in den letzten Monaten zielgerichtet erarbeiteten Erkenntnisse beweisen erneut, dass die tatsächlichen Handlungsmotive zum Verlassen der DDR sowohl bei Antragstellungen auf ständige Ausreise als auch für das ungesetzliche Verlassen im Wesentlichen identisch sind. [...] Die überwiegende Anzahl dieser Personen wertet Probleme und Mängel an der gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem im persönlichen Umfeld, in den persönlichen Lebensbedingungen und bezogen auf die so genannten täglichen Unzulänglichkeiten, im Wesentlichen negativ und kommt, davon ausgehend, insbesondere durch Vergleiche mit den Verhältnissen in der BRD und in Westberlin, zu einer negativen Bewertung der Entwicklung in der DDR.

Die Vorzüge des Sozialismus, wie zum Beispiel soziale Sicherheit und Geborgenheit, werden zwar anerkannt, im Vergleich mit aufgetretenen Problemen und Mängeln jedoch als nicht mehr entscheidende Faktoren angesehen. [...] Das geht einher mit der Auffassung, dass die Entwicklung keine spürbaren Verbesserungen für die Bürger bringt, sondern es auf den verschiedensten Gebieten in der DDR schon einmal besser gewesen sei. Derartige Auffassungen zeigen sich besonders auch bei solchen Personen, die bisher gesellschaftlich aktiv waren, aus vorgenannten Gründen jedoch „müde“ geworden seien, resigniert und schließlich kapituliert hätten. [...] Diese Personen gelangen in einem längeren Prozess zu der Auffassung, dass eine spürbare, schnelle und dauerhafte Veränderung ihrer Lebensbedingungen, vor allem bezogen auf die Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse, nur in der BRD oder Westberlin realisierbar sei. [...]

Als wesentliche Gründe für Bestrebungen zur ständigen Ausreise bzw. das ungesetzliche Verlassen der DDR [...] werden angeführt:

- Unzufriedenheit über die Versorgungslage;
- Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen;
- Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung;
- eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland;
- unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR. [...]

Im untrennbaren Zusammenhang damit wirken aktuelle Entwicklungstendenzen in anderen sozialistischen Staaten, insbesondere in der Ungarischen Volksrepublik, Volksrepublik Polen und der Sowjetunion, durch die in beachtlichem Umfang Zweifel an der Einheit, Geschlossenheit und damit der Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft entstanden sind, die zunehmend auch zu Zweifeln an der Perspektive und Sieghaftigkeit des Sozialismus überhaupt führen.

„Stasi-Bericht“, in: Armin Mitter / Stefan Wolle (Hg.), „Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS“, Basis-Dr.-Verl.-Ges., Berlin 1990, S. 141 ff.



Im Sommer 1989 versuchen zahlreiche Ostdeutsche, über die damalige Tschechoslowakei oder Ungarn in die Bundesrepublik zu fliehen: In einem Zeltlager auf dem Gelände der westdeutschen Botschaft in Prag warten am 29. September 1989 zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf ihre Ausreise in die Bundesrepublik.

sogenannten Montagsdemonstrationen, auf denen Forderungen nach Reise- und Versammlungsfreiheit laut wurden. Bis zum 25. September wuchs die Teilnehmerzahl auf 5000 an. Am 2. Oktober belief sie sich bereits auf etwa 20 000.

Ermutigt durch den Erfolg dieser Aktionen wurden nun ebenfalls politische Organisationen gegründet, die sich zum Teil als Parteien, zum Teil als Bürgerbewegungen verstanden: am 10. September das „Neue Forum“, am 12. September „Demokratie Jetzt“, am 7. Oktober die „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ und am 29. Oktober der „Demokratische Aufbruch“. Die SED-Führung sah sich damit jetzt nicht nur den Liberalisierungstendenzen in Osteuropa und der Fluchtbewegung aus der DDR, sondern auch einer wachsenden und immer besser organisierten Opposition in der DDR gegenüber.



Am 5. Oktober 1989 kommt ein Zug mit DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die in die Tschechoslowakei geflohen waren, aus Prag im bayerischen Hof an.

40. Jahrestag der DDR

Am Vorabend der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 6. Oktober 1989 erreichten die öffentlichen Demonstrationen und Aktivitäten der Oppositionsgruppen einen neuen Höhepunkt. Besonders Dresden, wo die Durchfahrt eines Zuges mit DDR-Flüchtlingen aus der Bonner Botschaft in Prag am 4. Oktober immer noch andauernde Unruhen ausgelöst hatte, war Schauplatz schwerer Auseinandersetzungen. Die Proteste, die zunächst auf Berlin, Leipzig und Dresden konzentriert gewesen waren, breiteten sich rasch aus. Aus Magdeburg wurde am 5. Oktober eine Aktion mit 800 Demonstrierenden gemeldet, von denen nicht weniger als 250 durch Polizei und Staatssicherheitsdienst verhaftet wurden. Aber auch aus vielen anderen Orten der DDR trafen Berichte über Demonstrationen und Protestaktionen ein, die kaum noch beherrschbar schienen.

Währenddessen bereitete Erich Honecker sich in Ost-Berlin darauf vor, mehr als 4000 geladene Gäste aus der DDR und über 70 ausländische Delegationen zu empfangen, unter ihnen eine sowjetische Abordnung mit Michail Gorbatschow an der Spitze. Die SED-Führung hoffte, vom Glanz des mit großem internationalem Renommee ausgestatteten Generalsekretärs der KPdSU zu profitieren. Doch Gorbatschow war auch ein Hoffnungsträger für die ostdeutschen Dissidentinnen und Dissidenten, die fühlten, dass nur er dem Reformprozess in der DDR zum Erfolg verhelfen konnte.

Gorbatschows Kritik

Am ersten Tag der Feierlichkeiten, dem 6. Oktober, beschränkten sich Honecker und Gorbatschow noch auf den Austausch von Freundlichkeiten, die dem festlichen Anlass angemessen waren. Auffällig war nur die Tatsache, dass Honeckers Festrede am Nachmittag im Palast der Republik jeglichen Hinweis auf die prekäre Lage im Lande vermissen ließ: kein Wort über die Flüchtlinge, kein Satz über die internen Probleme. Bei einem Fackelzug durch Ost-Berlin gab es am Abend allerdings bereits



Hoher Besuch zum 40. Jahrestag der DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (2.v.l.), der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker (3.v.l.) sowie der Ministerpräsident Willi Stoph (3.v.r.) nehmen mit anderen Gästen eine Militärparade ab.

spontane öffentliche Ovationen für Gorbatschow. Erst am folgenden Tag wurde dieser bei einem persönlichen Gespräch mit Honecker und in einer Unterredung mit den Mitgliedern des SED-Politbüros im Schloss Niederschönhausen deutlicher: „Kühne Entscheidungen“ seien notwendig, jede Verzögerung werde zur Niederlage führen. Wörtlich erklärte der Generalsekretär der KPdSU vor den Politbüromitgliedern: „Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun [...]. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort.“ Nachdem Gorbatschow mit einem Plädoyer für politische und ökonomische Reformen geendet hatte, pries Honecker aufs Neue den Erfolg des Sozialismus in der DDR, ohne die Flüchtlinge zu erwähnen oder auf die Krise in seinem Land einzugehen.

Der Tag klang aus mit einem Empfang im Palast der Republik, bei dem Krenz und Schabowski gegenüber Valentin Falin – Moskaus Botschafter in Bonn von 1971 bis 1978 und danach Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU – meinten, dass Honeckers Äußerungen entmutigend gewesen seien. Die sowjetischen Genossen könnten aber sicher sein, dass bald etwas geschehen werde.

Währenddessen hatten sich auf dem Alexanderplatz, unweit des Palastes der Republik, mehr als 15 000 Menschen versammelt, wo sie von „Agitatoren“ der Partei in Diskussionen verwickelt wurden. Doch niemand wurde geschlagen oder verhaftet. Erst als die Menge sich bereits zu zerstreuen begann, starteten einige Demonstrierende am Ufer der Spree wieder mit „Gorbi, Gorbi“-Rufen und dem Slogan „Wir sind das Volk“. Kurze Zeit später war die Situation völlig verändert: Einheiten der Polizei und der Staatssicherheit, die auf dem Alexanderplatz noch Zurückhaltung geübt hatten, erwarteten die auf dem Heimweg befindlichen Demonstrantinnen und Demonstranten in den Straßen des Stadtteils Prenzlauer Berg. Die Gewalt, die in der Stadtmitte angesichts der dortigen internationalen Medienpräsenz vermieden worden war, wurde nun abseits des Rampenlichts der Öffentlichkeit angewandt.

Honeckers Sturz

Für die SED-Spitze waren die Ereignisse während der Feierlichkeiten zum Jahrestag der DDR ein weiterer schwerer Misserfolg. Vor allem Erich Honecker hatte bewiesen, dass er ohne Einsicht war und jeglichen politischen Instinkt verloren hatte. Zwei Tage nach dem Jubiläum, am 8. Oktober, ergriff daher Egon Krenz am Rande eines Treffens, auf dem Staatssicherheitsminister Erich Mielke vor leitenden Sicherheitskadern über die Vorgänge berichtete, die Initiative und erörterte mit Günter Schabowski ein fünfseitiges, in Ansätzen kritisches Papier. Es sollte vom Politbüro verabschiedet und als Proklamation der Parteiführung veröffentlicht werden, weil bei der anstehenden Montagsdemonstration in Leipzig das Schlimmste befürchtet wurde. Man erwartete nach den vorangegangenen Ereignissen nicht nur einen weiteren Anstieg der Teilnehmendenzahlen, sondern rechnete nach dem Ende der Feierlichkeiten auch mit einem besonders harten Vorgehen der Staatsmacht.



Am Rande des offiziellen Staatsaktes zum 40. Jahrestag der DDR fordern Demonstrierende in Berlin am 7. Oktober 1989 die demokratische Erneuerung des Sozialismus.

Erklärung des SED-Politbüros vom 11. Oktober 1989 zur Massenflucht

[...] Der Sozialismus braucht jeden. Er hat Platz und Perspektive für alle. Er ist die Zukunft der heranwachsenden Generationen. Gerade deshalb lässt es uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben. Viele von ihnen haben die Geborgenheit der sozialistischen Heimat und eine sichere Zukunft für sich und ihre Kinder preisgegeben. Sie sind in unserem Land aufgewachsen, haben hier ihre berufliche Qualifikation erworben und sich ein gutes Auskommen geschaffen. Sie hatten ihre Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn. Sie hatten eine Heimat, die sie brauchte und die sie selbst brauchen. Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam.

Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer groß angelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, dass sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht missachtet. Mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik glaubten imperialistische Kräfte den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um mit einer hasserfüllten Kampagne ihrer Massenmedien Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu verbreiten. Sie wollen von der Hauptfrage unserer Zeit, der Sicherung des Friedens, ablenken. Das Interesse am gemeinsamen Ringen der Völker um die Lösung globaler Probleme soll geschwächt werden. [...]

Deshalb ist es das Gebot der Stunde, dass sich alle, deren Handeln von politischer Vernunft und humanistischem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Menschen unseres Landes bestimmt ist, deutlich abgrenzen von jenen, die die Bürger für konterrevolutionäre Attacken zu missbrauchen trachten. Die Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR lösen wir selbst – im sachlichen Dialog und im vertrauensvollen politischen Miteinander.

[...] Gemeinsam wollen wir Antwort finden, wie wir die nicht leichten Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts im Sinne der humanistischen Ideale des Sozialismus bestehen können. Gemeinsam wollen wir unser Vaterland so gestalten, dass die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse jedes Einzelnen entsprechend seiner Leistungen immer besser erfüllt werden können. Es geht um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt. Es geht um den Beitrag unserer Republik für die Sicherung des Friedens in der Welt. Gemeinsam wollen wir in einer starken sozialistischen DDR die Schwelle zum nächsten Jahrtausend überschreiten. [...]

Zitiert nach Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989

In den Kirchen der Stadt und über den Leipziger Stadtfunk wurde daher am 9. Oktober ein Aufruf verlesen, der zu einem freien und friedlichen Dialog aufforderte, während Krenz sich in OstBerlin bemühte, die örtlichen Sicherheitsorgane von der Zentrale aus zum Stillhalten zu verpflichten. Tatsächlich blieb alles ruhig. Doch als die von Krenz geforderte Proklamation der Parteiführung am 12. Oktober in leicht veränderter Form im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, war das Ergebnis enttäuschend: Die erhoffte positive Resonanz blieb aus. Zu wenig war zu spät vom Politbüro geäußert worden. Die Glaubwürdigkeit war so nicht wiederherzustellen. Allerdings war auch der Sturz Honeckers inzwischen kaum noch aufzuhalten. Am selben Tag, als die Proklamation des Politbüros in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ erschien, wurde der Generalsekretär in einer Sitzung mit den Bezirkschefs der SED derart scharf kritisiert, wie es im Politbüro noch nie vorgekommen war. Vor allem Hans Modrow aus Dresden, der durch die Flüchtlingszüge aus Prag und die damit zusammenhängenden Zusammenstöße schwer in Bedrängnis geraten war, tat sich hervor.

Krenz fühlte sich dadurch ermutigt, in der folgenden Politbürositzung am 17. Oktober den Coup zu wagen. Gemeinsam mit Schabowski und dem Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Harry Tisch, verabredete er am 15. Oktober, dass Honecker gleich zu Beginn der Sitzung von Ministerpräsident Willi Stoph zum Rücktritt aufgefordert werden solle. Tisch wurde beauftragt, am folgenden Tag anlässlich eines seit langem terminierten Besuchs bei seinem sowjetischen Amtskollegen Stepan Schalajew in Moskau Gorbatschow über die geplante Aktion zu informieren.

Da die Situation in den Bezirken eindeutig zu sein schien und auch aus Moskau keine Einwände kamen, brachte Stoph am 17. Oktober die Rücktrittsforderung vor, die sich ebenfalls auf Günter Mittag und den im ZK der SED für Agitation und Propaganda zuständigen Joachim Herrmann erstreckte. Honecker leistete kaum Widerstand. Alle Politbüromitglieder, auch Günter Mittag und Erich Mielke, plädierten für die Annahme der Rücktrittsforderungen, die einstimmig beschlossen wurden. Honecker, Mittag und Herrmann votierten gegen sich selbst.

Krenz und Modrow als Nachfolger

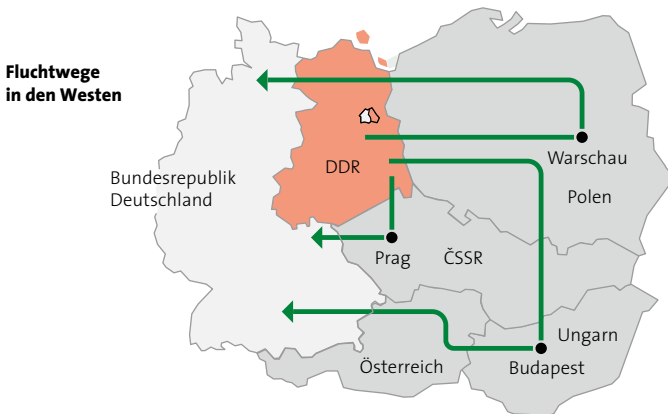
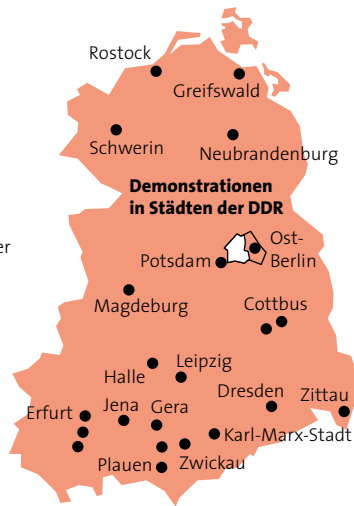
Bereits am folgenden Tag wurde Egon Krenz auf Vorschlag des Politbüros vom Zentralkomitee der SED zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt. Die vorangehende Aussprache war kurz. Während Hans Modrow eine umfassende Debatte über den künftigen Kurs der Partei forderte, waren die meisten ZK-Mitglieder nur daran interessiert, so rasch wie möglich in ihre lokalen Organisationen zurückzukehren, um dort über die dramatischen Veränderungen in Berlin zu berichten. Krenz hingegen wurde aufgefordert, im Fernsehen zu sprechen, weil ein öffentliches Wort des neuen Parteivorsitzenden jetzt wichtiger zu sein schien als endlose interne Diskussionen.

Als Krenz daraufhin am Abend auf dem Bildschirm zu den Menschen der DDR sprach, wiederholte er lediglich, was er tagsüber vor den ZK-Mitgliedern erklärt hatte – so als ob er zu einem zahlenmäßig vergrößerten Zentralkomitee redete. Die Wirkung war verheerend: Der neue Generalsekretär vermittelte das typische Negativ-Image der alten SED-Elite. Die „Reformer“, die glaubten, mit Honeckers Absetzung die Voraussetzung für einen Neuanfang geschaffen zu haben, hatten ihre erste – und vielleicht einzige – Chance vertan, ihren Versuch

DDR im Aufbruch

Herbst 1989

- **August/Sept. 1989:** Massenflucht von DDR-Bürgern nach Öffnung der ungarischen Westgrenze
- **Sept./Okt. 1989:** Flucht über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau
- **Massenproteste** in vielen Städten der DDR, Montagsdemonstrationen in Leipzig („Wir sind das Volk“) 4.11.: Eine Million Demonstranten in Ost-Berlin
- **Zusammenschluss oppositioneller Gruppen** (Neues Forum, Demokratischer Aufbruch), Gründung der SPD in der DDR
- **18.10.1989:** Sturz Erich Honeckers
- **9.11.1989:** Öffnung der Mauer



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 552 800

zur Erneuerung der Partei und ihrer Politik glaubwürdig darzustellen.

Tatsächlich war mit dem Sturz Honeckers keines der Probleme gelöst, die den Anlass zu seiner Ablösung gegeben hatten. Nur substanzielle Reformen hätten vielleicht dazu beitragen können, die Lage zu verbessern. Die neue Führung unter Krenz versprach deshalb rasch, künftig Demonstrationen als Teil der politischen Kultur der DDR zu tolerieren. Neue Reisegesetze

wurden angekündigt. Die Berichterstattung in den Medien änderte sich. Eine Debatte über Wahlen begann. Und früher ungekannte kritische Äußerungen SED-gelenkter Organisationen waren nun an der Tagesordnung. Außerdem wurde am 27. Oktober eine Amnestie für Ausgereiste bzw. Flüchtlinge und Demonstranten erlassen.

Die Proteste gegen das SED-Regime gingen dennoch weiter. Zur ersten Montagsdemonstration nach der Ernennung von Krenz zum Generalsekretär versammelten sich allein in Leipzig mehr als 300 000 Menschen. Weitere Großdemonstrationen gab es in Plauen, Dresden, Halle, Zwickau, Neubrandenburg und Jena – und natürlich in Ost-Berlin, wo 5000 Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Palast der Republik zusammenkamen, deren Losung lautete: „Demokratie – jetzt oder nie“. Als Krenz am 1. November in Moskau mit Michail Gorbatschow zusammentraf, war allerdings von einer Krise der DDR kaum noch die Rede. Nachdem Honecker gestürzt und der Weg für eine Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild und das von Gorbatschow proklamierte neue Denken in der DDR frei geworden war, hielt Moskau den SED-Staat offenbar wieder für stabil. Doch das Gegenteil war der Fall. Als in der Nacht zum 1. November die Anfang Oktober von den DDR-Behörden verhängten Beschränkungen im Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei aufgehoben wurden, überquerten binnen weniger Stunden mehr als 8000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger die Grenze zur ČSSR. Ehe der Tag zu Ende war, hatten bereits wieder 1200 Ostdeutsche in der Bonner Botschaft in Prag Zuflucht gesucht, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen.

In der ersten Novemberwoche erreichte auch die Demonstrationsbewegung in der DDR mit weit mehr als einer Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren Höhepunkt. Am 7. und 8. November traten danach zunächst die Regierung der DDR (der Ministerrat) und dann auch das Politbüro der SED zurück, um einer neuen Führung zu weichen, die im Wesentlichen aus Anti-Honecker-Funktionären bestand – unter ihnen Krenz, Modrow, Schabowski und Herger. Hans Modrow wurde zum neuen Ministerpräsidenten der DDR bestimmt. Anders als Krenz, der keinen Ruf als Reformler besaß, schien er eine glaubwürdige Alternative zur alten Garde der Partei zu verkörpern, auch wenn er kaum als Dissident oder gar als Oppositioneller zu bezeichnen war. Immerhin war es in seinem Parteibezirk Dresden zu den schwersten



Am 4. November 1989 fordern rund eine Million DDR-Bürgerinnen und -Bürger unter dem Motto „Keine Gewalt“ bei der ersten genehmigten nichtstaatlichen Demonstration in Berlin demokratische Reformprozesse.

Übergriffen der Staatsmacht gegen Demonstrierende gekommen. Der 61-jährige Modrow hatte außerdem schon früh in der SED Karriere gemacht. Dennoch glaubten manche in der SED, er habe aufgrund seiner ruhigen Art und würdigen Erscheinung das Zeug, der „Gorbatschow der DDR“ zu werden – auch wenn es dafür kaum Belege gab. Tatsächlich war es ein offenes Geheimnis, dass Modrow das Vertrauen Moskaus besaß.

Der 9. November

Ehe Modrow am 13. November von der Volkskammer offiziell zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, überschlugen sich jedoch die Ereignisse an den Grenzen der DDR. Nach Aufhebung der Reisebeschränkungen gegenüber der Tschechoslowakei am 1. November und der Erklärung der DDR-Regierung, dass ihre Bürger direkt von der ČSSR in die Bundesrepublik fahren könnten – ein Schritt, der die Mauer praktisch irrelevant werden ließ –, machten innerhalb einer Woche nicht weniger als 48 177 DDR-Bürgerinnen und -Bürger von dieser Möglichkeit Gebrauch. Der Massenexodus, der nach der ungarischen Grenzöffnung im Frühjahr 1989 begonnen hatte, setzte sich nun mit immer neuen Rekordzahlen über die Tschechoslowakei fort.

Das Ausmaß der Ausreisen war inzwischen so groß, dass selbst die Bundesrepublik in Schwierigkeiten geriet. Bis zum Ende der ersten Novemberwoche hatten allein 1989 über 225 000 Ostdeutsche ihren Weg nach Westdeutschland gefunden, zu denen noch etwa 300 000 deutschstämmige Immigrantinnen und Immigranten aus Osteuropa hinzukamen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble warnte daher, die Bundesrepublik werde zwar weiterhin alle Übersiedlerinnen und Übersiedler aufnehmen, doch müssten diese damit rechnen, für längere Zeit in bescheidenen Verhältnissen zu leben, während Bundeskanzler Kohl für Hilfen vor Ort statt für eine Übersiedlung in die Bundesrepublik plädierte. Vor dem Bundestag erklärte er dazu am 8. November in seinem „Bericht zur Lage der Nation“, Bonn sei bereit, der neuen DDR-Führung bei der Umsetzung ihrer Reformen zu helfen. Wenn es einen wirklichen Reformprozess gebe, werde man sogar „eine neue Dimension wirtschaftlicher Unterstützung“ erwägen. Allerdings verknüpfte der Kanzler sein Hilfsversprechen mit Bedingungen und sprach von einer „nationalen Verpflichtung“



Zahlreiche Übersiedler und Übersiedlerinnen aus der DDR müssen zunächst in Feldbetten übernachten; Sporthalle in Hof am 7. November 1989.

seiner Regierung, das „Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen“ zu fordern.

Inzwischen war die Zahl der Flüchtlinge auf nicht weniger als 500 pro Stunde angestiegen. Innerhalb eines Tages, vom 8. zum 9. November, flohen mehr als 11 000 Ostdeutsche über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik. Es musste daher dringend etwas geschehen.

Reisegesetz

Krenz und die neue SED-Führung waren sich von Anfang an im Klaren gewesen, dass die Frage der Reisefreiheit entscheidend sein werde, wenn die Erneuerung des Regimes gelingen sollte. Ministerpräsident Stoph hatte daher Innenminister Friedrich Dickel bereits am 19. Oktober – zwei Tage nach Honeckers Sturz – beauftragt, ein neues Reisegesetz zu erarbeiten. Weitere fünf Tage später hatte das Politbüro verlauten lassen, dass es in der Zukunft allen DDR-Bürgerinnen und -Bürger erlaubt sein werde, „ohne Behinderungen zu reisen“. Der erste Entwurf eines neuen Reisegesetzes lag am 31. Oktober vor. Alle Bürgerinnen und Bürger der DDR sollten danach das Recht haben, ohne harte Währung für einen Monat im Jahr ins Ausland zu reisen, vorausgesetzt dass sie einen gültigen Reisepass und ein Visum besaßen, das von der Polizei innerhalb von 30 Tagen nach Antragstellung zu erteilen sei.

Obwohl der Entwurf noch einige Ungereimtheiten enthielt – vor allem hinsichtlich der Visumserteilung –, wurde er am 6. November veröffentlicht. Die Erwartung der Regierung, dass die Diskussion darüber bis Ende November abgeschlossen sein werde, sodass die neuen Verfahren im Dezember in Kraft treten könnten, erfüllte sich jedoch nicht. Denn die vorgesehenen Bestimmungen stießen auf massive Kritik. Noch am Tag der Veröffentlichung forderten mehrere Hunderttausend Menschen auf einer Massendemonstration in Leipzig „ein Reisegesetz ohne Einschränkungen“. Vertretern der SED wurde nicht mehr erlaubt, auf der Versammlung zu sprechen. „Zu spät, zu spät“, erscholl es aus der Menge. Und zum ersten Mal: „Wir brauchen keine Gesetze – die Mauer muss weg!“

Auch in anderen Städten der DDR gab es Protestaktionen. Sogar das zensierte Fernsehen brachte kritische Stimmen von DDR-Bürgerinnen und Bürgern. Und in den Fabriken kam es im ganzen Land zu spontanen Warnstreiks von Arbeitern, die sich durch das geplante Gesetz diskriminiert fühlten, weil es für sie keine Devisen vorsah, die für Reisen ins Ausland unabdingbar waren. Der Entwurf wurde daraufhin am folgenden Tag vom Rechtsausschuss der Volkskammer als „unzureichend“ verworfen. Zudem teilte der tschechoslowakische Parteichef Miloš Jakeš SED-Generalsekretär Krenz mit, dass seine Regierung nicht länger bereit sei, DDR-Bürgerinnen und Bürgern zu gestatten, die westdeutsche Botschaft in Prag zu betreten oder ohne Verzug über die Grenze nach Bayern in die Bundesrepublik einzureisen. Dies sei Wasser auf die Mühlen der eigenen tschechoslowakischen Opposition. Wenn die Regierung in Ost-Berlin nicht umgehend Maßnahmen ergreife, um das Problem zu lösen, werde die ČSSR ihre Grenze zur DDR schließen.

Das SED-Politbüro war daher unter großem Druck, als es am 7. November die Beratungen über die Gewährung der Reisefreiheit fortsetzte. Nunmehr schien es notwendig, die ersehnte Reisefreiheit in einem Schritt vorab zu gewähren und das erforderliche Reisegesetz nachträglich von der Volkskammer beschließen zu lassen. Ministerpräsident Stoph, der an diesem Tag zurücktrat, aber noch im Amt blieb, bis das neue Kabinett unter Hans Modrow am 17. November gebildet war, wurde beauftragt, eine entsprechende Entscheidung der Regierung über die neuen Reisebestimmungen herbeizuführen.

9. November 1989: Internationale Pressekonferenz

Günter Schabowski: [...] Allerdings ist heute, soviel ich weiß (*blickt bei diesen Worten zustimmungsheischend in Richtung Labs* und Banaschak**), eine Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen worden, dass man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus herausnimmt und in Kraft treten lässt, der stän ... – wie man so schön sagt oder so unschön sagt – die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik. Weil wir es (äh) für einen unmöglichen Zustand halten, dass sich diese Bewegung vollzieht (äh) über einen befreundeten Staat (äh), was ja auch für diesen Staat nicht ganz einfach ist. Und deshalb (äh) haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR (äh) möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.

Frage: (*Stimmengewirr*) Das gilt ...?

Riccardo Ehrmann, Journalist, ANSA: Ohne Pass? Ohne Pass – (Nein, nein!)

Krzysztof Janowski, Journalist, Voice of America: Ab wann tritt das ...? (... *Stimmengewirr* ...) Ab wann tritt das in Kraft?

Günter Schabowski: Bitte?

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Ab sofort? Ab ...?

Günter Schabowski: ... (*kratzt sich am Kopf*) Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden (*setzt sich, während er weiterspricht, seine Brille auf*), dass eine solche Mitteilung heute schon (äh) verbreitet worden ist. Sie müsste eigentlich in Ihrem Besitz sein. Also (*liest sehr schnell vom Blatt*): „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der VPKÄ – der Volkspolizeikreisämter – in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen.“

Riccardo Ehrmann, Journalist, ANSA: Mit Pass?

Günter Schabowski: (Äh) (*liest*): Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen.

Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.“ (*blickt auf*) (Äh) Die Passfrage kann ich jetzt nicht beantworten (*blickt fragend in Richtung Labs und Banaschak*). Das ist auch eine technische Frage. Ich weiß ja nicht, die Pässe müssen ja, ... also damit jeder im Besitz eines Passes ist, überhaupt erst mal ausgegeben werden. Wir wollten aber ...

Manfred Banaschak: Entscheidend ist ja die inhaltliche Aussage ...

Günter Schabowski: ... ist die ...

Frage: Wann tritt das in Kraft?

Günter Schabowski: (*blättert in seinen Papieren*) Das tritt nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich (*blättert weiter in seinen Unterlagen*) ...

Helga Labs: (*leise*) ... unverzüglich.

Gerhard Beil*: (*leise*) Das muss der Ministerrat beschließen.

Krzysztof Janowski, Journalist, Voice of America: Auch in Berlin? (... *Stimmengewirr* ...)

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Sie haben nur BRD gesagt, gilt das auch für West-Berlin?

Günter Schabowski: (*liest schnell vor*) „Wie die Presseabteilung des Ministeriums (...) hat der Ministerrat beschlossen, dass bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird.“

Peter Brinkmann, Journalist, Bild Zeitung: Gilt das auch für Berlin-West? Sie hatten nur BRD gesagt.

Günter Schabowski: (*zuckt mit den Schultern, verzieht dazu die Mundwinkel nach unten, schaut in seine Papiere*) Also (*Pause*), doch, doch (*liest vor*): „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“

* Helga Labs, Manfred Banaschak und Gerhard Beil gehörten dem ZK der SED an.

Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer, Ch. Links Verlag, Berlin 2014, S. 194 f.; siehe auch: www.chronik-der-mauer.de/180368



Eine Pressekonferenz, die Geschichte schreiben wird: Günter Schabowski gibt am Abend des 9. Novembers 1989 im Internationalen Pressezentrum an, dass eine Ausreise aus der DDR für DDR-Bürgerinnen und Bürger „unverzüglich“ möglich sei.

Ein an die neue Lage angepasster Entwurf aus dem DDR-Innenministerium lag am 9. November vor, wurde vom Politbüro bestätigt und bis 18 Uhr im Umlaufverfahren vom Ministerrat gebilligt. Am Nachmittag des 9. November informierte Krenz darüber das Zentralkomitee der SED – laut späteren Erinnerung mehrerer Sitzungsteilnehmern eher beiläufig – und übergab die handschriftlich leicht abgeänderte Ministerratsvorlage gegen 18 Uhr dem ZK-Sekretär für Information, Günter Schabowski, der gerade auf dem Weg war, die im Internationalen Pressezentrum versammelten Journalistinnen und Journalisten über die Ergebnisse der ZK-Tagung zu unterrichten. Bei der Aushändigung des zweiseitigen Textes bemerkte Krenz nur knapp: „Gib das bekannt. Das wird ein Knüller für uns.“ Natürlich hoffte er, das Einlenken der DDR-Führung in dieser wichtigen Frage werde die Lage entspannen. Die Tatsache, dass es für die Information eine Sperrfrist gab, weil die Neuregelung erst am 10. November um 4 Uhr morgens über die staatliche Nachrichtenagentur ADN veröffentlicht werden sollte, um zuvor die notwendigen Ausführungsbestimmungen den Grenzübergangsstellen mitteilen zu können, erwähnte er nicht.

Öffnung der Mauer

Entsprechend groß war die Aufregung, als Schabowski wenig später mit bemühter Routinemäßigkeit die Nachricht bekanntgab, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe. „Bedeutet dies“, fragte ein Reporter, „dass jeder DDR-Bürger jetzt frei in den Westen reisen kann?“ Schabowski zitierte daraufhin aus dem Text,

dass Anträge auf Reisen ins Ausland ohne Vorbedingungen gestellt werden könnten, dass jeder DDR-Bürger ab dem kommenden Morgen um 8 Uhr ein Visum erhalten könne und dass die Behörden angewiesen seien, Pässe und Visa „schnell und unbürokratisch“ auszustellen. Die Regelung trete „sofort, unverzüglich“ in Kraft.

Damit waren die Grenzen praktisch offen. Auch wenn Schabowskis „sofort“ eine aus dem Augenblick heraus entstandene Interpretation war, die außer Acht ließ, dass die von ihm verkündete Reiseregulation bisher nur im Entwurf vorlag und an die Voraussetzung gebunden war, dass die Bürger vor dem Überschreiten der Grenzen noch den Gang zu den Passdienststellen antreten mussten, machten sich nach seiner im Fernsehen und im Radio live übertragenen Pressekonferenz noch in der Nacht Tausende DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf den Weg zur Grenze, um sich an Ort und Stelle einen Eindruck von der überraschenden Entwicklung zu verschaffen. Schabowskis missverständliche Äußerungen hatten bei ihnen die spontane Eingebung geweckt, dass sie „sofort“ den Westen besuchen könnten. Allerdings hatten die DDR-Grenzposten von der angeblichen Grenzöffnung ebenfalls erst aus den Medien erfahren und zeigten sich nun genauso ratlos wie ihre Vorgesetzten. Als der Druck immer mehr anschwellte, wurde schließlich entschieden, die Menschen passieren zu lassen, ihre Pässe aber mit einem Stempel zu versehen, der ihre Wiedereinreise in die DDR ausschließen sollte. Auch Krenz, der gegen 21 Uhr von Mielke telefonisch unterrichtet wurde, dass „mehrere Hundert“

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 werden die DDR-Grenzen zum Westen geöffnet: Hunderte Menschen aus Ost und West erklimmen gemeinsam die Mauer vor dem Brandenburger Tor.



Rede Willy Brandt am 10. November 1989

Liebe Berlinerinnen und Berliner, liebe Landsleute von drüben und hüten, dies ist ein schöner Tag nach einem langen Weg, aber wir befinden uns erst an einer Zwischenstation. Wir sind noch nicht am Ende des Weges angelangt. Es liegt noch 'ne ganze Menge vor uns. [...]

Das Zusammenrücken der Deutschen, darum geht es, das Zusammenrücken der Deutschen verwirklicht sich anders, als es die meisten von uns erwartet haben. Und keiner sollte in diesem Augenblick so tun, als wüsste er ganz genau, in welcher konkreten Form die Menschen in den beiden Staaten in ein neues Verhältnis zueinander geraten werden. Dass sie in ein anderes Verhältnis zueinander geraten, dass sie in Freiheit zusammenfinden und sich entfalten können, darauf allein kommt es an. [...]

[...] Es ist sicher, dass nichts im anderen Teil Deutschlands wieder so werden wird, wie es war. Die Winde der Veränderung, die seit einiger Zeit über Europa ziehen, haben an Deutschland nicht vorbeiziehen können. Meine Überzeugung war es immer, dass die betonierte Teilung und dass die Teilung durch Stacheldraht und Todesstreifen gegen den Strom der Geschichte standen. Und ich habe es noch in diesem Sommer zu Papier gebracht [...], ohne dass ich genau wusste, was im Herbst passieren würde: Berlin wird leben und die Mauer wird fallen. [...]

Denen, die heute noch so schön jung sind, und denen, die nachwachsen, kann es nicht immer leichtfallen, sich die historischen Zusammenhänge, in die wir eingebettet sind, klarzumachen. Deshalb sage ich nicht nur, dass wir bis zur Überwindung der Spaltung noch einiges vor uns haben, sondern ich erinnere uns auch daran, dass die widernatürliche Spaltung – und mit welchem, mit welchem Zorn, aber auch mit welcher Ohnmacht habe ich hier am 16. August '61 von dieser Stelle aus dagegen angerebet – ich will sagen: auch das hat natürlich nicht erst am 13. August 1961 begonnen. Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-Regime und dem von ihm ent-



Alt-Bundeskanzler Willy Brandt hält nach dem friedlichen Fall der Berliner Mauer am 10. November 1989 eine Rede vor dem Schöneberger Rathaus und spricht dabei die Menschen in Ost und West an.

fesselten schrecklichen Krieg. Jenem schrecklichen Krieg, der Berlin wie so viele andere deutsche und nichtdeutsche Städte in Trümmerwüsten verwandelte. Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands, in Berlin reproduziert auf mehrfache Weise. Und jetzt erleben wir, und das ist etwas Großes – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf – wir erleben, dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen. [...]

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, www.willy-brandt-biografie.de, Volltext online: <https://www.willy-brandt-biografie.de/quellen/bedeutende-reden/rede-vor-dem-rathaus-schoeneberg-zum-fall-der-berliner-mauer-10-november-1989/>

Menschen an der Grenze die sofortige Ausreise verlangten, plädierte dafür, sie „durchzulassen“, da die Öffnung ohnehin beabsichtigt und jetzt nicht mehr zu vermeiden sei.

Damit war die Mauer, 28 Jahre nach ihrer Errichtung, gefallen. Der Jubel und das Chaos, die in den folgenden Tagen herrschten, ließen eine nüchterne politische Bestandsaufnahme der Entwicklung nur schwer zu. Vor allem war unklar, ob die Verwirklichung der Reisefreiheit nur den Druck beseitigen würde, unter dem die DDR-Führung so lange gestanden hatte, sodass sogar eine Stabilisierung des SED-Regimes wieder möglich schien, oder ob die Öffnung der Mauer die Schleusen für den Massenexodus noch weiter aufmachen und das Ende der DDR besiegeln würde.

Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, der zur Zeit des Mauerbaus 1961 Regierender Bürgermeister Berlins gewesen war und später durch seine neue Ostpolitik dazu beigetragen hatte, die Spannungen zwischen Ost und West zu mindern und den Weg für Reformen in Osteuropa zu bereiten, erklärte in einer kurzfristig anberaumten Versammlung am Abend des 10. November vor dem Rathaus Schöneberg, nun sei eine neue Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten entstanden.



Eine riesige „Trabi-Kolonne“ bewegt sich am 11. November 1989 am Grenzübergang Rudolphstein in Richtung Bundesrepublik Deutschland.

MANFRED GÖRTEMAKER

Beginn der deutschen Einigung

Immer mehr Menschen in der DDR fordern die Wiedervereinigung.
Die Bundesregierung legt dazu ein Zehn-Punkte-Programm vor. Die Volkskammerwahl
vom 18. März 1990 beschleunigt den Einigungsprozess.



Bei einer Montagsdemo in Leipzig fordern zahlreiche Demonstrierende am 11. Dezember 1989 die deutsche Einheit, andere wiederum lehnen dies ab und plädieren für Reformen in der DDR.

Mit der Maueröffnung war die deutsche Einigung allerdings noch keineswegs vorgezeichnet. Denn auch die neue Führung der SED war nicht gewillt, die DDR preiszugeben. Und über die Wiedervereinigung hatten nicht allein die Deutschen zu entscheiden, sondern auch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Seit der Berliner Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945, mit der die „bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ festgestellt worden war, stand Deutschland unter Viermächte-Status, der auch nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949 weiter galt. Die deutsche Souveränität war deshalb eingeschränkt. Jede Statusveränderung bedurfte der Zustimmung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion.

Dabei waren die Reaktionen durchaus uneinheitlich. Während man sich in London und Paris besorgt zeigte, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands neue Risiken für die europäische Ordnung heraufbeschwören könnte, betrachtete man die Entwicklung in Washington mit Genugtuung, da das erklärte westliche Ziel im Ost-West-Konflikt – die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus – nahe schien. In Moskau hingegen bemühten sich Gorbatschow und seine Mitarbeiter in Kontakten mit den Westmächten und der Bundesregierung sowie der SED-Führung vor allem darum, eine unkontrollierte Eskalation – etwa eine spontane Wiedervereinigung durch die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland – zu verhindern.

In der Sowjetunion gab es aber auch andere Kräfte – vor allem im Parteiapparat der KPdSU und beim sowjetischen Militär –, die mehr oder minder offen für die Anwendung von Gewalt plädierten, um die Situation unter Kontrolle zu bringen: Eine „chinesische Lösung“ nach dem Muster der Niederschlagung der Reformbewegung auf dem Tiananmen-Platz in Peking war daher nicht auszuschließen. Gorbatschow und Außenminister Eduard Schewardnadse wiesen jedoch auf die möglichen Konsequenzen einer Militäraktion in der Mitte Europas hin. Später behauptete Schewardnadse in einem Interview sogar, in diesen Stunden habe man sich „am Rande eines Dritten Weltkrieges“ bewegt. Glücklicherweise habe er in der Auseinandersetzung mit den Befürwortern einer Militäraktion Rückendeckung von Gorbatschow erhalten, sodass ein militärischer Konflikt habe vermieden werden können.

Ringens um die Erhaltung der DDR

Unterdessen wurde Hans Modrow am 13. November 1989 zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Seit Beginn der Krise im Sommer hatte er wiederholt erklärt, dass er hoffe, während der unsicheren Zeit des Übergangs der DDR zu einer „sozialistischen Demokratie“ ein stabilisierender Faktor zu sein. In enger Zusammenarbeit mit Markus Wolf, der zwar 1987 als Chef der DDR-Auslandsspionage ausgeschieden war, aber als zuverlässiger Freund der Sowjetunion im Hintergrund weiter agierte, wollte er nicht nur das SED-Regime reformieren, sondern auch die DDR wirtschaftlich und finanziell sanieren – wenn nötig sogar im Rahmen einer konföderativen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik –, um ihre Existenz zu sichern. Modrow bekannte sich damit einerseits zum Bündnis mit der Sowjetunion, ohne deren Unterstützung die DDR nicht lebensfähig war. Andererseits war er nüchtern genug, die ökonomischen Grenzen der DDR zu erkennen und daraus die notwendigen Schlüsse im Sinne gesamtdeutscher Initiativen zu ziehen.

Unter günstigeren Umständen hätte Modrow mit dieser Politik sogar Erfolg haben können. Aber Ende 1989 war es dafür zu spät. Nicht nur hatte die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung inzwischen jegliches Zutrauen zu ihrer Regierung verloren. Auch die ostdeutsche Wirtschaft war bankrott, wie der scheidende Finanzminister Ernst Höfner am Tag der Amtsübernahme Modrows enthüllte. Neben einem Haushaltsdefizit von 120 Milliarden DDR-Mark und einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden US-Dollar war vor allem die Tatsache besorgniserregend, dass die Produktivität der ostdeutschen Betriebe seit 1980 um etwa 50 Prozent gesunken war. Und ein Ende der Talfahrt war nicht in Sicht. Einer Konkurrenz mit westlichen Betrieben, die bei offenen Grenzen nicht zu vermeiden war, würde die ostdeutsche Wirtschaft daher nicht standhalten.

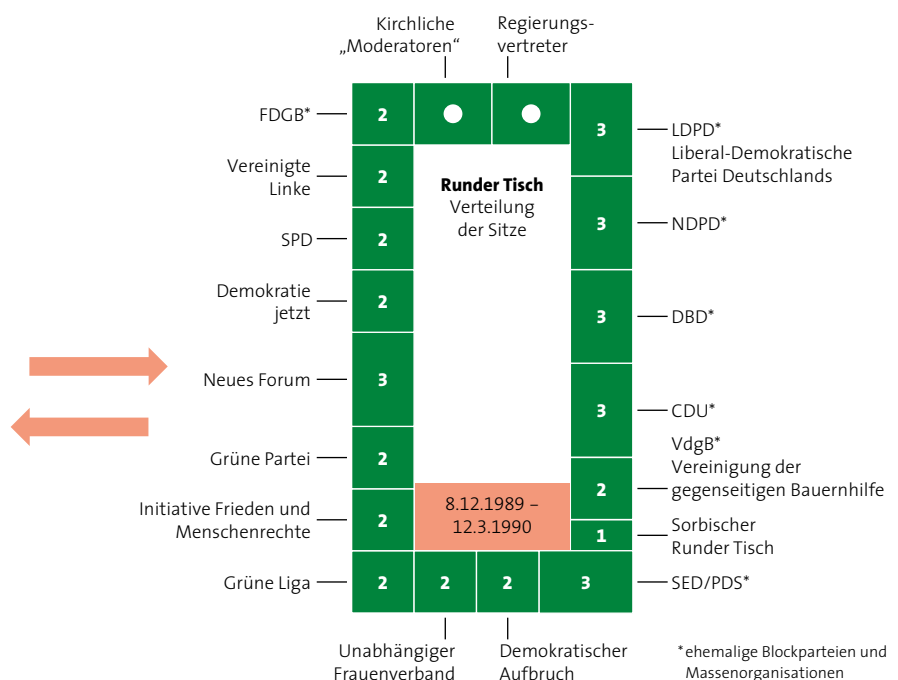
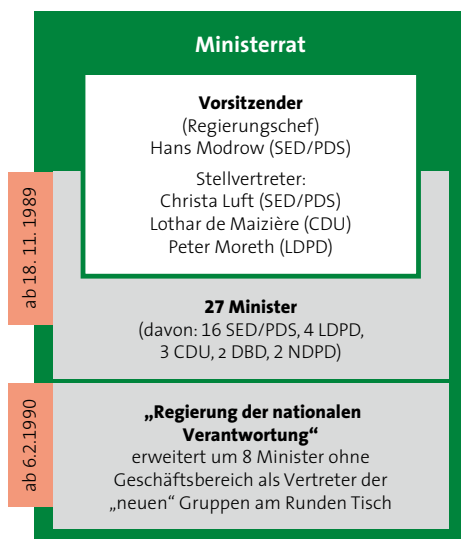
Vertragsgemeinschaft

Modrow schlug deshalb in seiner Regierungserklärung am 17. November 1989 eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden deutschen Staaten vor und sprach in einem Interview mit dem Wochenmagazin „Der Spiegel“ am 4. Dezember sogar von der Möglichkeit einer „deutschen Konföderation“, um wirtschaftliche Unterstützung von der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten, ohne sich vom Westen politisch absorbieren zu lassen.

Doch Modrow blieb wenig Zeit, weitreichende Reformen in die Tat umzusetzen. Der Massenexodus von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit täglich über 2000 Flüchtlingen bzw. Übersiedelnden hielt an, die SED verlor innerhalb von zwei Monaten nach dem Sturz Honeckers mehr als die Hälfte ihrer zuvor drei Millionen Mitglieder, und die neuen politischen Kräfte in der DDR, wie das Neue Forum und die SPD-Ost, versammelten sich mit anderen, die Reformen nach polnischem Vorbild befürworteten, zu Gesprächen mit der Regierung und den Kräften des alten Regimes an einem „Runden Tisch“ in Ost-Berlin. Dort bildeten sie eine Art Nebenregierung zum Kabinett Modrow und zugleich ein Ersatzparlament, nachdem die Volkskammer ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung inzwischen ebenfalls eingebüßt hatte.

Ministerrat und Runder Tisch

DDR im Übergang





Ab Dezember 1989 finden im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin die „Runden Tische“ statt: Verschiedenste gesellschaftliche Gruppen diskutieren in dieser Art „Nebenregierung und Nebenparlament“ Probleme und schlagen Gesetze vor.

Einziger Vorteil für Modrow: Nachdem am 3. Dezember 1989 das gesamte Politbüro und das Zentralkomitee der SED zurückgetreten waren, konnte er alle Schlüsselpositionen mit seinen Anhängern und Vertrauensleuten besetzen. Auch die SED, die sich nun „Sozialistische Einheitspartei – Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS) nannte, erhielt einen neuen Vorsitzenden: den Rechtsanwalt Gregor Gysi, der sich als Verteidiger von Regimegegnern – darunter Bärbel Bohley – einen Namen gemacht hatte. Damit war der Machtwechsel in der DDR endgültig vollzogen. Ob die Unterstützung für Modrow und Gysi ausreichen würde, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Land zu stabilisieren, musste sich allerdings erst noch erweisen.

Kohls Zehn-Punkte-Programm

In der Bundesrepublik wurden die Entwicklungen in der DDR mit großer Aufmerksamkeit registriert. So entging es den politischen Beobachtern auch nicht, dass bei der Montagsdemonstration in Leipzig am 6. November erstmals Sprechchöre mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ zu hören waren. Bei der Demonstration eine Woche später war dieser Slogan auf den mitgeführten Transparenten bereits ein bestimmendes Element. Außenminister Hans-Dietrich Genscher sah sich deshalb veranlasst, seine Amtskollegen der Westeuropäischen Union (WEU) in Brüssel mit dem Hinweis zu beruhigen, dass die Bundesrepublik keinen „nationalen Alleingang in der Außenpolitik“ unternehmen werde. Bundeskanzler Kohl erneuerte bei seinem Besuch in Polen am 14. November nochmals die Garantie der polnischen Westgrenze, wie sie bereits im Warschauer Vertrag von 1970 enthalten war, und sprach am 16. November vor dem Deutschen Bundestag, als er den Bericht über seine Reise nach Polen abgab, ausdrücklich nicht über die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung, sondern beschränkte sich auf eine nüchterne Bestandsaufnahme. Dabei unterstrich er lediglich, dass die Bundesrepublik selbstverständlich jede Entscheidung respektieren werde, die das Volk der DDR in freier Selbstbestimmung treffe.

In Bonn wurde man jedoch hellhörig, als dort am nächsten Tag bekannt wurde, dass Generalsekretär Gorbatschow bei einer Rede vor Studenten in Moskau am 15. November ausdrücklich von einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands gesprochen hatte – wenn auch nur mit dem beiläufigen Hinweis, dass sie eine „interne Angelegenheit“ der Bundesrepublik und der DDR sei. Und als vier Tage später einer der prominentesten sowjetischen Deutschlandexperten, Nikolai Portugalow, Berater des Zentralkomitees der KPdSU, im Kanzleramt erschien, um die Haltung der Bundesregierung zur Entwicklung in der DDR zu erkunden, und dabei auch die Möglichkeit andeutete, dass die Sowjetunion mittelfristig einer deutschen Konföderation „grünes Licht“ geben könne, kam man nicht länger umhin, sich eingehend mit der Wiedervereinigungsfrage zu befassen. Offenbar war man in dieser Hinsicht in Moskau bereits weiter als in Bonn.

In einer nächtlichen Runde im Kanzleramt am 23. November und einer weiteren Sitzung am folgenden Morgen wurden deshalb in aller Eile Antworten auf einen Fragenkatalog erarbeitet, den Portugalow hinterlassen hatte: bezüglich der Kooperation zwischen den beiden deutschen Staaten und besonders zur Wiedervereinigung, zur Aufnahme der DDR in die Europäische Gemeinschaft, zur Mitgliedschaft in NATO und Warschauer Pakt sowie zur Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages. Am Ende der Beratungen kamen zehn Punkte zusammen, die der Kanzler in der Haushaltsdebatte am 28. November vortrug. Nur die US-Regierung wurde vorab über die Ausführungen Kohls informiert, deren Kern der Plan für eine deutsch-

Zehn-Punkte-Programm für Deutschland

Bundeskanzler Kohl im Bundestag am 28.11.1989

Mögliche Stufen der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten ...

Ziel:
Bundesstaatliche Ordnung für ganz Deutschland

Konföderative Strukturen
zwischen beiden Staaten
Neue Formen institutioneller Zusammenarbeit

Vertragsgemeinschaft
Dichtes Netz von Vereinbarungen, Gemeinsame Einrichtungen

Umfassende Hilfe und Zusammenarbeit
Bedingung:
Unumkehrbare Reformen in der DDR

Bestehende Zusammenarbeit vertiefen
Umweltschutz, Verkehr, Wirtschaft, Forschung, Kultur

Soforthilfe
Humanitäre Hilfe, Devisenfonds für Westreisen und andere Maßnahmen

Fortschritte im KSZE-Prozess

Stärkung der EG

Abrüstung, Rüstungskontrolle

... eingebettet in die gesamt-europäische Entwicklung

Kohls Zehn-Punkte-Programm

Erstens: Zunächst sind Sofortmaßnahmen erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs. [...]

Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. [...]

Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. [...] Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, das heißt selbstverständlich auch nichtsozialistischer, Parteien. Das Machtmonopol der SED muss aufgehoben werden. Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem die Abschaffung des politischen Strafrechts und als Konsequenz die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Wirtschaftliche Hilfe kann nur dann wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. [...] Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. [...]

Viertens: Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. [...] Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Bereits bestehende Kommissionen könnten neue Aufgaben erhalten, weitere könnten gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. [...]

Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus. [...]

Sechstens: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozess, das heißt immer auch in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muss sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. [...]

Siebtens: Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken. [...] Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt erweitert. [...]

Achtens: Der KSZE-Prozess ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Wir wollen ihn vorantreiben. [...]

Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. [...]

Zehntens: Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. [...]

„Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. November 1989

deutsche Konföderation darstellte. Der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, erhielt den Text der Rede, während Kohl im Bundestag sprach.

Konföderation

Die Ausführungen Kohls, die in der Öffentlichkeit als „Zehn-Punkte-Plan“ der Bundesregierung zur Wiedervereinigung Deutschlands verklärt wurden, fanden sofort ein großes Echo: Sie waren konkret, mit präzisen Vorschlägen und einer Stufenfolge, kamen direkt vom Kanzler und stellten eine Richtungsentscheidung der bisher so vorsichtigen Bundesregierung dar, auf die viele gewartet hatten. „Wiedervereinigung, die Wiedererlangung der deutschen staatlichen Einheit“, so Kohl, bleibe „das politische Ziel der Bundesregierung“.

Im Einzelnen sah der Plan eine Reihe von Maßnahmen vor, die von „sofortiger konkreter Hilfe“ für die DDR über die Errichtung der von Modrow vorgeschlagenen Vertragsgemeinschaft bis zur Einführung „konföderativer Strukturen zwischen den zwei Staaten in Deutschland mit dem Ziel der Schaffung einer Föderation, einer föderativen staatlichen Ordnung in Deutschland“ reichten. Niemand wisse, so Kohl, wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen werde. Er sei jedoch sicher, dass die Einheit kommen werde, wenn die deutsche Nation dies wünsche. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür sei eine „legitime demokratische Regierung“ in der DDR. Nach freien Wahlen könnten dann verschiedene gesamtdeutsche Institutionen gebildet werden – ein-

schließlich eines gemeinsamen Regierungsausschusses zur ständigen Konsultation und politischen Harmonisierung, gemeinsamer technischer Komitees und einer gemeinsamen parlamentarischen Körperschaft. Wenn diese Politik erfolgreich sei, könne das deutsche Volk schließlich in einem freien Europa in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen.

Die Reaktion auf die Vorschläge Kohls war bei allen Parteien des Bundestages mit Ausnahme der Grünen grundsätzlich positiv. Die Sozialdemokraten glaubten in seinem Plan sogar viele eigene Ideen wieder zu entdecken, die sie über die Jahre hinweg zur Deutschlandpolitik geäußert hatten. Allerdings zögerten einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker, allen voran der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine und der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel, sich den Vorschlägen des Kanzlers vorbehaltlos anzuschließen. Sie meinten, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR nicht nur das Recht, sondern auch den Freiraum haben müssten, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Eine Wiedervereinigung Deutschlands, so die SPD-Spitze, stünde ohnehin noch nicht auf der Tagesordnung. Sogar das Wort „Wiedervereinigung“ wurde deshalb in den Stellungnahmen der SPD sorgfältig vermieden und durch Begriffe wie „Einheit“ oder „Einigung“ ersetzt.

In den USA hingegen stimmte man den Ausführungen des Kanzlers weithin zu. Zwar wurde die mangelnde vorherige Konsultation kritisiert. Aber sowohl Präsident George H.W. Bush als auch Außenminister James Baker erklärten sich mit

den von Kohl angeregten Schritten zur Wiedervereinigung Deutschlands prinzipiell einverstanden. Allerdings wurde diese Zustimmung an die Bedingung geknüpft, dass die fortgesetzte Einbindung Deutschlands in die westliche Allianz gesichert bleiben müsse. Bei einem Besuch Bakers in Berlin und Potsdam am 12. Dezember 1989 verwies der US-Außenminister daher vorsorglich noch einmal auf die alliierten Vorbehaltsrechte in der Deutschlandpolitik, um Bonn von einem Alleingang abzuhalten. Die Bundesregierung solle, wie Baker intern verlauten ließ, „an den Anker gelegt“ werden. In Paris hieß es sogar, man müsse die Deutschen wohl „daran erinnern, wer für Berlin verantwortlich“ sei.

In Moskau, von wo aus – vielleicht ungewollt – die Initialzündung für den Zehn-Punkte-Plan erfolgt war, brachte Gorbatschow am 10. Dezember in einem Telefonat mit dem Vorsitzenden der SED-PDS, Gregor Gysi, sein Missfallen über Kohls Vorschläge zum Ausdruck. Jeder Versuch des Westens, die „Souveränität der DDR“ einzuschränken, werde von der Sowjetunion zurückgewiesen. Zwischen der Stabilität der DDR und der Stabilität auf dem europäischen Kontinent bestehe ein enger Zusammenhang.

Wachsender Druck

Über die Zukunft der DDR wurde inzwischen jedoch kaum noch von außen, sondern vor allem in Ostdeutschland selbst entschieden. So zogen am 11. Dezember nicht weniger als 300 000 Menschen durch die Straßen Leipzigs, viele von ihnen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, darunter einige mit dem Bundesadler, „Deutschland! Deutschland!“ skandierend. Nach einer Umfrage der „Leipziger Volkszeitung“ vom selben Tag sprachen sich etwa drei Viertel der 547 000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt für die Wiedervereinigung aus.

In Dresden hatte der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Lothar Späth, bei einem Kurzbesuch am Vortag ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass die Dringlichkeit der Wiedervereinigungsforderungen zunahm. Vor der Kreuzkirche hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, um – wie bei den Montagsdemonstrationen – mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und „Deutschland! Deutschland!“-Rufen ihre Forderung nach Einheit deutlich zu machen. Da Bundeskanzler Kohl in

der folgenden Woche, am 19. Dezember, ebenfalls nach Dresden reisen wollte, um dort Ministerpräsident Modrow zu treffen, fürchtete man in Bonn, dass der Besuch Kohls vielleicht nicht reibungslos verlaufen würde. Dabei hatte man Dresden gewählt, weil es als Treffpunkt unproblematisch erschienen war. Ost-Berlin war ausgeschieden, weil die Bundesregierung die „Hauptstadt des SED-Regimes“ nicht akzeptieren mochte; die „heroische Stadt“ Leipzig war von der DDR-Regierung abgelehnt worden; und die Wartburg hatte als allzu symbolisch gegolten, weil sie nicht nur mit Martin Luther, sondern auch mit der nationalen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts in Verbindung gebracht wurde. Doch nun drohte auch Dresden zu einem Problem zu werden. Der Besuch Kohls fand trotzdem statt – und wurde, wie Mitarbeiter Kohls immer wieder betont haben, zu einem emotionalen Schlüsselerlebnis des Kanzlers, der von nun an konsequent den Weg zur Wiedervereinigung beschritt.

Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen Kohl und Modrow am 19. und 20. Dezember 1989 ließen die neue Richtung in der Deutschlandpolitik bereits erkennen. So wurde eine gemeinsame Erklärung über die von Modrow bei seinem Regierungsantritt angebotene „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden deutschen Staaten verabschiedet, die „weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge hinausgehen“ sollte. Außerdem verständigte man sich auf die Einführung des visa-freien Verkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten nach dem 24. Dezember und die Öffnung des Brandenburger Tores für den Fußgängerverkehr am 22. Dezember. Verhandlungen auf Ministerebene über die Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft sollten nach dem 1. Januar beginnen. Für die finanziellen Verluste, die der DDR durch die neuen Reisebestimmungen entstanden, sollte von der Bundesrepublik eine Kompensation gezahlt werden. Bei den Gesprächen wurde Kohl aber auch mit Modrows Forderung konfrontiert, dass die Bundesrepublik die DDR-Wirtschaft 1990 mit „einer Art Lastenausgleich“ in Höhe von 15 Milliarden D-Mark (DM) stützen solle, weil die DDR nach der Öffnung der Grenzen stark unter den Druck von Westdeutschen geraten sei, die von den für sie günstigen Wechselkursen und der hohen staatlichen Subventionierung ostdeutscher Güter profitierten. Außerdem brauche die DDR das Geld dringend, so Modrow, um Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren



Am 19. und 20. Dezember 1989 besucht Bundeskanzler Helmut Kohl Dresden, um dort Gespräche mit SED-Regierungschef Hans Modrow zu führen. Zahlreiche Menschen begrüßen ihn überschwänglich vor dem Kulturpalast.



Auf einer Pressekonferenz am 19. Dezember 1989 erläutern Helmut Kohl und Hans Modrow Eckpunkte der künftigen Deutschlandpolitik.

und die Infrastruktur wiederaufzubauen. Der Kanzler bemerkte dazu lediglich, man solle lieber von einem „Solidaritätsbeitrag“ als von einem „Lastenausgleich“ sprechen. Er sah sich jedoch nicht in der Lage, konkrete Zusagen zu geben.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte zwar einige Tage zuvor, bei der Vorbereitung des Dresden-Besuchs, ange-regt, Modrow die sofortige Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten anzubieten. Aber den meisten Beratern Kohls war dieser Vor-schlag zu weit gegangen: Die Zeit dafür schien noch nicht reif. Der Kanzler war daher ohne präzise Vorstellungen über den weiteren Fortgang nach Dresden gereist und reagierte auf Mo-drows Forderung ausweichend.

Modrow hat den Kanzler später beschuldigt, seine in Dres-den gemachten Versprechungen nicht gehalten zu haben. We-der ein „Solidaritätsbeitrag“ noch die Kompensationen für den visafreien Reiseverkehr seien jemals gezahlt worden, und auch die vereinbarten Gespräche über die Vertragsgemeinschaft hätten nie stattgefunden. Seine Verbitterung war verständ-lich, denn Kohl änderte nach Dresden die Richtung seiner Poli-tik und verlor nahezu jegliches Interesse an Verhandlungen mit dem DDR-Ministerpräsidenten, der noch als Repräsentant des alten, nicht durch freie Wahlen legitimierten SED-Re-gimes erschien. Im selben Maße, in dem die DDR durch den anhaltenden Massenexodus ihrer Bürgerinnen und Bürger, die Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und das Anwachsen der inneren Opposition, einschließlich der Mas-sendemonstrationen, unter Druck geriet, setzte der Kanzler nun auf die politischen Willensbekundungen der Menschen in der DDR. Sie waren ihm am Nachmittag des 19. Dezember in einer Großveranstaltung mit Zehntausenden von Ostdeut-schen vor den Ruinen der Dresdener Frauenkirche in einem Meer schwarz-rot-goldener Fahnen, die meisten inzwischen ohne DDR-Emblem, und „Deutschland! Deutschland!“-Rufen eindrucksvoll vor Augen geführt worden.

Ein DDR-Entwurf für einen „Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokrati-schen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ mit Da-tum vom 17. Januar 1990, der Kanzleramtsminister Seitzers am 25. Januar übergeben wurde, wirkte dagegen bereits überholt. Die politische Entwicklung in Deutschland war inzwischen darüber hinweggeschritten. Bundeskanzler Kohl war einer der wenigen, die dies nach Dresden spürten.

Modrows Initiative

Ende Januar und Anfang Februar 1990 ließ sich die dramatische Verschlechterung der Lage in der DDR auch in der Sowjetunion, wo man der Idee eines vereinten Deutschlands besonders skep-tisch gegenüberstand, nicht mehr ignorieren. Die sowjetische Führung musste sich auf die neuen Bedingungen einstellen. Und wieder war es Nikolai Portugalow, der dem Wandel Sprache und Ausdruck verlieh. In einem Interview mit der BILD-Zeitung erklärte er am 24. Januar, wenn die Menschen in der DDR die Wiedervereinigung wollten, werde sie auch kommen. Die Sow-jetunion werde sich einer solchen Entscheidung nicht widerset-zen. Wörtlich bemerkte er: „Wir werden nicht intervenieren“.

In Bonn wurden die Ausführungen Portugalows als unmiss-verständliches Zeichen eines grundsätzlichen Wandels in der sowjetischen Haltung gegenüber einer deutschen Wieder-vereinigung gedeutet. Zugleich malte DDR-Ministerpräsident Modrow bei einem Besuch von Kanzleramtsminister Seitzers am 27. Januar in Ost-Berlin ein düsteres Bild von der Situation in seinem Lande: Die staatliche Autorität sei in rascher Auflö-sung begriffen, Streiks weiteten sich aus, das öffentliche Klima sei zunehmend aggressiv. Die Verhandlungen über die Errich-tung einer Vertragsgemeinschaft müssten deshalb unverzüg-lich beginnen. Außerdem seien massive Finanzhilfen und in-dustrielle Kooperation unabdingbar, um den bevorstehenden Zusammenbruch seines Landes abzuwenden.

Am 29. Januar trat Modrow vor die Abgeordneten der DDR-Volkskammer und wiederholte auch öffentlich, was er zuvor Seitzers unter vier Augen mitgeteilt hatte. Unmittelbar danach reiste er nach Moskau, wo am 30. Januar ein Treffen mit Gene-ralsekretär Gorbatschow vorgesehen war. Den Moskau-Besuch hatte Modrow in mehreren Unterredungen mit dem sowjeti-schen Botschafter in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, vorbereitet. Dabei war ein Papier entstanden, das den bezie-hungsreichen Titel „Für Deutschland, einig Vaterland“ trug – eine Zeile aus dem ersten Vers der 1949 von Johannes R. Becher geschaffenen und von Hanns Eisler vertonten Nationalhymne



Am 30. Januar 1990 trifft sich Hans Modrow mit Michail Gorbatschow in Moskau, um über einen möglichen Weg zur deutschen Einheit zu sprechen.

der DDR, die deswegen seit Beginn der 1970er-Jahre bei offiziellen Anlässen nicht mehr gesungen wurde, sondern nur noch in der Instrumentalfassung erklang. Der Plan sah vier Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit vor:

- Abschluss eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft als eine Vertragsgemeinschaft, die bereits wesentliche konföderative Elemente enthalten sollte, wie Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung,
- Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Organen und Institutionen, wie zum Beispiel parlamentarischer Ausschuss, Länderkammer, gemeinsame Exekutivorgane für bestimmte Bereiche,
- Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an die Machtorgane der Konföderation,
- Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch Wahlen in beiden Teilen der Konföderation, Zusammentreten eines einheitlichen Parlaments, das eine einheitliche Verfassung und eine einheitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließen sollte.

Vorbedingungen

Der Plan war für Modrow jedoch an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Dazu zählte nicht nur die Absicht, bis zum Abschluss einer gemeinsamen Regelung an den Vier-Mächte-Rechten in Deutschland festzuhalten, sondern auch die Forderung, dass die Bundesrepublik und die DDR „sich gegenseitig nicht in innere Angelegenheiten einzumischen“ hätten und dass beide deutschen Staaten auf dem Weg zur Föderation „militärische Neutralität“ wahren sollten.

Am Morgen des 30. Januar wurde Modrows Plan in Moskau mit Gorbatschow, Ministerpräsident Nikolai Ryschkow, Außenminister Schewardnadse und dem Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Valentin Falin, diskutiert. Gorbatschow bemerkte, dass ähnliche Maßnahmen auch schon von seiner eigenen Regierung erwogen würden; die deutsche Wiedervereinigung könne nicht länger als „eine Möglichkeit in der Zukunft“ ausgeschlossen werden. Die Sowjetunion werde das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung respektieren. Allerdings müssten bald Verhandlungen mit den USA, Großbritannien und Frankreich

beginnen – möglichst auf der obersten Ebene –, um einen Vier-Mächte-Rahmen für die eintretenden Veränderungen zu entwickeln und eine Lösung zu finden, die auch die Interessen der DDR berücksichtige.

In Bonn wurden diese Äußerungen aus Moskau, die noch am gleichen Tage von den Medien verbreitet wurden, mit größtem Interesse zur Kenntnis genommen. Gorbatschow schien sich nun mit der deutschen Einigung im Prinzip abgefunden zu haben, und Modrow sah zu einer Konföderation – oder gar zu einer vollständigen Wiedervereinigung – offenbar keine Alternative mehr. Auf einer Kabinettsitzung am 31. Januar stellte Bundeskanzler Kohl daher fest, nun könne „die staatliche Einheit noch schneller kommen, als wir alle bisher angenommen hatten“. Er kündigte seine Absicht an, Arbeitsstäbe einzurichten, um Vorschläge für die praktische Umsetzung der Wiedervereinigung zu erhalten. Eine „Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik“, die sich unmittelbar nach der Kabinettsitzung im Kanzleramt konstituierte, sollte die Aktivitäten der verschiedenen Bereiche der Regierung bei der Ausarbeitung der Wiedervereinigungsvorschläge koordinieren.

Modrows Konföderationsplan wurde dagegen in Bonn weniger positiv aufgenommen. Vor allem die Idee, ein in einer Konföderation vereinigtes Deutschland solle politisch und militärisch neutral sein, stieß auf Widerstand. Der Gedanke, der an sowjetische Vorschläge aus den 1950er-Jahren erinnerte, wurde nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von der SPD sofort verworfen. Tatsächlich hatte Modrow selbst drängendere Sorgen, als eine neue Neutralisierungsdebatte zu beginnen, die schon damals 40 Jahre zuvor zu nichts geführt hatte. Bei einem Zusammentreffen mit Kohl am 2. Februar auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos informierte er den Kanzler, dass der Zerfall der DDR sich täglich beschleunige. Bis Ende 1989 sei die Lage noch verhältnismäßig stabil gewesen. Doch jetzt sei die Autorität der Regierung auch auf der lokalen Ebene im Schwinden begriffen. Eine rasche Zusammenführung der beiden deutschen Staaten sei deshalb unvermeidlich. Geld spiele dabei eine große Rolle: Die DDR brauche sofort 15 Milliarden DM, um eine finanzielle Katastrophe im März abzuwenden. Darüber hinaus sei es möglich, die DM zur alleinigen Währung der DDR zu machen. Und eine Wiedervereinigung, erklärte er in einem Interview mit dem schweizerischen Radio, sei auch ohne Neutralisierung denkbar.

Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion

Die Ausführungen Modrows in Davos passten zu Nachrichten, die aus anderen Quellen stammten. So hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Späth am Abend des 1. Februar nach der Rückkehr von einem erneuten Besuch in Ostdeutschland dem Kanzler telefonisch mitgeteilt, die DDR-Regierung sei am Ende ihrer Kräfte. Noch ehe Kohl sich am 2. Februar nach Davos auf den Weg machte, suchte er deshalb mit seinen Beratern und mehreren Ministern im Kanzleramt nach möglichen Lösungen. Eine Alternative, die auch von Modrow bereits angedeutet worden war, lag auf der Hand: die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Selbst Bundesfinanzminister Theodor Wigel, der angesichts der zu erwartenden Belastungen noch in der Vorwoche für die Einführung der DM in Ostdeutschland erst nach „einer langen Phase der Anpassung“ plädiert hatte, sprach sich am 2. Februar für eine sofortige Währungsunion aus. Bonn solle nun „in die politische Offensive gehen“.



Am 12. Januar 1990 demonstrieren hunderte Menschen vor der Volkskammer in Ost-Berlin gegen den Machterhalt der SED. Auch zahlreiche Taxifahrer beteiligten sich an diesem Warnstreik.



In der DDR, wie hier im Februar 1990 in Leipzig, wächst der Druck, die D-Mark in der DDR einzuführen. Daraufhin wird die Währungsunion vorzeitig angekündigt.

Vor dem Hintergrund des gerade beginnenden Wahlkampfes für die Wahlen zur Volkskammer am 18. März kündigte Bundeskanzler Kohl daher am 6. Februar öffentlich Gespräche zur Einführung der DM in der DDR an. Es war eine politische Entscheidung, die den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern eine eindeutige Perspektive bieten, sie aber auch zu einem bestimmten Wahlverhalten veranlassen sollte. Zwar hatte der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, am 5. Februar eine sofortige Währungsunion für „ungeeignet und unmöglich“ erklärt und sich für einen schrittweisen Prozess ausgesprochen, der Jahre in Anspruch nehmen könne. Doch als das Kabinett die Ankündigung Kohls am 7. Februar in Anwesenheit Pöhls bestätigte und der DDR offiziell die Errichtung einer Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten anbot, schwieg der Bundesbankpräsident.

Denn mochte der Zeitpunkt der Ankündigung auch politisch motiviert gewesen sein, so waren die wirtschaftlichen Sturmsignale in der DDR nicht zu übersehen. Nicht nur die weiterhin hohe Zahl von 2000 Übersiedelnden täglich, sondern auch die sich verdichtenden Anzeichen eines finanziellen Zusammenbruchs der DDR ließen ein Hinauszögern der Entscheidung kaum zu. Man war inzwischen nicht einmal mehr sicher, ob die Regierung Modrow überhaupt bis zum 18. März, dem Termin der Volkskammerwahlen, durchhalten würde. Die Bundesbank konnte ihre Vorbehalte daher nur zurückstellen und nachgeben.

Änderung der Wirtschaftsordnung

Mit der Währungsunion wurde allerdings Neuland betreten. Einen Präzedenzfall gab es nicht. Eigentlich hätte die Währungsunion den letzten Schritt einer politischen und wirtschaftlichen Integration darstellen müssen. Hier jedoch lief die von Arbeitsgruppen im Bundeskanzleramt und in den Ministerien für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales geplante Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf die vollständige Übernahme der Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR durch die Bundesrepublik hinaus. Die Bonner Regierung bot an, die Verantwortung für die DDR-Wirtschaft, die Währungsstabilität, die Beschäftigung, die Renten, das Sozialwesen und die Infrastruktur zu übernehmen. Darüber hinaus sollte die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik auch in Ostdeutschland eingeführt werden, weil die Instrumente der westdeutschen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung greifen könnten. Die Anpassung der DDR an das bundesdeutsche System sollte in einem Staatsvertrag verankert werden, der von den beiden deutschen Staaten abzuschließen sei. Danach würden selbst Haushaltsentscheidungen der DDR-Volkskammer von der westdeutschen Zustimmung abhängig sein.

Als eine DDR-Delegation unter Ministerpräsident Modrow am 13. Februar als Gegenbesuch zu Kohls Dresden-Visite in Bonn eintraf, stellte sie rasch fest, dass es kaum noch Spielraum für Verhandlungen gab. Die dramatische Lage der DDR-Wirtschaft machte es unausweichlich, wie Modrow feststellte, große Lösungen an die Stelle von Flickschusterei zu setzen. Der ostdeutsche Regierungschef stimmte deshalb den westdeutschen Vorschlägen grundsätzlich zu und erklärte sich einverstanden, Expertenkommissionen zu bilden, die über die Einzelheiten beraten sollten. Strittig war vor allem der Kurs, zu dem die Mark der DDR in DM umgetauscht werden sollte. Die Bundesbank, die um die Stabilität ihrer Währung fürchtete, plädierte – entsprechend dem geschätzten Wert der Mark der DDR – für eine Relation von 2:1 oder 3:1, während die Bürgerinnen und Bürger der DDR natürlich einen Umtauschkurs von 1:1 wünschten. Die Fachleute konnten sich in dieser Frage zunächst nicht einigen und entschieden daher, die Beratungen darüber erst nach der Volkskammerwahl am 18. März fortzusetzen.

Volkskammerwahl 1990

Die Wahl in der DDR vom 18. März war jedoch nicht nur von der Diskussion über die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten geprägt, sondern stand zudem bereits stark unter dem Einfluss westdeutscher Parteien und Politiker. Deren Einsatz war weniger das Ergebnis einer gezielten Strategie als vielmehr die Folge des rapiden Zerfalls der Autorität des ostdeutschen Staates, der seit Jahresbeginn 1990 immer rascher voranschritt. So ergab eine Anfang Februar vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung und vom westdeutschen Nationalen Marktforschungsinstitut gemeinsam durchgeführte Meinungsumfrage, dass 75 Prozent der Ostdeutschen sich nunmehr für die Wiedervereinigung aussprachen – 27 Prozent mehr als im November 1989.

Der Wahlkampf für die ersten freien Parlamentswahlen der DDR wurde von diesem Stimmungswandel beherrscht. Die Wahl war ursprünglich für den 6. Mai geplant gewesen, aber die Modrow-Regierung und die Oppositionsvertreter am Runden Tisch hatten am 28. Januar entschieden, den Termin vorzulegen, da sich die politische und wirtschaftliche Situation

„Überlegungen für einen modernen Sozialismus“

[...] Das Projekt „Moderner Sozialismus“ war eine von mehreren Gruppierungen innerhalb der sogenannten SED-Reformer. In diesem Konzept wurde versucht, die Grundidee des Sozialismus auf der Basis einer Theorie der Moderne zu rekonstruieren. Dem Anspruch nach ging es um sehr viel mehr, als bloß die Herrschaft einer Staatspartei durch eine pluralistische Parteiendemokratie zu ersetzen und die direkte Planwirtschaft durch eine indikative mit mehr Spielräumen für die Betriebe. Es war der Versuch, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen einer demokratisch verfassten sozialistischen Gesellschaft theoretisch neu zu bestimmen. [...]

Die Betriebe sollten selbstständige Unternehmen werden, die zentrale staatliche Planung zunächst stark eingeschränkt und später abgeschafft werden, der Staat sollte wie im Westen nur durch Rahmenbedingungen, durch indikative statt direkte Planung und Investitionsförderung, Einfluss auf die Wirtschaft nehmen. Zugleich aber sollten die Mitbestimmung im Betrieb und der Einfluss der Öffentlichkeit auf die Unternehmen sehr viel stärker ausgestaltet und rechtlich normiert werden, nicht nur durch größere Rechte der Betriebsräte, sondern durch eine Öffentlichkeitsbank in den Aufsichtsräten der in Aktiengesellschaften umgewandelten ehemals staatlichen Unternehmen, die ökologische Belange, Verbraucherinteressen und andere für das Gemeinwohl relevante Belange vertreten sollte. Ähnliches wurde für andere Wirtschaftsbehörden oder Organisationen diskutiert. Inhaltlich wurde der Übergang zu einer anderen wirtschaftlichen Entwicklungsrichtung in den Mittelpunkt gestellt, die auf die Lösung der globalen Probleme gerichtet werden sollte und insbesondere eine ökologische und soziale Orientierung vorsah.

Kapitalverwertung und wirtschaftliche Rentabilität wurden als Mittel zum Zweck, als notwendige Mittel der Wirtschaftsregulation verstanden, nicht als Selbstzweck. Vielmehr wurde versucht, basisdemokratische und lebensweltlich verankerte Strukturen zu konzipieren, die den wirtschaftlichen Verwertungsprozess in Richtungen lenken, die mit den Interessen der freien Entwicklung der Individuen übereinstimmen.

Hinsichtlich des politischen Systems und des Rechtsstaats entsprachen die Vorschläge in Vielem den Prinzipien westlicher Demokratien, aber es gab Erweiterungen. Die Grundlage einer neuen Verfassung waren die Grundrechte, sie sollten durch soziale Grundrechte erweitert werden, darunter ein ausgestaltetes Recht auf Arbeit. [...]

Kontrollfunktionen sollten von zentralen staatlichen Institutionen auf eigenständig zu wählende Bürgerorgane übergehen; so war ein nicht durch politische Parteien dominierter Medienkontrollrat vorgesehen, der die Einhaltung demokratischer Spielregeln im Bereich von Presse, Rundfunk und Fernsehen kontrollieren, Machtkonzentration beschränken, Monopole und Manipulation durch einseitige Werbung oder Berichterstattung verhindern sollte. Teile dieser politischen Vorstellungen fanden sich im Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom März 1990 wieder [...]. [...]

Was also im Projekt „Moderner Sozialismus“ als Sozialismus verhandelt wurde, ist eine Gesellschaft, in der Kapitalverwertungswirtschaft und Staat so an die Lebenswelten und

die politische Gesellschaft der Bürger gekoppelt sind, dass die Richtungen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung stets auch die Räume für die freie und universelle Entwicklung der Individualität jedes Einzelnen erweitern, und zwar ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, ohne zentrale Planwirtschaft, ohne Parteienherrschaft und Herrschaft der Machtapparate über die Bürger und ohne Dominanz der staatlichen Regulierung über eine politische und marktwirtschaftliche Selbstregulierung. [...]

Im Zentrum stand aber auch für uns nicht die deutsche Einheit, sondern „die Existenz der DDR als souveräner Staat“, weil wir darin die Voraussetzung für die Verwirklichung selbstbestimmter gesellschaftsverändernder Reformen sahen. Sie sollten verbunden sein mit einem Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung und einer vertieften wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Kooperation der beiden deutschen Staaten.

Über die Frage, warum es zwischen Dezember 1989 und März 1990 zu einem dramatischen Stimmungswandel kam und eine Bevölkerungsmehrheit immer klarer für eine schnelle, möglichst sofortige Vereinigung votierte, ist viel debattiert und geschrieben worden. Aus meiner Sicht lag dies vor allem daran, dass im Dezember immer offensichtlicher wurde, dass es keine legitimen, handlungsfähigen und auch handlungsmächtigen politischen Akteure in der DDR gab – und sich im Herbst 1989 auch nicht gebildet hatten.

Die konservativ und kopflos agierende Modrow-Regierung, die nicht legitimierte Volkskammer, der Runde Tisch, der nicht regieren, sondern nur kontrollieren wollte, die westdeutschen Berater – alle verwalteten die Krise und warfen mit Visionen um sich, aber niemand vermittelte der Bevölkerung den Eindruck, die dramatische Lage dieses ansonsten wunderschönen Herbstes positiv wenden zu können.

Die aus meiner Sicht einzig legitime Möglichkeit wäre gewesen, die Modrow-Regierung zu stürzen, die Volkskammer aufzulösen, den Runden Tisch zur geschäftsführenden Regierung zu erklären und baldmöglichst eine verfassunggebende Versammlung zu wählen und einzuberufen. Darauf hätten sich SED-Reformer und Bürgerbewegung einigen, dabei hätten sie kooperieren müssen. In beiden Kreisen wurde dieser Weg aber von der Mehrheit verworfen.

Viele SED-Reformer scheuten davor zurück, die „eigene“ Regierung zu stürzen, einen Putsch gegen die eigenen Leute in Gang zu setzen. Und die meisten Vertreter der Bürgerbewegung wollten Macht kritisieren, aber nicht ausüben, vor allem aber in keiner Weise mit irgendwelchen Leuten aus der SED gemeinsame Sache machen. So verstrich die einmalige Gelegenheit, eine deutsche Revolution bis zu einem basisdemokratischen Verfassungskonvent voranzutreiben, „Gesellschaftsgestaltung durch Verfassunggebung“ [...] zu praktizieren und aus der Volksbewegung heraus einen handlungsmächtigen und legitimierten Akteur zu erschaffen. [...]

Rainer Land, „Eine demokratische DDR? Das Projekt ‚Moderner Sozialismus‘“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, „DDR 1990“ (APuZ 11/2010), S. 13 ff.

online: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32885/eine-demokratische-ddr-das-projekt-moderner-sozialismus/

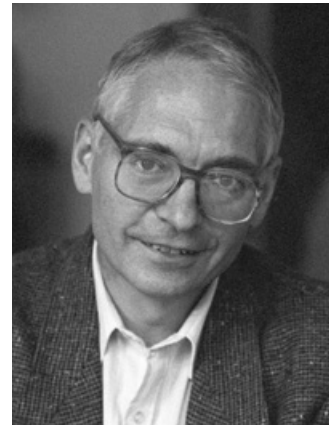
so schnell verschlechterte, dass es fraglich war, ob die DDR im Mai überhaupt noch existieren würde. Nun bewarben sich neben der SED, die jetzt unter dem Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) antrat und als lange eingespielte Organisation mit großem Mitarbeiterstab kaum Probleme hatte, den Wahlkampf aufzunehmen, mehr als 50 neue politische Gruppierungen und Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Die Mitgliederzahl der SED/PDS war zwar innerhalb weniger Monate von 2,4 Millionen auf 890 000 Ende Januar 1990 gesunken. Dennoch war die alte DDR-Staatspartei den politischen Amateuren der neu gebildeten Gruppierungen hinsichtlich Organisation, Parteidisziplin und politischer Erfahrung weit überlegen.

Bürgerbewegungen

Die Bürgerbewegungen, die Ende der 1980er-Jahre gegründet wurden, stützten sich auf ein Netzwerk von „Basisgruppen“, die mehr oder weniger unabhängig voneinander, ohne festes Programm und strenge Disziplin, operierten. Eine funktionierende Parteiorganisation gab es nicht. Vielmehr waren die Gruppierungen vor dem Hintergrund der Erfahrung von nahezu sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur um größtmöglichen Bewegungsspielraum und Pluralität bemüht. „Basisdemokratie“ erschien als magische Formel für ein alternatives Regierungskonzept, das die meisten Anhänger der Initiativgruppen – viele von ihnen Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler, aktive Kirchenmitglieder und frühere Dissidenten – für ideal hielten, um das SED-Regime zu ersetzen. Die Frage war nur, ob auch eine Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger nach 40 Jahren Kommunismus bereit war, ein weiteres Experiment zu wagen, oder ob sie eher den etablierten Parteien nach westlichem Vorbild zuneigten.

Das „Neue Forum“ kann als Beispiel für die organisatorische und konzeptionelle Schwäche der neuen Kräfte im politischen Alltag gelten. Gegründet im September 1989 von einer Initiativgruppe unter Führung von Bärbel Bohley und Jens Reich, sollte es dazu verhelfen, aus dem Volk heraus ein neues, humanes und sozialistisches Ostdeutschland zu schaffen. Die Ursprünge von „Demokratie Jetzt“, die ihre Wurzeln in der evangelischen Kirche der DDR hatte, reichten bis 1986 zurück. Die eigentliche Gründung erfolgte jedoch erst Mitte September 1989 mit einem „Aufruf zur Einmischung“, der unter anderem von den Bürgerrechtlern Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß unterzeichnet worden war. In einem „Bündnis aller reformwilligen Menschen, auch von Christen und kritischen Marxisten“, wurde zur „demokratischen Umgestaltung der DDR“ aufgefordert, in der ein eigener Sozialismus verwirklicht werden sollte. Die Forderungen schlossen jedoch auch die Bundesrepublik ein: Beide deutschen Staaten sollten sich „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren“.

Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM) hingegen hatte sich bereits 1986 als erste unabhängige Oppositionsgruppe in der DDR etabliert und war aus der internationalen Friedensbewegung der frühen 1980er-Jahre hervorgegangen, um die Abrüstung zu fördern und politische Dissidenten zu unterstützen. Die IFM ließ sich daher mit ähnlichen Gruppierungen im Westen vergleichen und unterhielt Arbeitsbeziehungen zur Alternativen Liste in West-Berlin und zu den Grünen in Westdeutschland. Vor den Volkskammerwahlen am 18. März schloss sich die IFM mit dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt zu einem Wahlbündnis unter der Bezeichnung „Bündnis 90“ zusammen.



Die Bürgerbewegungen in der DDR, die in den 1980er-Jahren gegründet werden, verfolgen als Regierungskonzept eine „Basisdemokratie“. Bärbel Bohley (o.l.) und Jens Reich (o.r.) vertreten das „Neue Forum“, Wolfgang Ullmann (u.l.) und Konrad Weiß (u.r.) gehören zu den Gründern von „Demokratie jetzt“.

Parteien

Den Bürgerbewegungen standen die etablierten Parteien SPD und CDU gegenüber. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR, die Anfang Oktober 1989 von 43 Dissidenten – unter ihnen der Dramaturg Ibrahim Böhme und Pastor Markus Meckel – in Schwante nahe Oranienburg gegründet worden war, konnte sich nicht nur auf die lange Tradition der deutschen Arbeiterbewegung berufen, sondern erhielt auch frühzeitig Unterstüt-



Zur Wahl am 18. März 1990 werben 19 Parteien und 5 Listenverbindungen um Stimmen. Wahlwerbung im Ost-Berliner Bezirk Köpenick Anfang März 1990

Gründungsappell des Neuen Forums vom 9. September 1989

Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. [...] Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt,
- dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen Neues Forum. [...]

Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des Neuen Forums zu werden.

Die ersten Texte des Neuen Forums, Berlin 1990, S. 1f.

zung von der westdeutschen SPD. Willy Brandt wurde Ehrenvorsitzender; Wahlkampfposter porträtierten ihn über seinem oft zitierten Slogan „Was zusammengehört, wächst zusammen“. Die Ost-SPD konnte der Wahl damit zuversichtlich entgegensehen. Die meisten politischen Beobachter gingen davon aus, dass sie überlegen gewinnen und die neue Regierung stellen würde.

Die westdeutsche CDU zögerte hingegen lange, ihr ostdeutsches Pendant zu unterstützen. Das Problem bestand darin,

dass die Ost-CDU keine Neugründung war, sondern 40 Jahre lang als „Blockpartei“ in der Nationalen Front mit der SED kolaboriert und die Kommunisten unterstützt hatte. Auch nachdem ihr Vorsitzender Gerald Götting am 10. November 1989 durch Lothar de Maizière ersetzt worden war und bis Mitte Dezember ergänzende personelle und programmatische Veränderungen vorgenommen worden waren, ließen sich die Belastungen der Vergangenheit nicht leicht abstreifen, zumal die Ost-CDU aktiv in der Modrow-Regierung mitarbeitete und noch am 19. Januar für eine Fortsetzung dieser Tätigkeit votierte, um „die Situation im Lande nicht weiter zu destabilisieren“.

Inzwischen waren mit dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) zwei weitere konservative Gruppierungen entstanden, die als Bündnispartner infrage kamen. Der DA war teils christlich-ökologisch, teils christlich-konservativ orientiert und wurde personell vor allem von Pastor Friedrich Schorlemmer aus Wittenberg, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur aus Rostock und dem Ost-Berliner Pastor Rainer Eppelmann getragen. Die DSU war eine Partei liberaler, konservativer und christlich-sozialer Kräfte vornehmlich aus dem Süden der DDR. Sie wurde – unter dem Vorsitz von Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling – stark von der bayerischen CSU unterstützt und forderte „Freiheit statt Sozialismus“.

Wahlkampf

Die Stärke des DA, der DSU und der Ost-CDU war schwer zu beurteilen. Die West-CDU befürchtete daher bei der bevorstehenden Volkskammerwahl einen Erdrutschsieg der SPD. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ließ sich Kohl trotz erheblicher Bedenken am 5. Februar zu einer persönlichen Begegnung mit de Maizière bewegen, um Möglichkeiten für ein konservatives Wahlbündnis zu erörtern: die sogenannte Allianz für Deutschland zwischen CDU, DA und DSU, die im folgenden Wahlkampf geeint antrat.

Auch die westdeutschen Liberalen warteten bis zum 12. Februar, ehe sie sich entschlossen, eine ostdeutsche Koalition – die Allianz der Freien Demokraten – zu unterstützen, während die Grünen einer ganzen Reihe von Umweltgruppen und Linksparteien zu Hilfe kamen, darunter der Grünen Liga, der Grünen Partei in der DDR und der Vereinigten Linken. Die extreme Rechte der Bundesrepublik wurde indessen durch einen Beschluss der Volkskammer von einem Engagement in der DDR abgehalten: Die Republikaner wurden verboten, ihr Gründer, Franz Schönhuber, wurde an der Einreise gehindert.



Warteschlange vor dem Wahllokal am Altmarkt in Dresden: Bei den ersten und zugleich letzten freien Wahlen der DDR betrug die Wahlbeteiligung 93,4 Prozent.

Bei der Wahl am 18. März konnten sich schließlich 12,2 Millionen Wahlberechtigte zwischen 19 Parteien und fünf Listenverbindungen, die weitere 14 Parteien repräsentierten, entscheiden. Meinungsumfragen zufolge lag die SPD in der Wählergunst Anfang Februar noch mit 54 Prozent der Stimmen weit in Führung, gefolgt von der PDS mit zwölf Prozent und der CDU mit elf Prozent. Doch als Bundeskanzler Kohl am 6. Februar – einen Tag nach Gründung der Allianz für Deutschland – die baldige Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ankündigte, während der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel am 15. Februar im Deutschen Bundestag einem solchen Schritt widersprach, wandelte sich die Stimmung grundlegend: Als der Kanzler wenig später zu seinem ersten Wahlkampfauftritt in der DDR erschien, erwarteten ihn auf dem Platz vor der gotischen Kathedrale in Erfurt mehr als 100 000 Menschen. Bei Auftritten in Cottbus und Leipzig war es nicht anders. In Leipzig gingen sogar 300 000 auf die Straße, um Kohl zu hören, nachdem dieser auf der Kundgebung in Cottbus am 13. März, fünf Tage vor der Wahl, gegen das ausdrückliche Votum der Bundesbank erklärt hatte, dass kleinere Sparguthaben zum Kurs von 1:1 umgetauscht würden. Bundeskabinett und Bundesbank konnten die Entscheidung am folgenden Tag nur noch zur Kenntnis nehmen.

Am 18. März stimmten danach 48,0 Prozent für die Parteien der Allianz für Deutschland, nur 21,9 Prozent für die SPD, 16,4 Prozent für die PDS und 5,3 Prozent für den Bund Freier Demokraten. Das Bündnis 90 musste sich mit nur 2,9 Prozent der Stimmen begnügen. Das Ergebnis war ein unüberhörbarer Ruf nach rascher Wiedervereinigung.

Der Wahlausgang bedeutete damit zugleich das Ende der DDR, dem sich nun weder die Regierungen in Ost-Berlin und Bonn noch die Vier Mächte, die seit 1945 Verantwortung für Deutschland als Ganzes trugen, länger widersetzen konnten.

Amtliches Ergebnis der Wahlen zur 10. Volkskammer am 18. März 1990

Wahlbeteiligung: 93,4 Prozent; Mandate: 400 (davon knapp 20% an Frauen)

Partei / Liste	Stimmenanteil in Prozent	Mandate
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)*	40,8	163
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	21,9	88
Partei des Demokratischen Sozialismus	16,4	66
Deutsche Soziale Union (DSU)*	6,3	25
Bund Freier Demokraten DFP-LPD-F.D.P. Die Liberalen	5,3	21
Bündnis 90**	2,9	12
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	2,2	9
Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband (Grüne Partei – UFV)	2,0	8
Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch (DA)*	0,9	4
National-Demokratische Partei Deutschlands (NPD)	0,4	2
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	0,3	1
Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) Die Nelken – VL	0,2	1

* Die als Allianz für Deutschland zusammengeschlossenen Parteien CDU, DSU und DA erreichten gemeinsam 48 Prozent der Stimmen.

** Das Bündnis 90 war die Listenverbindung der Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte.

Wahlkommission der DDR

Im Internationalen Pressezentrum im Palast der Republik in Berlin warten die großen TV-Sender in ihren Wahlstudios auf die ersten Hochrechnungen und das vorläufige Endergebnis der Wahlen zur DDR-Volkskammer 1990.





Am 18. November 1989 treffen sich auf Einladung des französischen Präsidenten François Mitterrand die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Élysée-Palast in Paris zu einem Sondergipfel, um über die jüngsten dramatischen Entwicklungen in Europa zu diskutieren. Frankreich hat die Präsidentschaft der EG inne.

MANFRED GÖRTEMAKER

Verhandlungen mit den Vier Mächten

Auch die vier Siegermächte diskutieren die Deutsche Frage. Die Bundesregierung setzt nicht nur die Wiedervereinigung durch: Das geeinte Deutschland wird vollständig souverän und Mitglied der NATO.

Während die ökonomischen und innenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung im Wesentlichen von den Deutschen im Alleingang entschieden werden konnten, war für die Behandlung der außenpolitischen Fragen ein Verhandlungsrahmen notwendig, der nicht nur die beiden deutschen Staaten, sondern auch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges einschloss. Ein Grund dafür waren die schon genannten „Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“, wie es in den Pariser Verträgen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten vom 23. Oktober 1954 hieß.

Zum anderen ergab sich die Notwendigkeit einer Beteiligung der Vier Mächte aber auch aus der politischen Entwicklung nach 1989. Denn eine deutsche Wiedervereinigung bedeutete weit mehr als die bloße Zusammenführung der beiden deutschen Teilstaaten. Die gesamte europäische Ordnung stand damit zur Disposition. Da die DDR den Eckpfeiler der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa bildete, drohte ihr Verlust in Verbindung mit den

Reformbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zum Zusammenbruch des gesamten sowjetischen Imperiums in Ost- und Osteuropa zu führen. Selbst Frankreich und Großbritannien betrachteten die sich abzeichnende Neuordnung in der Mitte Europas daher mit historisch begründeter Skepsis.

Uneinigkeit der Westmächte

Die Unsicherheit und Besorgnis unter den europäischen Nachbarn über die Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands wurde bereits unmittelbar nach der Maueröffnung deutlich, als der französische Präsident François Mitterrand am 14. November 1989 ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft forderte, um „die jüngsten Entwicklungen in Europa zu diskutieren“ und „eine gewisse Kontrolle über die Veränderungen zu gewinnen“. Nach der Vorlage des Zehn-Punkte-Plans von

Der französische Staatspräsident François Mitterrand zur deutschen Einheit

Der demokratische Prozess ist kinderleicht: Die Ostdeutschen und die Westdeutschen werden wählen. Wenn sie gewählt haben, werden sie Abgeordnete haben. Unter diesen Abgeordneten werden sich Mehrheiten abzeichnen, aus diesen Mehrheiten werden Regierungen entstehen, die Programme haben, Botschaften. Wenn diese Botschaft auf beiden Seiten „sofortige Vereinigung“ heißt, wird sich das Problem demokratisch gestellt haben. Ich habe von Anfang an die Bedingung genannt – das war Anfang November, vor den Ereignissen vom 9. November, am 3. November in Bonn im Anschluss an die deutsch-französischen Konsultationen. Ich habe gesagt: „Der demokratische Weg und der friedliche Weg.“ Nun, der demokratische Weg wäre damit erfüllt. Was den friedlichen Weg angeht, so muss er festgelegt werden. 45 Jahre sind vergangen, und ich werde den Deutschen keine Lehren erteilen, das Recht gestehe ich mir nicht zu. Ich habe nicht die Absicht, sie zu bevormunden, Deutschland zu sagen: Wir werden uns Ihnen gegenüber so verhalten, als hätten wir gerade den Konflikt hinter uns, in dem wir Gegner waren. Das sind schon neue Generationen, das ist eine neue Seite der Geschichte, daher weigere ich mich persönlich, davon auszugehen, man könne die Deutschen behandeln, als stünden sie unter Vormundschaft.

Pressekonferenz am 22. Dezember 1989, in: Europa-Archiv, Folge 4/1990, S. D 97

Man muss sich jedesmal freuen, wenn ein demokratisch konsultiertes Volk sich für die Einheit entscheidet. Deswegen habe ich hier keine Vorbehalte. [...] Die Konsequenzen (der deutschen) Einigung bestehen darin, dass die Deutschen sich für die Achtung der Grenzen in Europa einsetzen müssen. [...] Zweitens muss Deutschland – und dazu ist es im Übrigen Kanzler Kohl zufolge auch vorbehaltlos bereit – sich in der Europäischen Gemeinschaft ganz klar für die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion engagieren [...]. Das deutsche Problem darf nicht an die Stelle des Gemeinschaftsproblems treten. [...]

Als Westdeutschland [...] in Bezug auf die Unantastbarkeit der polnischen Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zögerte und sich [...] mehr mit deutschen Problemen als mit die Gemeinschaft unmittelbar bewegenden Problemen befasste, habe ich ohne Unterlass und auf die Gefahr hin, einen Teil der Presse zu irritieren, weiterhin an meinem Ja zur Wiedervereinigung festgehalten. [...] Ich denke, Westdeutschland, dessen Wirtschaft im Gegensatz zu der Ostdeutschlands floriert, wird sehr damit beschäftigt sein, die Währungsunion zwischen den beiden Län-

dern in Gang zu bringen, und dies lässt wirtschaftliche Spannungen erwarten, die die deutschen Wirtschaftsführer nicht so leicht werden überwinden können. [...]

Wir sind mit der Geschichte vertraut. Seit 1000 Jahren schon sind wir die Nachbarn der Deutschen. Diese waren immer schon ein großes Volk, das manchmal vereinigt, meist aber geteilt war. [...] Um das deutsche Problem in den Griff zu bekommen, muss man über das Problem des deutsch-französischen Paares hinausblicken – dabei muss man allerdings darauf achten, dass es zusammenhält – und sich mit dem Problem Gesamteuropas auseinandersetzen.

Rundfunkinterview vom 25. März 1990

Die Skepsis der britischen Premierministerin Margaret Thatcher

Der wahre Ursprung der deutschen Angst (im Original deutsch; A.d.Ü.) ist die Qual der Selbsterkenntnis. Wie ich bereits erklärt habe, ist das einer der Gründe, warum so viele Deutsche aufrichtig – und wie ich meine, irrigerweise – Deutschland in ein föderatives Europa eingebettet wissen wollen. Es ist doch wahrscheinlich, dass Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre. Überdies hat Deutschland sich immer auch nach Osten hin orientiert, nicht nur in Richtung Westen, obwohl die moderne Version solcher Tendenzen eher auf wirtschaftliche denn auf kriegerische territoriale Expansion abzielt. Daher ist Deutschland vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge. Nur das militärische und politische Engagement der USA in Europa und die engen Beziehungen zwischen den beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich, können ein Gegengewicht zur Stärke der Deutschen bilden. In einem europäischen Superstaat wäre dergleichen niemals möglich.

Ein Hindernis auf dem Weg zu einem solchen Gleichgewicht der Kräfte war zu meiner Amtszeit die Weigerung des von Präsident Mitterrand regierten Frankreich, französischen Instinkten zu folgen und den deutschen Interessen den Kampf anzusagen. Denn das hätte bedeutet, die französisch-deutsche Achse aufzugeben, auf die Mitterrand sich stützte.

Margaret Thatcher, „Downing Street No. 10. Die Erinnerungen“, übers. von Heinz Tophinke, 2. Auflage, ECON-Verlag, Düsseldorf 1993, S. 1095 f.



François Mitterrand, Präsident Frankreichs von 1989 bis 1995, und Margaret Thatcher, britische Premierministerin von 1979 bis 1990, lehnen eine deutsche Wiedervereinigung zunächst ab.

Bundeskanzler Kohl am 28. November teilte Mitterrand einer Gruppe französischer Journalisten mit, er halte eine deutsche Wiedervereinigung für eine „rechtliche und politische Unmöglichkeit“. Gegenüber Bundesaußenminister Genscher äußerte er, ein wiedervereinigtes Deutschland „als eine eigenständige Macht, unkontrolliert“, sei unerträglich für Europa; es dürfe niemals wieder eine Situation eintreten wie 1913, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Mitterrands langjähriger Vertrauter Régis Debray drohte sogar mit einer Wiederbelebung „der alten französisch-russischen Allianz“, falls ein wiedervereinigtes Deutschland zu sehr an Gewicht gewinnen sollte. Und der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet brachte die Bedenken in Frankreich und anderen europäischen Ländern auf den Punkt, als er auf die Gefahr der „wirtschaftlichen und politischen Hegemonie einer Nation mit 80 Millionen Menschen, die den industriellen Koloss Europas bildet“, hinwies – eine Sorge, die von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher geteilt wurde. In der Tradition klassischen britischen Gleichgewichtsdenkens hielt sie ein geeintes Deutschland für eine ernsthafte Herausforderung der seit dem Zweiten Weltkrieg erreichten Stabilität – nicht, wie früher, im militärischen Sinne, sondern aufgrund der Stärke der deutschen Wirtschaft, die durch die Einbindung in die Europäische Gemeinschaft noch vergrößert werde. Daher dürfe man die deutsche Wiedervereinigung „nicht übereilen“. Ähnlich sah es auch der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti, der erklärte, der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers komme „zum falschen Zeitpunkt“; eine deutsch-deutsche Konföderation oder gar eine Wiedervereinigung seien „nicht aktuell“.

Unterstützung aus den USA

In den USA wurde die Möglichkeit einer Wiedervereinigung dagegen begrüßt. Präsident Bush sen. und Außenminister Baker hoben lediglich die Notwendigkeit hervor, den Einigungsprozess mit der konstruktiven Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in Einklang zu bringen. Außerdem müsse die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich innerhalb der Institutionen von NATO und Europäischer Gemeinschaft vollziehen und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte berücksichtigen. Es gelte, „eine neue Architektur für ein neues Zeitalter“ zu entwickeln, bemerkte Außenminister Baker dazu am 12. Dezember 1989 in Berlin.

Dieser Auffassung schloss sich schließlich auch die französische Regierung an, als sie erkannte, dass die Wiedervereinigung nicht zu verhindern war. Diese müsse allerdings auf der gesicherten Einbindung Deutschlands in westliche Institutionen beruhen. So erklärte Mitterrand während eines inoffiziellen Treffens mit Bundeskanzler Kohl im Januar 1990 auf seinem Landsitz in Latché in der Gascogne, das größte Hindernis für eine deutsche Wiedervereinigung sei „die Gefahr einer Neutralisierung Deutschlands“, die als Ausweg aus der Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in verschiedenen Militärbündnissen gesehen werden könnte. Daher müsse die deutsche Einigung mit einer Intensivierung der europäischen Integration einhergehen. Das Ergebnis war der Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992, dessen Abschluss maßgeblich von Deutschland und Frankreich vorangetrieben worden war und in dem die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung und die Vertiefung der Integration im Rahmen einer „Europäischen Union“ vereinbart wurde. Frankreichs Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands wurde dadurch maßgeblich erleichtert. Großbritannien hingegen verharrte unter Premierministerin Thatcher bis zum Schluss in skeptischer Distanz. Die britische

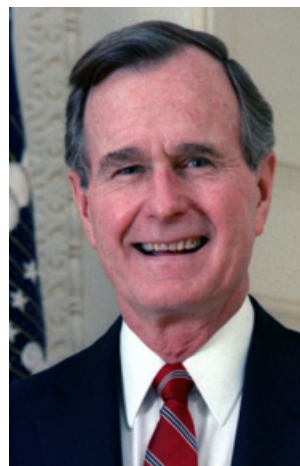
US-Präsident George H.W. Bush zum Vereinigungsprozess in Deutschland

[...] Ich teile die Sorge mancher europäischer Länder über ein wiedervereinigtes Deutschland nicht, weil ich glaube, dass Deutschlands Bindung an und Verständnis für die Wichtigkeit des (atlantischen) Bündnisses unerschütterlich ist. Und ich sehe nicht, was einige befürchten, dass Deutschland, um die Wiedervereinigung zu erlangen, einen neutralistischen Weg einschlägt, der es in Widerspruch oder potenziellen Widerspruch zu seinen NATO-Partnern bringt. [...]

Trotzdem glaube ich nicht, dass wir den Begriff der Wiedervereinigung forcieren oder Fahrpläne aufstellen und über den Atlantik hinweg unsererseits eine Menge neuer Verlautbarungen zu diesem Thema machen sollten. Sie braucht Zeit. Sie benötigt eine vorsichtige Entwicklung. Sie verlangt Arbeit zwischen ihnen (den Deutschen) [...] und Verständnis zwischen den Franzosen und Deutschen, den Engländern und Deutschen über alle diese (Fragen). Aber das Thema ist so viel wichtiger und zentraler geworden [...] wegen der schnellen Veränderungen, welche in Ostdeutschland stattfinden. [...]

Und wer weiß, wie sich Herr Krenz entwickeln wird? Wird er nur eine Verlängerung des Honeckerschen Standpunkts oder etwas anderes sein? Ich glaube nicht, dass er dem Wandel völlig widerstehen kann.

George H.W. Bush in: New York Times vom 25. Oktober 1989



George H.W. Bush, US-Präsident von 1989 bis 1993, befürwortet die deutsche Einheit.

Regierungschefin hielt selbst die deutsche Einbindung in den Maastricht-Vertrag noch für ein Instrument, das der deutschen Nation die Erringung der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent ermöglichen könnte.

Unsicherheit in der Sowjetunion

Sehr viel größer als in Großbritannien, Frankreich oder Italien war die Verunsicherung über die Entwicklung jedoch in der Sowjetunion. Hier war man nicht nur mit dem bevorstehenden Zusammenbruch der DDR und dem Verlust Polens, Ungarns und

Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow zur deutschen Wiedervereinigung

Mir scheint, es gibt sowohl bei den Deutschen in West und Ost als auch bei den Vertretern der vier Mächte ein gewisses Einverständnis darüber, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Wir haben immer gesagt [...], dass die Geschichte den Gang der Dinge beeinflusst. So wird es auch in Zukunft sein, wenn sich die deutsche Frage praktisch stellt. [...]

In der europäischen wie in der Weltpolitik, ja wir alle in der DDR, in der BRD, in allen europäischen Hauptstädten, erst recht in denen der vier Mächte, müssen jetzt verantwortungsbewusst handeln. [...]

Es geht hier um eine Frage, die sowohl das Schicksal der Deutschen in der DDR als auch der Deutschen in der BRD betrifft. Sie muss verantwortungsbewusst diskutiert werden. Auf der Straße ist sie nicht zu lösen. Für mich sind die Ausgangspunkte klar. [...] Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die vier Mächte, es gibt den europäischen Prozess, und der verläuft genauso stürmisch. All das muss in Einklang miteinander gebracht werden. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse. [...]

Auf keinen Fall darf man die Interessen der Deutschen schmälern, denn ich bin für einen realistischen Prozess. Wenn wir sagen, die Geschichte wird die Dinge entscheiden, und ich habe das viele Male getan, dann wird das auch so sein, und ich glaube, dass sie bereits ihre Korrekturen einbringt.

Rundfunkinterview am 30. Januar 1990, in: Deutschland Archiv 3/1990, S. 468



Michail Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU von 1985 bis 1991, steht einer deutschen Einheit skeptisch gegenüber.

der Tschechoslowakei konfrontiert, sondern fürchtete auch um den Bestand des eigenen Landes. Eine vertrauliche Analyse, die Bundeskanzler Kohl am 16. Januar vorgelegt wurde, ließ erkennen, dass die UdSSR, wie die DDR, ökonomisch und sozial im Niedergang begriffen war. Zwischen 60 und 100 Millionen Sowjetbürger lebten am Rande – oder bereits unterhalb – des Existenzminimums. In den Unionsrepubliken flammten Nationalitätenkonflikte wieder auf. Und die Stimmung in der Armee und bei den Sicherheitskräften verschlechterte sich in gefährlichem Maße. Gorbatschows Bemerkung, im Falle einer deutschen Ver-

einigung werde es „eine Zwei-Zeilen-Meldung geben, dass ein Marschall meine Position übernommen hat“, war deshalb nicht gänzlich von der Hand zu weisen.

Die schwierige Lage der sowjetischen Führung ermöglichte es auf der anderen Seite Bundeskanzler Kohl, im Umgang mit der UdSSR und den Westmächten zunehmend selbstbewusst aufzutreten. Er konnte sich dabei nicht nur auf den Einheitswillen der Ostdeutschen berufen, sondern wusste auch, dass es gegen die Wiedervereinigung kaum noch Widerstand geben konnte, nachdem die USA frühzeitig ihre Zustimmung signalisiert hatten und Frankreich durch Garantien für eine Vertiefung der europäischen Integration für die deutsche Sache gewonnen worden war. Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verhinderte er so eine von der Sowjetunion vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz über die Vereinigungsfrage und verlangte von den westlichen Verbündeten, mit der UdSSR über das Deutschland-Problem nur nach vorheriger Konsultation der Bundesregierung zu sprechen.

Zugleich bemühte sich der Kanzler, die Stimmung in der Sowjetunion positiv zu beeinflussen, indem er die Lieferung großer Mengen von Lebensmitteln veranlasste und Vorschläge für eine umfassende bilaterale Zusammenarbeit für die Zeit nach der Wiedervereinigung unterbreitete. Solches Entgegenkommen war umso wichtiger, als in der Sowjetunion „Realisten“, die sich mit der Entwicklung zur Wiedervereinigung zu arrangieren suchten, mit „Orthodoxen“ stritten, die das Rad der Geschichte aufhalten oder zurückdrehen wollten. Großzügige Gesten der Bundesrepublik, aber auch langfristige Hilfszusagen konnten in dieser Auseinandersetzung den Ausschlag geben.

Einigung in Ottawa

Nachdem bei den Westmächten und in der Sowjetunion somit spätestens zu Beginn des Jahres 1990 die Erkenntnis gewachsen war, dass sich die Wiedervereinigung nicht mehr vermeiden ließ, begannen am 28. Januar in den USA Gespräche über die Schaffung eines Rahmens zur außenpolitischen Absicherung der Wiedervereinigung. Der Politische Planungsstab im *State Department*, US-Außenministerium, entwickelte dazu in Anlehnung an die früheren Vier-Mächte-Gespräche zur Deutschlandfrage eine Idee, die sich dann als „Zwei-plus-Vier“-Konzept durchsetzte: Als erstes sollten die beiden deutschen Staaten die ökonomischen, politischen und rechtlichen Fragen der Einigung behandeln. Danach würden die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion zusammen mit der Bundesrepublik und der DDR die außenpolitischen Aspekte des Einigungsprozesses klären, darunter die Frage der Souveränität, die Garantie der Grenzen, den Umfang der deutschen Armee, die Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands in Bündnissen und die Sicherheitsvorkehrungen für die Nachbarn.

Als Außenminister Baker das Konzept am folgenden Tag mit seinem britischen Amtskollegen Douglas Hurd besprach, stimmte Hurd prinzipiell zu, gab jedoch zu erkennen, dass seine Regierung eine „Vier-plus-Null“-Lösung – also Verhandlungen ohne deutsche Beteiligung – vorziehen würde. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher beharrte demgegenüber darauf, dass die Deutschen bei den Entscheidungen über ihr Schicksal den ersten Platz einnehmen müssten. Wenn dieser Weg beschritten werde, seien die Bundesrepublik und die DDR



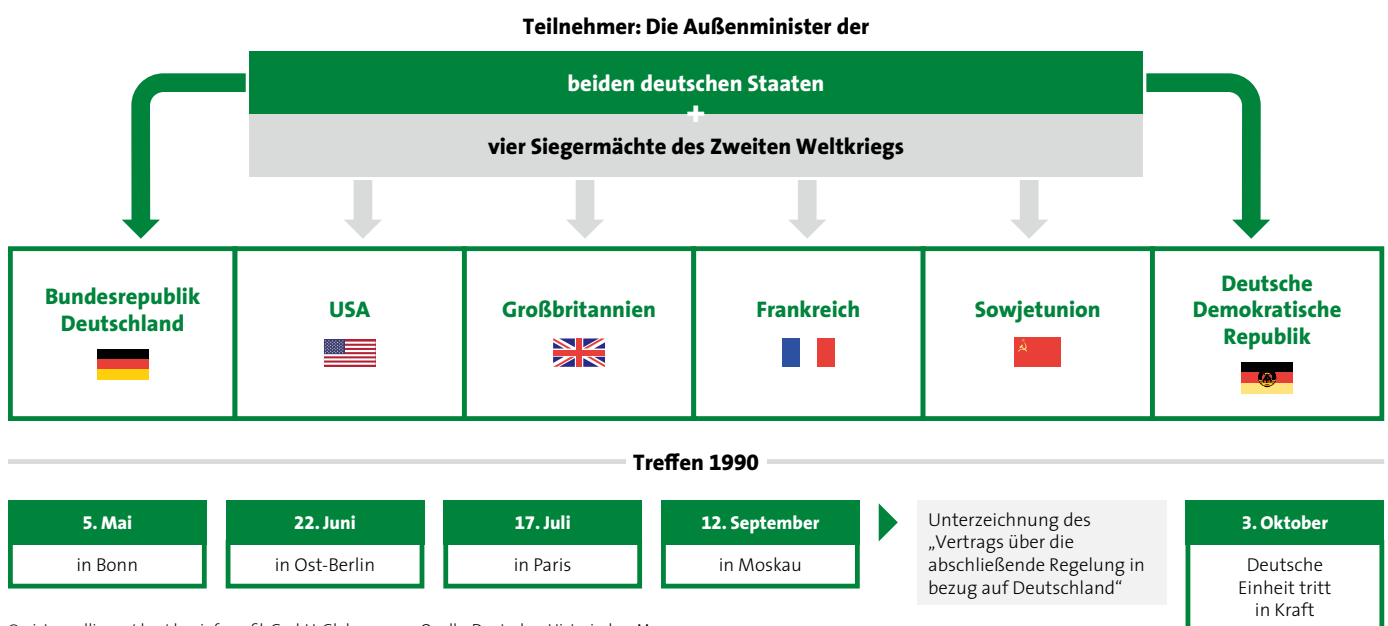
Am Rande einer Tagung der Außenminister von NATO und Warschauer Pakt im kanadischen Ottawa im Februar 1990 wird eine Einigung über 2+4-Verhandlungen erzielt.

aber bereit, „die deutsche Angelegenheit“ nach Ausarbeitung einer gemeinsamen Lösung auf einem für den Herbst 1990 geplanten Gipfeltreffen der KSZE zu präsentieren.

Mit diesem Ansatz, die deutsche Einigung nur von den beiden deutschen Staaten und den Vier Mächten aushandeln zu lassen, danach aber im Rahmen der KSZE alle anderen europäischen Staaten sowie Kanada in die Entscheidung einzubeziehen, suchte Genscher eine Isolierung Deutschlands, wie sie im Deutschen Reich nach 1890 eingetreten war, zu verhindern. Allen Sorgen, ein wiedervereinigtes Deutschland könne eines Tages zu einer Politik des Expansionismus und des Strebens nach Hegemonie zurückkehren, sollte damit von vornherein der Boden entzogen werden. Auf dem Weltwirtschaftsforum am 3. Februar in Davos erklärte Kohl dazu, die Bundesrepublik sei stets eine entschiedene Verfechterin der NATO, der europäischen Einigung und des KSZE-Prozesses gewesen und habe zudem die Abrüstung und Rüstungskontrolle unterstützt. Daran werde sich auch künftig nichts ändern. Das vereinte Deutschland werde „ein vertrauenswürdiger Partner“ beim Aufbau einer friedlichen Ordnung in Europa sein.

Die Zwei-plus-Vier-Formel, die schließlich auch vom französischen Außenminister Roland Dumas gebilligt wurde – ebenfalls mit dem einschränkenden Hinweis, Paris hätte ebenfalls eine „Vier-plus-Null“-Lösung vorgezogen –, stieß bei der Sowjetunion jedoch zunächst auf Ablehnung. Erst am Rande eines Treffens der Außenminister der NATO und des Warschauer Paktes am 13. Februar in Ottawa wurde hierüber Einverständnis erzielt. Inzwischen war der Prozess des Umdenkens in Moskau angesichts der Unumkehrbarkeit der Entwicklung in Deutschland offenbar so weit fortgeschritten, dass man sich entschlossen hatte, den lange hinausgezögerten letzten Schritt zu gehen. Die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte vereinbarten daher in Ottawa, dass sie sich in Kürze im Zwei-plus-Vier-Rahmen treffen würden, „um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen“.

Die Zwei-plus-Vier-Gespräche



© picture alliance/dpa/dpa-infografik GmbH, Globus 13 730; Quelle: Deutsches Historisches Museum



Im Weltsaal des Auswärtigen Amtes in Bonn treffen sich am 5. Mai 1990 die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, der USA, der Bundesrepublik und der DDR zur ersten Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.

Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

Die Vorbereitungen für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen begannen auf der Ebene der Politischen Direktoren der Außenministerien der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte mit zwei Treffen in Bonn und Berlin am 14. März und 16. April. Die Direktoren verständigten sich darauf, dass die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands, die Stärke der Bundeswehr und Sicherheitsgarantien für die Nachbarn Deutschlands, die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze, der Abzug der alliierten Streitkräfte, die Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte sowie die Wiederherstellung der vollen völkerrechtlichen Souveränität Deutschlands im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen sollten. Die Sowjetunion versuchte, auch den Abschluss eines Friedensvertrages auf die Tagesordnung zu setzen, nahm davon jedoch auf Drängen des Leiters der Bonner Delegation, Dieter Kastrup, wieder Abstand, der darauf hinwies, dass in Gespräche über einen Friedensvertrag noch viele andere Staaten einbezogen werden müssten, mit denen das „Dritte Reich“ sich formell im Kriegszustand befunden hatte. Polen dagegen sollte zu der Konferenz hinzugezogen werden, wenn das Thema Oder-Neiße-Linie zu behandeln war.

Die ersten Verhandlungen auf Außenministerebene fanden am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Danach traf man sich erneut im Juni in Berlin, im Juli gemeinsam mit polnischen Vertretern in Paris (wo es um die polnische Westgrenze ging) und ein letztes Mal Anfang September in Moskau. Dort wurde am 12. September 1990 auch der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ unterzeichnet. Dieser kam einem Friedensvertrag gleich und klärte endlich die seit 1945 offene „Deutsche Frage“.

Neutralität oder NATO-Mitgliedschaft?

Ein zentraler inhaltlicher Punkt bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war der künftige militärische Status Deutschlands. Darüber war bereits vor der Konferenz in Ottawa über-

aus intensiv gesprochen worden, wobei die US-Regierung ebenso wie Paris und London von Anfang an darauf bestanden hatten, dass sich der Wiedervereinigungsprozess „im Rahmen der fortbestehenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO“ bewegen müsse. Die sowjetische Führung hatte dagegen im Einklang mit Ministerpräsident Modrow dafür plädiert, dass ein „vereinigtes deutsches Vaterland“ neutral sein müsse und weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören dürfe. Zwischen beiden Positionen hatte Bundesaußenminister Genscher zu vermitteln versucht, als er in einer Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing am 31. Januar 1990 erklärt hatte, das vereinigte Deutschland müsse zwar Mitglied der NATO sein, NATO-Streitkräfte dürften aber nicht in Ostdeutschland stationiert werden, sodass der Westen aus einer deutschen Wiedervereinigung keinen militärischen Vorteil ziehen werde.

Nach dem Treffen der Außenminister von NATO und Warschauer Pakt in Ottawa wurde allerdings rasch deutlich, dass Moskau keine andere Möglichkeit mehr sah, als ein wiedervereinigtes Deutschland in der NATO zu akzeptieren. Bereits am 15. Februar verlautete aus sowjetischen Regierungskreisen, dass die Forderung nach entmilitarisierter Neutralität inoffiziell bereits aufgegeben sei. Denn, so ein hochrangiger Funktionär der KPdSU, die Sowjetunion habe ihre Fähigkeit eingebüßt, „auf die deutsche Innenpolitik Einfluss zu nehmen“. Da die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ebenfalls einen baldigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus ihren Ländern wünschten, wuchs der Druck auf Moskau, möglichst schnell eine Vereinbarung mit dem Westen abzuschließen, damit auf dieser Basis ein genereller Truppenrückzug zustande käme.

Überdies drohte inzwischen nicht nur der Zerfall des sowjetischen Imperiums in Osteuropa, sondern auch die Auflösung der Sowjetunion selbst. Nachdem das Zentralkomitee der KPdSU am 7. Februar 1990 durch Änderung des Artikels 6 der sowjetischen Verfassung das Machtmonopol der Partei beseitigt hatte, war die Kritik an den innersowjetischen Verhältnissen



Drei Etappen zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze: Im September 1989 erklärt Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einer Rede vor der UNO den Verzicht auf Gebietsansprüche (o.). Am 21. Juni 1990 garantieren Bundestag und DDR-Volkskammer (im Bild) die polnische Westgrenze (M.). Am 14. November wird der deutsch-polnische Grenzvertrag in Warschau unterzeichnet.

dramatisch gestiegen. Unkontrollierte Massendemonstrationen zogen durch Moskau. In Aserbaidschan, Tadschikistan und Armenien kam es bei ethnischen Auseinandersetzungen zu blutigen Kämpfen. Am 12. Februar teilte Gorbatschow deshalb dem DDR-Ministerpräsidenten telefonisch mit, dass es fraglich sei, ob die sowjetische Führung in der Lage sein werde, an der Forderung nach einem Verzicht des vereinigten Deutschlands auf eine NATO-Mitgliedschaft festzuhalten.

Grenze zu Polen

Eine zweite wichtige Frage war die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Sie spielte ebenfalls nicht erst im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine Rolle, sondern war bereits im Sommer 1989 zu einem Thema geworden, als die rechtsradikale Partei „Republikaner“ bei Kommunalwahlen in West-Berlin 7,5 Prozent und bei den Wahlen zum Europaparlament 7,1 Prozent erhalten hatte. Um weitere Erfolge der Rechten zu verhindern, hatten konservative Politiker in der Bundesrepublik daraufhin argumentiert, die Gebiete östlich der Oder und Neiße müssten einbezogen werden, wenn die Deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung kommen sollte. Bundesaußenminister Genscher hatte sich dadurch veranlasst gesehen, in einer Rede vor der UNO am 27. September 1989 im Namen der Bundesregierung zu erklären, dass das Recht des polnischen Volkes, „in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche infrage gestellt wird“. Der Bundestag hatte diese Stellungnahme am 8. November durch eine Resolution bekräftigt.

Dennoch wurde das Thema im November 1989 erneut zum Problem, als Bundeskanzler Kohl es bei seinem Besuch in Polen vermied, die Grenzgarantie zu wiederholen. Zwar war seine Absicht erkennbar, der Partei der Republikaner im Vorfeld der für den 2. Dezember 1990 geplanten Bundestagswahlen keine indirekte Schützenhilfe zu leisten. Aber in Polen sorgte sein Verhalten gleichwohl für Unruhe, die durch die Perspektive einer baldigen deutschen Wiedervereinigung noch zusätzlich geschürt wurde. Die polnische Regierung startete deshalb eine diplomatische Offensive, um einen Platz am Konferenztisch der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu erhalten, sah sich daran jedoch wiederum vom Kanzler gehindert, der sich nicht nur weiterhin weigerte, ein klärendes Wort zu sprechen, sondern auch die Teilnahme Polens an den Verhandlungen ablehnte. So kam es lediglich zu einer weiteren Resolution des Bundestages zur Oder-Neiße-Frage, die am 8. März 1990 ohne Gegenstimme bei nur fünf Enthaltungen verabschiedet wurde.

Unterstützung erhielt Kohl in dieser Frage erneut von den USA. Als Präsident Bush dem Kanzler am 18. März zum Wahlsieg seiner Partei in Ostdeutschland gratulierte, fügte er hinzu, dass er dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki am folgenden Tag in Washington sagen werde, dass er der westdeutschen Regierung vertraue und dass Mazowiecki dies ebenfalls tun solle. Eine gleichberechtigte Teilnahme Polens an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war damit nicht mehr durchsetzbar. Der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski erklärte deshalb am 26. März, dass die Oder-Neiße-Grenze eine deutsch-polnische Angelegenheit und ihre Behandlung durch die Vier Mächte daher unpassend sei. Zudem ließ Polen die Forderung fallen, dass ein Zwei-plus-Vier-Treffen in Warschau abgehalten werden solle.

Garantien innerhalb der NATO

Der überraschende Wahlsieg der Allianz für Deutschland führte aber auch bei den Regierungen in Paris und Moskau zu einer Beschleunigung ihrer Neuorientierung in der Deutschlandpolitik. So drang die französische Führung, die offensichtlich besorgt war, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das Interesse an der Europäischen Gemeinschaft (EG) verlieren könnte, nun sogar darauf, dass die Bundesrepublik die DDR so schnell wie möglich integrieren möge. Außenminister Dumas erklärte, dass es am besten wäre, wenn „die ostdeutschen Provinzen“ einfach in die Bundesrepublik übernommen würden, um „den



Am 3. Mai 1990 diskutieren die NATO-Außenminister über die deutsche Wiedervereinigung und deren Einfluss auf die Sicherheit in Europa.

komplizierten Prozess der Aufnahme“ eines weiteren Staates in die EG zu vermeiden. Und Mitterrands außenpolitischer Berater Jacques Attali informierte Kohl, dass Paris jetzt „mit Hochdruck“ an einer EG-Initiative zur Errichtung einer Europäischen Union arbeite, um das vereinigte Deutschland fest in die europäische Integration einzubetten.

Auf der anderen Seite deutete Moskau am Tag nach der Volkskammerwahl offiziell an, dass es sich mit der Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der NATO abfinden wolle. Nikolai Portugalow meinte, dass dies zwar offiziell immer noch abgelehnt werde, es aber nur „die Ausgangsposition bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ sei. Wjatscheslaw Daschitschew, einer der führenden sowjetischen Deutschland- und Europaexperten, ging sogar noch einen Schritt weiter, als er am 20. März in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Ansicht vertrat, dass die UdSSR an einer deutschen NATO-Mitgliedschaft sogar interessiert sein müsse, da ein neutrales Deutschland nur schwer zu kontrollieren sei. Es gebe das Bild einer Kanone, so Daschitschew, die an Bord eines Schiffes nicht festgezurrst sei.

Auch in der Sowjetunion wurde nun also die Auffassung vertreten, dass ein in das westliche Bündnis eingebundenes Deutschland weniger gefährlich und daher eher zu befürworten sei als ein in der Mitte Europas „herumvagabundierendes Reich“.

Bei der Vorbereitung der ersten Zwei-plus-Vier-Konferenz am 5. Mai in Bonn fühlte sich der Kanzler deshalb stark genug, in der Frage der NATO-Mitgliedschaft zu fordern, dass

- die Schutzklauseln in Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages für ganz Deutschland gelten müssten,
- der Abzug der sowjetischen Truppen auf der Basis fester Zeitvereinbarungen erfolgen müsse und
- Bundeswehrstationierung und Wehrpflicht für Gesamtdeutschland zu gelten hätten.

Im Gegenzug sollte Moskau ein umfassender bilateralen Vertrag über Kooperation und Gewaltverzicht angeboten werden. Als Kohl die Idee am 23. April gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, darlegte und dabei bemerkte, er wolle gewissermaßen eine „Charta der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Sinne der großen geschichtlichen Tradition vereinbaren“, reagierte Kwizinskij beinahe euphorisch. Seit er nach Deutschland gekommen sei, sei es sein Traum gewesen, „zwischen Deutschland und der Sowjetunion etwas im Bismarckschen Sinne zu schaffen“. Ein Vertrag, wie ihn der

Bundeskanzler vorschlage, sei im Sinne Gorbatschows. Bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen komme es Moskau vor allem darauf an, eine deutliche Verringerung der Stärke der Bundeswehr zu erreichen. Auch die Truppen der Vier Mächte sowie die Zahl der Kernwaffen auf deutschem Boden müssten reduziert werden. Über all dies ließe sich nach sowjetischer Auffassung jedoch Einvernehmen erzielen. Als wichtig erschien vor allem, dass der Kanzler mit seinem Angebot eines umfassenden bilateralen Vertrages einen Vorschlag unterbreitet hatte, der in Moskau die Vertrauensbasis für eine Regelung der Einzelfragen schuf. Kohls außenpolitischer Berater Horst Teltschik notierte deshalb am 23. April in sein Tagebuch, offenbar habe die sowjetische Führung nur auf einen derartigen „weiterführenden Vorschlag von uns gewartet“.

Treffen im Kaukasus

Mit dem Vorschlag vom 23. April begann ein deutsch-sowjetisches „Sonderverhältnis“, das den ganzen Sommer 1990 hindurch andauerte und mit dem Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow in dessen Jagdhütte im Kaukasus am 15. und 16. Juli 1990 seinen Höhepunkt erreichte. Die prinzipielle Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands hatte Gorbatschow indessen bereits sechs Wochen zuvor, bei einer Begegnung mit US-Präsident George H.W. Bush im Weißen Haus am 31. Mai in Washington, gegeben, als er sich einverstanden erklärt hatte, dass „Deutschland selbst entscheiden dürfe, welchem Bündnis es sich anschließen wolle“, wie es im Gesprächsprotokoll heißt.

Allerdings spielte inzwischen auch Geld eine Rolle, denn die Sowjetunion suchte jetzt mit Hilfe des Westens aus ihrer tiefen ökonomischen und sozialen Krise herauszukommen. So äußerte Außenminister Schewardnadse am 4. und 5. Mai 1990 während der ersten Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn in Hintergrundgesprächen den Wunsch nach einem neuen deutschen Kredit für die UdSSR; ein Kompromiss in der Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft sei danach nicht ausgeschlossen. Nachdem umfangreiche Lebensmittellieferungen schon im Januar 1990 zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beigetragen hatten, die durch die Irritationen der Maueröffnung belastet gewesen waren, bot sich damit nun eine weitere Chance, das Verhältnis zu entspannen und in den schwierigen Fragen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen Fortschritte zu erzielen.

Der sowjetische Kreditbedarf belief sich nach Auskunft von Botschafter Kwizinskij auf 20 Milliarden DM in fünf bis sieben Jahren. Da die ernsthafte Gefahr bestand, dass Gorbatschow auf dem im Juli 1990 bevorstehenden Parteitag der KPdSU gestürzt werden könnte, wenn die UdSSR nicht zusätzliche Finanzmittel aus dem Westen erhielt, war Kohl daher sogleich bereit, den sowjetischen Wünschen zu entsprechen. Schon am 13. Mai reiste Horst Teltschik zusammen mit den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, Hilmar Kopper und Wolfgang Röllner, in geheimer Mission nach Moskau, um den Kredit einzufädeln. Dort wurden sie von Ministerpräsident Ryschkow mit den konkreten sowjetischen Forderungen konfrontiert: Die UdSSR benötige kurzfristig einen ungebundenen Finanzkredit von 1,5 bis zwei Milliarden DM, um ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern. Darüber hinaus sei ein langfristiger Kredit in Höhe von zehn bis 15 Milliarden DM zu Vorzugsbedingungen erforderlich, dessen

Tilgungsfrist zehn bis 15 Jahre bei fünf Freijahren betragen solle.

Die Forderungen bewiesen, wie groß die sowjetischen Zahlungsprobleme waren und welches Gewicht die Moskauer Führung in diesem Zusammenhang den deutsch-sowjetischen Beziehungen beimaß. Kohl begründete deshalb in einem Gespräch mit Röllner und Kopper am 21. Mai im Kanzleramt seine Bereitschaft zur Kredithilfe für Gorbatschow mit dem Bild des Bauern, „der vor einem heraufziehenden Gewitter seine Ernte rechtzeitig in die Scheune einbringen“ müsse. In einem Brief vom folgenden Tag bot der Kanzler der Sowjetunion einen ungebundenen Finanzkredit bis zur Höhe von fünf Milliarden DM an, verband damit allerdings die Erwartung, „dass die Regierung der UdSSR im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses im gleichen Geiste alles unternimmt, um die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen, die eine konstruktive Lösung der anstehenden Fragen noch in diesem Jahr ermöglichen“.

Der Kreditvertrag wurde am 18. Juni in Moskau unterzeichnet und von der Bundesregierung Anfang Juli mit den erforderlichen Garantien versehen. Bereits am 13. Juli informierte Finanzminister Waigel den Kanzler, dass die fünf Milliarden in vollem Umfang ausgeschöpft worden seien. Im Gegenzug trug die Bonner Finanzhilfe für Moskau erwartungsgemäß dazu bei, die äußeren Aspekte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses zu lösen. Wichtigster Punkt war dabei die Zustimmung des Kreml zur NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands. Die Bundesregierung bot dafür eine deutliche Reduzierung der Stärke der Bundeswehr an, wobei Außenminister Genscher gegenüber Schewardnadse von einer Gesamtzahl von 350 000 Mann sprach, während Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg eine Obergrenze von 370 000 Mann befürwortete.

„Nicht länger als Gegner betrachten“

Das Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion beschränkte sich aber nicht auf die Bundesrepublik allein, sondern bezog auch die NATO ein, die auf einer Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten am 5. und 6. Juli 1990 in London eine Erklärung verabschiedete, in der ein grundlegender Wandel der Atlantischen Allianz angekündigt wurde: NATO und Warschauer Pakt sollten sich „nicht länger als Gegner betrachten“. Die NATO werde ihre Streit-

kräftestruktur und Strategie den veränderten Bedingungen der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges anpassen. Die Zahl der Nuklearwaffen werde reduziert und die Strategie der „flexiblen Erwidern“ so umgestaltet, dass sie „eine verminderte Abstützung auf Nuklearwaffen“ widerspiegele. Damit wolle die Allianz dazu beitragen, „die Hinterlassenschaft von Jahrzehnten des Misstrauens zu überwinden“. Zusicherungen, das Gebiet der NATO nicht ostwärts über Deutschland hinaus zu erweitern, wurden allerdings nicht gegeben. Diese Frage wurde erst im weiteren Verlauf der 1990er-Jahre im Zuge der NATO-Osterweiterung erörtert, als man sich davon eine Erhöhung der politischen Stabilität in den Transformationsländern Osteuropas versprach – eine Erwartung, die nun auch von Russland geteilt wurde.

Jetzt, im Juli 1990, als sich die Staats- und Regierungschefs der NATO in London versammelten, fand in Moskau nahezu zeitgleich, vom 2. bis 13. Juli, der 28. Parteitag der KPdSU statt, auf dem über das Schicksal Gorbatschows und damit auch über die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden wurde. Die „Londoner Erklärung“ mit ihrem versöhnlichen Ton kam deshalb der sowjetischen Führung ebenso gelegen wie der Milliardenkredit aus Bonn, der genau zu diesem Zeitpunkt von der UdSSR in Anspruch genommen werden konnte. Außenminister Schewardnadse bemerkte später in seinen Memoiren, die Erklärung der NATO habe möglicherweise seine Politik „gerettet“. Andernfalls wäre es für Gorbatschow und ihn unmöglich gewesen, sich innenpolitisch durchzusetzen. „Generale und Parteibürokraten, angeführt von Jegor Ligatschow“, so Schewardnadse 1991 in einem deutschen Nachrichtenmagazin, hätten vor allem die Deutschlandpolitik kritisiert und „gegen den Verlust der westlichen Bastion des sozialistischen Lagers erbittert Widerstand geleistet“.

Für Deutschland war die Tatsache, dass Gorbatschow am 10. Juli schließlich mit klarer Mehrheit in seinem Amt als Generalsekretär der KPdSU bestätigt wurde, mitentscheidend für den weiteren Verlauf des Wiedervereinigungsprozesses. So lud der dankbare Gorbatschow unmittelbar nach seiner Wiederwahl den Bundeskanzler vom 14. bis 16. Juli nach Moskau und in seinen Heimatort Stawropol im Kaukasus ein, wo er nun auch Kohl gegenüber zugestand, dass Deutschland weiterhin Mitglied der NATO bleiben könne. Die NATO müsse lediglich für eine Übergangsperiode berücksichtigen, dass ihr Geltungsbereich nicht auf das DDR-Territorium übertragen werde, solange dort noch sowjetische Truppen stationiert seien. Im Übrigen werde das Abschlussdokument der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen die Aufhebung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland ohne Übergangszeit feststellen. Es sei nur ein separater Vertrag über den Aufenthalt der sowjetischen Streitkräfte auf dem bisherigen DDR-Territorium für die Dauer von drei bis vier Jahren erforderlich.

Einigung

Damit waren die historischen Sätze gesprochen, die den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ebneten. Bei den formalen Verhandlungen, die am 16. Juli am Frühstückstisch des Jagdhauses von Gorbatschow im engen Flusstal des Selemtschuk im Kaukasus, oberhalb von Stawropol, begannen, wurde nur noch einmal bestätigt, was bereits feststand: Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen sollten mit einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag abgeschlossen werden. Das geeinte Deutschland würde die Bundesrepublik, die DDR und Berlin umfassen und Mitglied der NATO sein können. Bedingung war lediglich der Verzicht auf ABC-Waffen und die Nichtausdehnung der militärischen



Auf dem Weg zur Pressekonferenz: In Stawropol geben am 16. Juli 1990 Helmut Kohl (M.l.) und Michail Gorbatschow (M.r.) die Ergebnisse ihrer Gespräche bekannt.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Strukturen der NATO auf das Gebiet der bisherigen DDR, solange dort noch sowjetische Truppen standen.

Nachdem die Details der Vereinbarungen ausgehandelt waren, wobei man sich schließlich auf 370 000 Mann als Obergrenze für die Truppenstärke der Bundeswehr einigte, waren alle wesentlichen Hindernisse ausgeräumt, die einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch im Wege gestanden hatten. Aus deutscher Sicht waren die Ergebnisse sensationell: Deutschland würde wiedervereintigt. Es würde vollständig souverän sein. Es konnte Mitglied der NATO bleiben. Deutsche Streitkräfte würden in ganz Deutschland stationiert sein. Und die Sicherheitsgarantien der Artikel 5 und 6 des Nordatlantischen Vertrages würden unverzüglich für ganz Deutschland gelten, sobald das Schlussdokument der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Kraft getreten war.

Für die sowjetischen Partner waren der Verlauf und das Resultat der Gespräche im Kaukasus allerdings weniger erfreulich. Als Außenminister Schewardnadse von dort das Flugzeug nach Paris bestieg, wo am nächsten Tag eine weitere Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen stattfinden sollte, sah er sich einem „hochnotpeinlichen Verhör“ mitreisender sowjetischer Journalisten ausgesetzt, die wissen wollten, warum alle Fragen so blitzschnell gelöst worden seien. Schewardnadse bestritt, dass übereilt gehandelt worden sei. Wie er in seinen Memoiren berichtet, erklärte er dabei zu den Motiven für das Handeln der sowjetischen Führung, man sei außerstande gewesen, Deutschlands Wiedervereinigung zu stoppen, es sei denn mit Gewalt. Doch das wäre einer Katastrophe gleichgekommen. Außerdem hätte die Sowjetunion selbst dabei vieles eingebüßt.

Tatsächlich gab es zu der Entscheidung, der Wiedervereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen zuzustimmen, für die Sowjetunion kaum eine vernünftige Alternative. Nur eine erneute militärische Intervention wie am 17. Juni 1953 hätte den historischen Prozess der deutschen Vereinigung noch aufhalten können. Dazu aber war die sowjetische Führung um Gorbatschow und Schewardnadse nicht bereit. Im Interesse des Friedens in Europa und der Neuordnung der sowjetischen Beziehungen zum Westen – vor allem zur Bundesrepublik – wurde die DDR daher in die Wiedervereinigung entlassen. Dafür hoffte der Kreml auf eine großzügige Kooperation mit dem geeinten Deutschland, um die gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Sowjetunion zu lösen, die ohne westliche Hilfe nicht mehr beherrschbar schienen.

Der Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war nach der Einigung im Kaukasus nur noch Formsache. Am 17. Juli fand in Paris die dritte Runde der Außenministertgespräche mit zeitweiliger polnischer Beteiligung statt. Es wurde festgelegt, die polnische Forderung nach einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze in das Zwei-plus-Vier-Abschlussdokument aufzunehmen, das völkerrechtlich verbindlich sein würde. Danach handelten die Bundesrepublik und die Sowjetunion die bilateralen Verträge aus, die im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses vereinbart worden waren. Dies betraf vor allem den sogenannten Generalvertrag über eine umfassende Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie den „Überleitungsvertrag“ über die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem bisherigen Territorium der DDR für weitere drei bis vier Jahre und ihre anschließende Rückführung in die UdSSR. Trilaterale Gespräche zusammen mit der DDR-Regierung bezogen sich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen DDR-Unternehmen und sowjetischen Firmen.

Im August ergab sich noch einmal ein Problem, als Außenminister Schewardnadse seinen deutschen Amtskollegen brieflich darüber informierte, dass ein sowjetischer Truppenabzug nicht innerhalb von drei bis vier Jahren, sondern frühestens in fünf bis sieben Jahren möglich sei. Der Abzug hänge „vom Umfang der deutschen materiellen und finanziellen Unterstützung“ ab. Schewardnadses Brief folgte am 28. August ein Besuch von Julij Kwizinskij, nun in seiner Funktion als stellvertretender sowjetischer Außenminister, im Kanzleramt, bei dem dieser forderte, die Bundesrepublik solle sowohl für die Transportkosten des Truppenabzuges als auch für den Bau neuer Unterkünfte für die zurückkehrenden Soldaten in der Sowjetunion sowie für die notwendige Infrastruktur mit Kindergärten, Läden, Apotheken usw. aufkommen. Außerdem müsse Bonn den Aufenthalt der noch in der DDR verbleibenden Truppen bezahlen. Andernfalls, so Kwizinskij, werde es in der sowjetischen Armee zum Aufruhr kommen.

Wladislaw Terechow, seit Juni 1990 neuer sowjetischer Botschafter, bezifferte die finanziellen Forderungen der Sowjetunion am 5. September auf insgesamt 36 Milliarden DM, einschließlich 17,5 Milliarden DM für die Rückgabe der sowjetischen Immobilien in der DDR. Bundeskanzler Kohl, der mit Außenminister Genscher, Finanzminister Waigel und Wirt-

Der 2+4-Vertrag

Die wichtigsten Vertragsinhalte



Das vereinte Deutschland umfasst die Bundesrepublik, die DDR und ganz Berlin

Die bestehenden Grenzen sind endgültig. Keine Gebietsansprüche Deutschlands gegen andere Staaten. Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze durch deutsch-polnischen Vertrag

Deutschland bekräftigt sein Bekenntnis zum Frieden und seinen Verzicht auf ABC-Waffen

Beschränkung der deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann

Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und Ost-Berlin bis Ende 1994

Danach dürfen NATO-angehörige deutsche Truppen, aber keine ausländischen Streitkräfte, keine Atomwaffen und keine Atomwaffenträger auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden.

Beendigung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes

Volle Souveränität des vereinten Deutschland

„Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12.9.1990



Wie im 2+4-Vertrag vereinbart, verlassen die Sowjettruppen die DDR: Abschiedsfeier in Altenradow, Sachsen-Anhalt, im April 1994, ...



... und die Abfahrt für den letzten Zug mit Soldaten der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte vom Bahnhof Berlin-Lichtenberg nach Moskau.

Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990

Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika – [...] IN WÜRDIGUNG DESSEN, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist, MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland zu vereinbaren, [...] – sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. [...]

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben. [...]

Artikel 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. [...]

Artikel 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 [...] vollzogen sein wird. [...]

Artikel 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind. [...]

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. [...]

Der Vertragstext ist online abrufbar unter <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/243466/2851e102b97772a5772e9fdb8a978663/vertragstextoriginal-data.pdf>



In Moskau unterzeichnen am 12. September 1990 die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des 2. Weltkriegs den 2+4-Vertrag.

schaftsminister Haussmann übereingekommen war, auch in diesem Falle Entgegenkommen zu zeigen, bot Gorbatschow in einem Telefongespräch am 7. September einen Betrag von acht Milliarden DM an. Doch Gorbatschow schilderte seine Situation als sehr alarmierend und beharrte auf einer weit höheren Summe. Er habe „viele Kämpfe mit der Regierung, mit den Militär- und Finanzfachleuten ausgefochten“ und hoffe, dass man sich auf 15 bis 16 Milliarden einigen könne. Wenn dieses Ziel nicht zu erreichen sei, müsse „praktisch alles noch einmal von Anfang an erörtert werden“. Als der Kanzler danach zwölf Milliarden DM sowie einen zinslosen Kredit in Höhe von drei Milliarden DM anbot, war Gorbatschow offensichtlich erleichtert: So könne das Problem gelöst werden. Einige Stunden später rief Kwisinskij aus Moskau im Kanzleramt an und teilte der Bundesregierung mit, dass der Generalsekretär die Weisung erteilt habe, den Überleitungsvertrag mit der Bundesrepublik nunmehr abzuschließen.

Volle Souveränität

Zwei Tage darauf, am 12. September, endeten auch die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister mit einem Treffen in Moskau und der Unterzeichnung des „Vertrages über die

abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Der Vertrag regelte in zehn Artikeln die außenpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung und kam damit einem Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gleich, auch wenn der Begriff selbst vermieden wurde. Das Ergebnis war die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Wiedererlangung der „vollen Souveränität Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“.

Da der Vertrag erst nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- bzw. Annahmeerkunde in Kraft trat (als letzte Vertragspartei ratifizierte die UdSSR den Vertrag am 3. März 1991), wurden die Vorbehaltsrechte der Alliierten durch Erklärung der Außenminister der Vier Mächte bei ihrem Treffen in Moskau am 12. September 1990 vom Tag der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrages ausgesetzt. Deutschland wurde daher schon am 3. Oktober 1990 ein souveräner Staat ohne Einschränkungen, nachdem am Vortag auch die Alliierte Kommandantur in Berlin ihre Arbeit beendet hatte und alle auf Besatzungsrecht beruhenden innerdeutschen Bestimmungen – etwa die Bindung des Flugverkehrs nach Berlin an Luftkorridore – entfallen waren.

Rechtlich betrachtet bedeutete die Wiedergewinnung der vollen Souveränität für Deutschland, dass es keines besonderen Friedensvertrages mehr bedurfte. Da bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen neben den beiden deutschen Staaten nur die vier Großmächte teilgenommen hatten, nicht jedoch die vielen anderen Staaten, die sich ebenfalls mit dem nationalsozialistischen Deutschland im Kriegszustand befunden hatten und deshalb auch zu Friedensverhandlungen hätten hinzugezogen werden müssen, wurde für einen gewissen Ausgleich gesorgt, indem die 35 Mitgliedstaaten der KSZE – wie von Bundesaußenminister Genscher vorgeschlagen – von den Vereinbarungen am 2. Oktober 1990 offiziell in Kenntnis gesetzt wurden. Die deutsche Einigung, die sich am 3. Oktober durch den Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vollzog, kam daher nicht nur mit dem verbrieften Einverständnis der Vier Mächte, sondern auch mit Zustimmung aller in der KSZE vertretenen Staaten zustande. Die außenpolitische Isolierung, in die das Deutsche Reich nach 1871 geraten war, wurde damit diesmal von vornherein vermieden.



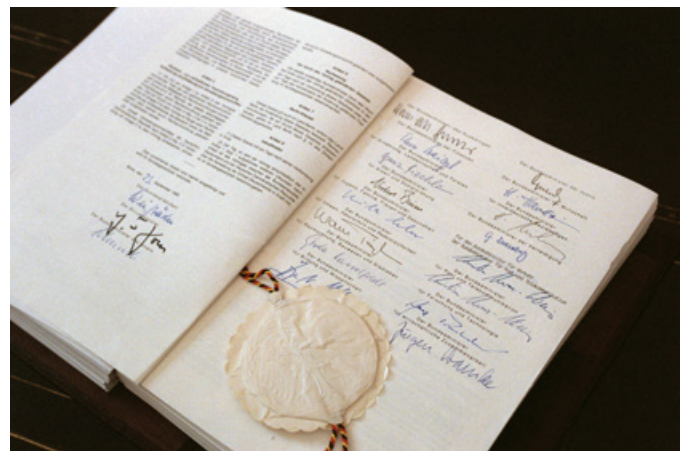
Rund eine Million Menschen feiern in der Nacht zum 3. Oktober 1990 in Berlin wie hier vor dem Reichstagsgebäude die wiedergewonnene deutsche Einheit. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind Ost und West ab dem 3. Oktober 1990 wieder in einem souveränen Staat vereint.

Gestaltung der Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellt die Politik vor große Herausforderungen. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und ungeklärte Eigentumsfragen sind nur zwei der Probleme, die gelöst werden müssen.

Parallel zu den Verhandlungen mit den Vier Mächten über die außenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung wurden zwischen den beiden deutschen Staaten die Probleme der inneren Einigung besprochen. Vordringlich war dabei die Klärung der Bedingungen für die Wirtschafts- und Währungsunion, die – nicht zuletzt auf Drängen der DDR-Führung – Anfang Februar von der Bundesregierung angekündigt worden war und zum 1. Juli 1990 in Kraft treten sollte, um den Ostdeutschen wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten, die Übersiedlungswelle zu stoppen und damit die Lage zu stabilisieren.

Darüber hinaus mussten jedoch auch frühzeitig Überlegungen angestellt werden, wie die staatliche Ordnung nach der Wiedervereinigung aussehen sollte. Unklar waren schon die rechtlichen Voraussetzungen, unter denen die Wiedervereinigung erfolgen sollte: ob als Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes oder auf der Grundlage einer neu ausarbeitenden gesamtdeutschen Verfassung. Darüber hinaus



Das Einigungsvertragsgesetz mit der Unterschrift von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 24. September 1990

Der Einigungsvertrag

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

18.03.1990

Freie Wahl der Volkskammer in der DDR

01.07.1990

deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

06.07.1990

Beginn der Verhandlungen über den Einigungsvertrag

31.08.1990

Unterzeichnung des Einigungsvertrags

12.09.1990

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags mit den vier Siegermächten

03.10.1990

Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Einheit

Bestimmungen des Vertrags (in Auswahl):

- Beitrittsverfahren (nach Art. 23 GG)
- Berlin als Hauptstadt
- Grundgesetzänderungen: neue Präambel, Aufhebung des Art. 23, Neufassung des Art. 146
- Finanzverfassung
- Überleitung von Bundesrecht; Fortgeltung von Recht der DDR (detailliert geregelt in Anlagen I + II zum Einigungsvertrag)
- Gültigkeit bestehender Verträge und Verpflichtungen beider Staaten
- Angleichung in Rechtswesen + Verwaltung
- Öffentliches Vermögen und Schulden; Treuhandanstalt
- Überleitung des Sozialrechts; Gesetzgebungsaufträge zum Arbeitsvertrags- und Familienrecht, zum Abtreibungsrecht
- Kultur, Bildung, Wissenschaft, Rundfunk, Sport; Anerkennung von Abschlüssen
- Regelung von Vermögensfragen: Vorrang für Investitionen vor Rückübertragung von Grundstücken und Gebäuden

Der Vertrag

Präambel

+ neun Kapitel mit 45 Artikeln

Anlage I:

Übergangsregelungen zur Überleitung von Bundesrecht

Anlage II:

Fortbestehendes Recht der DDR

Anlage III:

Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen

Währungsumstellung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigen in Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgabe der beiden deutschen Staaten und auf dem Weg zur deutschen Einheit, einen Staatsvertrag zur Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu schließen. Dieser Vertrag soll am 1. Juli 1990 in Kraft treten. [...]

Teil dieses Vertrages ist die Umstellung der Mark der DDR auf D-Mark. [...]

1. Es ist vorgesehen, die Währungsumstellung nach Inkrafttreten des Staatsvertrages zum 2. Juli 1990 vorzunehmen.
2. Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und Renten sowie andere wiederkehrende Versorgungszahlungen (zum Beispiel Unterhaltszahlungen) werden im Verhältnis 1:1 umgestellt. Bei Löhnen und Gehältern werden die Bruttobeträge vom 1. Mai 1990 zugrunde gelegt.
3. Das Rentensystem in der DDR wird dem Rentensystem in der Bundesrepublik Deutschland angepasst. Das bedeutet, dass die meisten Renten in D-Mark höher liegen werden als heute in Mark der DDR. Sofern sich in Einzelfällen ein niedrigerer Betrag gegenüber der bisherigen Rente in Mark der DDR ergibt, wird sichergestellt, dass der bisherige Rentenbetrag in D-Mark gezahlt wird.

4. Durch in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffende rechtliche Regelungen werden sich insbesondere für Bezieher niedriger Renten und für Studenten ergebende soziale Härten ausgeglichen. [...]
5. Sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgestellt.
6. Personen mit ständigem Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik können im Verhältnis 1:1 folgende Beträge pro Kopf (Bargeld und Bankguthaben) tauschen:
 - Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr: 2000 Mark
 - Personen im Alter von 15 bis zum vollendeten 59. Lebensjahr: 4000 Mark
 - Personen ab dem 60. Lebensjahr: 6000 Mark. Darüber hinausgehende Beträge werden 2:1 umgestellt. [...]
7. Guthaben von natürlichen oder juristischen Personen oder Stellen, deren ständiger Wohnsitz oder Sitz sich außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik befindet, werden 3:1 umgestellt, soweit die Guthaben nach dem 31. Dezember 1989 entstanden sind. [...]

Erklärung von Bundesminister Rudolf Seiters, Chef des Bundeskanzleramtes, vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 2. Mai 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Mai 1990

war eine Fülle von Einzelfragen zu klären. Sie betrafen unter anderem die gesetzgebenden Körperschaften, den Aufbau der öffentlichen Verwaltung, Überleitungsbestimmungen im Bereich der Justiz, die Finanzverwaltung, die Ordnung der Wirtschaft, den Bereich Verkehr, Post und Telekommunikation, das gesamte soziale Netz sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur – um nur diese Beispiele zu nennen. Nirgends ließ sich das System der Bundesrepublik einfach auf die Gebiete der bisherigen DDR übertragen. Es bedurfte vielmehr detaillierter Anpassungsregelungen, die vor der Vereinigung in einem „Vertrag zur deutschen Einheit“ festzulegen waren.

Die vertraglichen Grundlagen der Wiedervereinigung umfassten deshalb neben dem in Moskau unterzeichneten „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 den „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 18. Mai 1990 sowie den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990.

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten, die im Februar 1990 begannen und nach dem Sieg der Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen vom 18. März auf Drängen Kohls beschleunigt wurden, sollten zu einer raschen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Ostdeutschland führen und den komplizierten Einigungsprozess möglichst ge-

ordnet ablaufen lassen. Die Hoffnung, dass der Wiederaufbau der ostdeutschen Wirtschaft in relativ kurzer Zeit bewerkstelligt werden könne, basierte dabei auf der Annahme, dass die Bundesrepublik über genügend finanzielle Reserven verfügte, um beispielsweise für die Anpassung der Renten, die Modernisierung der Infrastruktur und die Beseitigung der Umweltschäden sorgen zu können. Darüber hinaus sah sich Bundeskanzler Kohl in seiner Zuversicht auf einen schnellen Erfolg der Wiedervereinigung durch großzügige Versprechungen der deutschen Privatwirtschaft gestärkt, in der bisherigen DDR zu investieren. Entsprechende Ankündigungen gab es vor allem aus der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, dem Großhandel und dem Dienstleistungssektor.

Mit Blick auf die Währungsunion warnte die Bundesbank jedoch vor den Folgen einer allzu hohen Bewertung der ostdeutschen Währung. Die von Kohl am Vorabend der Volkskammerwahl vorgeschlagene Lösung, die ostdeutsche Mark bis zu einer bestimmten Obergrenze zum Kurs von 1:1 umzutauschen, würde zusätzliche 118 Milliarden DM Bargeld in den Geldkreislauf einspeisen und die nominale Kaufkraft der westdeutschen 2,3-Billionen-DM-Wirtschaft für Güter und Dienstleistungen um weitere 236 bis 240 Milliarden DM erhöhen. Nach Meinung der Bundesbank konnte dies die Geldwertstabilität gefährden. Man verständigte sich deshalb am 2. Mai auf ein gemischtes Paket: Alle Löhne und Gehälter sowie Renten, Pensionen, Stipendien und bestimmte Sozialleistungen sollten zum Kurs 1:1 umgestellt werden. Die Renten im Osten würden an das Niveau der Bundesrepublik angeglichen. Bei Bargeld und Sparkonten sollten Kinder bis zu 14 Jahren 2000 DDR-Mark zum 1:1-Kurs umtauschen können, Personen zwischen 15 und 59 bis 4000 Mark und Personen über 60 bis 6000 Mark. Beträge oberhalb dieser Grenzen würden zum Kurs 2:1 gewechselt werden.

Deutsch-deutscher Staatsvertrag

1. Juli 1990

Wirtschaftsunion	Währungsunion	Sozialunion
Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR → Privateigentum → Freier Wettbewerb → Freie Preisbildung → Freizügigkeit für Menschen, Güter, Kapital Übernahme von Regelungen des westdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsrechts Umgestaltung des öffentlichen Finanzwesens in der DDR · Finanzweisungen der Bundesrepublik zum Ausgleich des DDR-Haushalts	Bundesrepublik und DDR bilden ein einheitliches Währungsgebiet DM als gemeinsame Währung · Bundesbank ist alleinige Währungs- und Notenbank Währungsumstellung Mark der DDR in DM: je Einwohner (abhängig vom Alter) 2000, 4000 oder 6000 Mark im Verhältnis 1:1 Umwandlung sonstiger Guthaben und Schulden im Verhältnis 2:1 Fortzahlung von Löhnen, Renten, Mieten usw. 1:1	Einführung einer gegliederten Sozialversicherung (mit Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) in der DDR Anschubfinanzierung für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung der DDR durch die Bundesrepublik Anpassung an das westdeutsche Arbeitsrecht (mit Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Mitbestimmung, Kündigungsschutz)

© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 58290

Weitere wichtige Punkte, über die in den Verhandlungen beraten wurde, waren der Finanzausgleich zwischen den „alten“ und „neuen“ Bundesländern, Einzelheiten der Sozialunion und – vor allem – die Frage von Eigentumsrechten und Landbesitz. Da der Vertragsentwurf bereits am 18. Mai vom Bundeskabinett verabschiedet und am 22. Mai in erster Lesung vom Bundestag behandelt werden sollte, war die Zeit für weitere Beratungen allerdings knapp. Tatsächlich wurden die Verhandlungen abgeschlossen, ohne dass zwei der heikelsten Fragen entschieden worden waren: die Regelung der Ansprüche früherer Eigentümer in Ostdeutschland und die Reprivatisierung verstaatlichten Besitzes einschließlich Ländereien und landwirtschaftlicher Betriebe. Beide Problembereiche konnten erst während der Verhandlungen über den Einigungsvertrag geklärt werden.

Erreicht wurde jedoch eine Einigung hinsichtlich der finanziellen Unterstützung für Ostdeutschland. So kamen die Bundesregierung und die elf westdeutschen Länder am 16. Mai überein, einen „Fonds Deutsche Einheit“ zu schaffen, aus dem bis Ende 1994 insgesamt 155 Milliarden DM als Wiederaufbauhilfe für Ostdeutschland bereitgestellt werden sollten. Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten konnte daraufhin nach abschließenden Gesprächen zwischen Bundesfinanzminister Theo Waigel und DDR-Finanzminister Walter Romberg am 18. Mai in Bonn unterzeichnet werden.

Vertragsinhalte

Kernstücke des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und die Umstellung der DDR-Währung auf DM zum 1. Juli 1990. In der Präambel erklärten die Bundesrepublik und die DDR, „die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und sozialer Absicherung und Verantwortung gegenüber der Umwelt auch in der Deutschen Demokratischen Republik einzuführen und hierdurch die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Bevölkerung stetig zu verbessern“.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft sollte also künftig durch Privateigentum, freie Preisbildung und die Abschaffung staatlicher Monopole gekennzeichnet sein. Staatliche Subventionen sollten so weit wie möglich abgebaut werden, um mit den dadurch eingesparten Beträgen die ökonomische Umstrukturierung zu finanzieren. Die DDR würde außerdem das westdeutsche Sozialsystem übernehmen, während die Bundesrepublik umgekehrt für eine Übergangszeit den defizitären Staatshaushalt der DDR ausgleichen und die Kosten für die Finanzierung der ostdeutschen Sozialausgaben tragen würde. Damit verlor die DDR mit Inkrafttreten des Vertrages ihre Souveränität in Finanzangelegenheiten und übertrug die Verantwortung dafür der Bundesregierung bzw. der Bundesbank in Frankfurt am Main.

Die Auswirkungen des Vertrages wurden jedoch von Anfang an als zwiespältig betrachtet. Einerseits waren die darin enthaltenen Regelungen ein unvermeidliches Element der deutschen Einigung. Alternativen gab es nicht oder waren unrealistisch – wie etwa ein Fortbestehen der ostdeutschen Währung in einem wirtschaftlichen Sondergebiet auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Andererseits sagten Ökonomen angesichts der „Schocktherapie“, der die ostdeutsche Wirtschaft mit der Wiedervereinigung ausgesetzt wurde, den Zusammenbruch vieler ineffizienter Unternehmen voraus, die dem freien Wettbewerb nicht gewachsen sein würden.

Wirtschaftlicher Niedergang

Tatsächlich wurden die Schwächen der DDR-Ökonomie sofort sichtbar, als die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nach dem 1. Juli 1990 Gestalt annahm. Nahezu alle Staatsbetriebe der DDR hatten mit großen Verlusten operiert, die allein 1989 staatliche Subventionen in Höhe von mehr als 120 Milliarden DDR-Mark erforderlich gemacht hatten. Der Maschinenpark war völlig veraltet und vielfach kaum noch funktionsfähig, die Infrastruktur war desolat. So waren 1989 etwa 29 Prozent der Industrieausrüstungen in der DDR zwischen elf und 20 Jahre alt, 21 Prozent sogar mehr als 20 Jahre. Ein Grund dafür waren mangelnde Investitionen in den 1970er- und 1980er-Jahren, da das Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“



Viele Betriebe der DDR geraten nach der Wiedervereinigung in Schieflage. Die Buna-Werke in Schkopau, Sachsen-Anhalt, werden vom US-Unternehmen Dow Chemical aufgekauft.

unter SED-Generalsekretär Erich Honecker mit Vollbeschäftigung, freier medizinischer Versorgung und Niedrigmieten sowie staatlich festgesetzten Niedrigpreisen für elementare Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs, die als Gütezeichen der DDR gegolten hatten, die schwache Produktivität des Landes überfordert und zu hohen Auslandsschulden geführt hatte. Honeckers Nachfolger Egon Krenz hatte darauf in einer ungeschönten Bilanz der ökonomischen Lage seines Landes bereits im Herbst 1989 hingewiesen. Sein internes Dokument war den mit der Vereinigung befassten Politikern 1990 allerdings noch nicht bekannt. Dies erklärt zumindest teilweise die Illusionen, die Bonn und Ost-Berlin sich zunächst noch machten. Nach dem 1. Juli 1990 war die Tatsache jedoch nicht mehr zu verbergen, dass DDR-Unternehmen im Durchschnitt nur etwa ein Drittel der Produktivität ihrer westlichen Konkurrenten aufwiesen und kaum weltmarktfähige Güter produzierten, dafür aber enorme Umweltschäden verursacht und gewaltige Schuldenberge aufgehäuft hatten. Vielmehr führte die Öffnung der DDR-Wirtschaft zum Weltmarkt binnen kurzer Zeit zu ihrem völligen Zusammenbruch, zumal auch die Ostmärkte in dieser Zeit allgemeinen Wandels kollabierten. Die Talfahrt war bereits Ende 1989 deutlich zu spüren und entwickelte sich nach der Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion zum freien Fall. Bis Ende 1990 sank das Brutto-sozialprodukt um nicht weniger als 18,5 Prozent.

Treuhandanstalt

Um die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an die neuen politischen und ökonomischen Bedingungen vorzunehmen, wurde am 1. März 1990 – noch unter Ministerpräsident Hans Modrow – die „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des volkseigentums“ gegründet. Sie sollte dazu dienen, das Volkseigentum im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten, die volkseigenen Kombinate, Betriebe und Einrichtungen zu entflechten und ihre Nachfolgeunternehmen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Die Anstalt sah ihre Rolle demnach zunächst als Sanierungsinstrument der staatlichen Industriepolitik in einer quasi-sozialistischen Gesellschaft. Erst nach

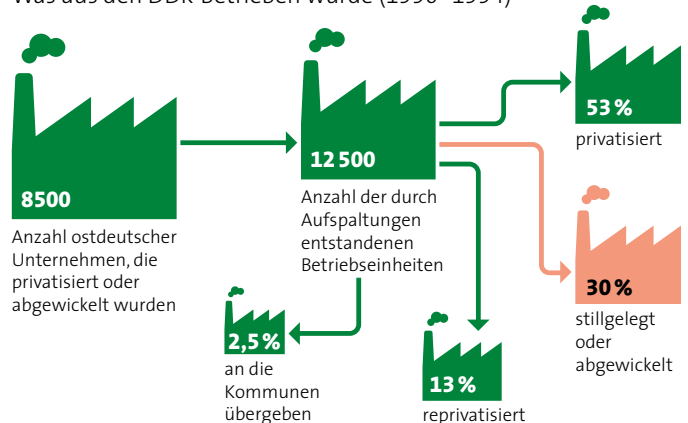
der Volkskammerwahl vom 18. März erhielt die Privatisierung höhere Priorität. Die Neuausrichtung kam auch in einem neuen Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhands-Gesetz) zum Ausdruck, das von der DDR-Volkskammer am 17. Juni 1990 beschlossen wurde und zusammen mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft trat.

Die Anstalt, die mit der Wiedervereinigung schließlich in eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums umgewandelt wurde, wuchs nach dem 1. Juli 1990 rasch zu einer Großorganisation mit 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an, die teils in der Berliner Zentrale, teils in einem der 15 Regionalbüros tätig waren. Ihre Aufgabe war es, den umfangreichen staatlichen Grundbesitz, der mehr als die Hälfte der DDR umfasste, und die darauf befindlichen Liegenschaften sowie die Volkseigenen Betriebe der DDR zu privatisieren. Zum Zeitpunkt der Gründung der Treuhand handelte es sich dabei zunächst um 7894 Volkseigene Betriebe in rund 45 000 Betriebsstätten mit vier Millionen Beschäftigten; am Ende waren es etwa 14 600 Gesellschaften, die sich im Gesamtportfolio der Treuhand befanden.

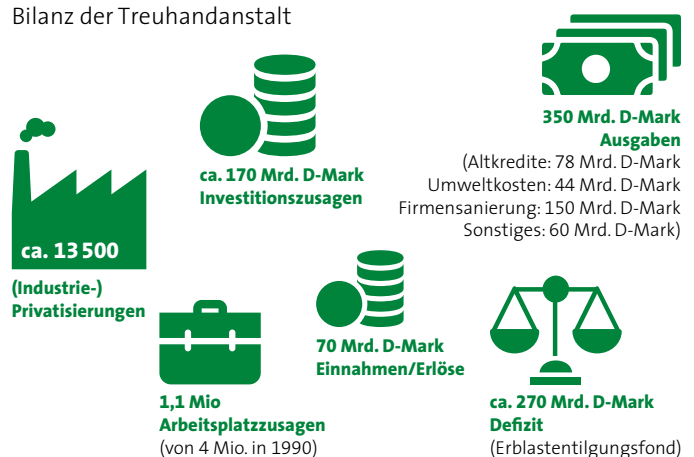
Das Ziel des Umbaus der DDR-Volkswirtschaft wurde in weniger als vier Jahren erreicht – allerdings zu einem hohen Preis. Denn für jede DM, die von privater Seite für den Kauf eines ostdeutschen Unternehmens aufgewandt wurde, mussten drei DM von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden,

Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau

Was aus den DDR-Betrieben wurde (1990–1994)



Bilanz der Treuhandanstalt



Beide Grafiken aus Marcus Böick (2020): Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier „Lange Wege der deutschen Einheit“, <https://bpb.de/315873>, veröffentlicht unter der Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0 DE.

Dilettanten am Werk?

[...] Die Treuhand existierte gerade einmal vier Jahre lang, von 1990 bis 1994. Sie war dem Bundesfinanzministerium unterstellt und hatte eine Aufgabe, die schon damals als historisch einmalig galt: eine ganze Volkswirtschaft zu privatisieren. Alle staatlichen Unternehmen der DDR sollte sie verkaufen. Es ging um 8500 volkseigene Betriebe (VEB) mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten. Als zwischenzeitliche Verwaltung all dieser Firmen war die Treuhand 1990 die größte Holding der Welt.

Doch statt privatisiert wurde häufig liquidiert. Vorgeworfen wurde der Treuhand deshalb, den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft nicht verhindert zu haben. Und noch mehr als das: Unterstellt wurde ihr auch, fälschgespielt zu haben. Betriebe entweder mutwillig plattgemacht oder billig verkauft zu haben, alles im Sinne westdeutscher Kapitalisten. Als „Kolonialbehörde“ wurde die Treuhand deswegen bezeichnet, als „Schlachthaus“, als „Fortsetzung des Kalten Kriegs mit anderen Mitteln“.

Es gab unzählige Zeitungsartikel über sie, es wurden Bücher und Studien geschrieben. Worauf Historiker aber lange keinen Zugriff hatten: die Akten der Treuhand. [...] Jene Unterlagen, die verraten, was in Vorstandssitzungen besprochen, was in Kaufverträgen festgehalten wurde. Denn solche Schriftstücke liegen in Deutschland 30 Jahre unter Verschluss.

[...] [D]er ostdeutsche Bürgerrechtler Richard Schröder hat sich dafür eingesetzt, dass [...] ein Forscherteam sich damit beschäftigt, dass es Mythen hinterfragen und Vorurteilen Fakten entgegenstellen kann. Dierk Hoffmann [...] ist Leiter dieses elfköpfigen Teams am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin. [...]

Selbstverständlich werde die Treuhand daran gemessen, wie viele Arbeitsplätze sie habe erhalten können, sagt Hoffmann. „Wenn man das zum Maßstab macht, ist die Bilanz niederschmetternd.“ Von vier Millionen Industriearbeitsplätzen gingen zweieinhalb Millionen verloren. [...]

Dass es der Volkswirtschaft der DDR schlecht ging, sei selbst den Funktionären der SED im Herbst 1989 klar gewesen. Schon damals stellten sie fest, dass die Zahlungsunfähigkeit des Staates drohte. Auch eine Untersuchung im Frühjahr 1990 ergab, dass von 2600 untersuchten Betrieben 39 Prozent der Konkurs drohe. Vermutlich hätte auch die effizienteste Behörde aller Zeiten Schwierigkeiten gehabt, all das zu managen. Aber von einer effizienten Behörde war die Treuhand weit entfernt.

„Die Treuhand war heillos überfordert“, sagt Dierk Hoffmann. [...] Ziel der Behörde sei es gewesen, viele Unternehmen möglichst schnell zu verkaufen. Dafür hätte sie eine Bestandsaufnahme machen müssen [...]. Denn längst nicht alle Betriebe der DDR waren überlebensfähig. Und die allermeisten brauchten Investitionen und eine Sanierung. Produktiv nach den Maßstäben der freien Marktwirtschaft waren sie nicht.

Tatsächlich [...] hatte die Behörde aber „keinen Überblick darüber, welche Betriebe unter Zugrundelegung von Marktkriterien sanierungsfähig waren und welche nicht“. Auch fehlte ihr anfangs das Personal, um solche Informationen überhaupt einzuholen. Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass man der Treuhand nicht vorwerfen kann, dass sie derartige Probleme ignoriert habe. Immer wieder wurden interne Untersuchun-

gen beauftragt. Heraus kam zum Beispiel, dass fast 90 Prozent der Privatisierungen zu beanstanden seien.

Wie groß das Durcheinander bei dieser gigantischen Behörde war, beweist eine andere Zahl. 80 Prozent der bei der Treuhand eingehenden Überweisungen konnten keinem Kaufvertrag zugeordnet werden, das geht aus einem internen Revisionsbericht vom August 1991 hervor.

Die Treuhand wusste also nicht, welchem Verkauf sie das eingenommene Geld zuordnen musste. Ihrer Buchhaltung fehlten Informationen darüber, welcher Käufer ihr wie viel Deutsche Mark für welches Unternehmen schuldete. So sammelte sich eine Dreiviertelmilliarde Mark auf den Konten, der mühsam hinterherrecherchiert werden musste.

Und obwohl die Überforderung der Behörde so augenfällig war, überhäufte die Bundesregierung sie mit weiteren Aufgaben. Sie musste irgendwann auch Eigentumsfragen klären, sich um Umweltschäden kümmern, Agrarflächen verkaufen, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik machen und Immobilien veräußern. [...]

Fehler gab es einige. Und wer viele macht, macht sich verdächtig. So wurde der Treuhand bald vorgeworfen, dass sie mit ansehe, wie alte SED-Seilschaften in den Betrieben einfach fortexistierten. Oder gar, dass sie Betriebe unter der Hand verkauften. Die Forschungen der Berliner Wissenschaftler aber legen nahe, dass man der Behörde damit unrecht tat. Zwar habe es Fälle von Bestechlichkeit gegeben. Allerdings habe die Treuhand versucht, den Vorwürfen nachzugehen. Die meisten hätten sich nicht erhärtet. [...]

Dass die Behörde im Osten einen derart schlechten Ruf bekam, hat auch etwas damit zu tun, wie sie mit Ostdeutschen in den eigenen Reihen umging. Zwar kamen 70 Prozent der Mitarbeiter aus der DDR. In Führungspositionen schafften sie es aber so gut wie nie. Unter 49 Direktoren fanden sich im Dezember 1992 nur zwei aus dem Osten. Westdeutsche kaspierten – auf gleicher Hierarchieebene – auch deutlich höhere Gehälter. [...]

Verheerender noch als das interne Klima ist ein anderes Fazit der Forscher über die Arbeit der Treuhand. „Sie hat es verpasst, den Mittelstand ausreichend zu fördern“, sagt der Historiker Max Trecker, der zum Berliner Wissenschaftsteam gehört. Stattdessen habe sich die Behörde darauf konzentriert, große Kombinate zu veräußern. Dafür hätten ihre Mitarbeiter vorwiegend mit westdeutschen Konzernen verhandelt. Das sei keine bewusste Vorzugsbehandlung gewesen, so die Forscher. Der Grund dahinter war wesentlich simpler: Die Treuhand habe versucht, jedes Unternehmen zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen.

Deswegen hätten Ostdeutsche auch nur selten den Zuschlag bekommen. Diese hätten durch ihre Biografie im Sozialismus keine relevanten Ersparnisse gehabt und in der Regel keine Kredite von Banken bekommen, um eine Firmenübernahme zu stemmen.

Immer wieder seien auch sanierungsfähige mittelständische Firmen entweder liquidiert oder „an Investoren höchst zweifelhafter Seriosität im Eilverfahren veräußert wurden“, sagt Max Trecker. Dies sei jedoch nicht mit Absicht passiert, sondern eher aus Inkompetenz. [...]

Anne Hähnig, „Dilettanten am Werk“, in: Die ZEIT Nr. 15 vom 7. April 2022

um Altschulden abzutragen oder Umweltschäden zu beseitigen. Ohne diesen öffentlichen Beitrag hätte es kaum Interessenten für die meisten DDR-Unternehmen gegeben, da sich die Erwerbungen betriebswirtschaftlich nicht gerechnet hätten. Jeder Privatisierungserfolg vergrößerte daher das finanzielle Defizit der Treuhand. So standen den Erlösen aus Privatisierungen von rund 60 Milliarden DM bis Ende 1994 schließlich Ausgaben von weit über 300 Milliarden DM gegenüber. Statt mit einem erhofften hohen Überschuss schloss die Treuhand ihre Tätigkeit also mit einer Gesamtschuld von rund 270 Milliarden DM ab, die von den deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für die Abwicklung der DDR-Wirtschaft aufzubringen waren.

Transferzahlungen

Zudem blieben in den neuen Bundesländern die erhofften Steuereinnahmen zunächst weitgehend aus, weil sich die Privatwirtschaft entgegen früheren Versprechungen mit ihrem Engagement in Ostdeutschland anfänglich zurückhielt. Gründe dafür waren nicht nur schlechte Produktivitätsperspektiven, sondern auch die ungelöste Eigentumsproblematik, die dazu führten, dass innerhalb des ersten Jahres nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nicht einmal 13 Milliarden DM investiert wurden. Die alten Bundesländer mussten deshalb erheblich höhere Beiträge für die Beitrittsgebiete aufwenden als ursprünglich geplant.

So bedurfte es allein 1991 etwa 143 Milliarden DM Bruttotransferleistungen für Ostdeutschland, um Einkommen zu sichern, Unternehmen zu stützen und die Infrastruktur zu verbessern. 1992 waren es bereits 173 Milliarden, im Jahr 1995 rund 188 Milliarden. Der 1989/90 zu beobachtende Optimismus über einen raschen Aufschwung der ostdeutschen Wirtschaft erwies sich daher als verfehlt. Die zu überwindende Durststrecke bei der wirtschaftlichen Sanierung Ostdeutschlands dauerte erheblich länger als erwartet und führte auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 15 Prozent, wobei die Quote in manchen Regionen noch sehr viel höher lag. Daraus wuchs Enttäuschung – nicht zuletzt deshalb, weil 1990 im Wahlkampf zu viel versprochen worden war. Einer Meinungsumfrage des „Politbarometers“ der Forschungsgruppe Wahlen zufolge meinten bereits 1993 rund 75 Prozent der Ostdeutschen, dass sich die Gesellschaft in einer „schweren Krise“ befinde. Über 50 Prozent hielten die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern nicht nur für „schlecht“, sondern glaubten, sie werde auch „gleich schlecht“ bleiben.

Letzteres war jedoch nicht der Fall. Zwar belief sich die Gesamtsumme der Transferleistungen nach einer Berechnung des ifo-Instituts Dresden für den Zeitraum von 1991 bis 2013 auf 3,4 Billionen Euro, wobei ein Großteil der Zahlungen, etwa 2,2 Billionen Euro, in den Sozialbereich floss, etwa zur Finanzierung der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Diesen Leistungen standen nun aber auch 1,8 Billionen Steuer- und Beitragseinnahmen gegenüber, sodass der Nettotransfer nur noch 1,6 Billionen Euro betrug. 2019 sollten die Transfers sogar ganz aufhören. Sie sind allerdings auf einem Niveau von rund 14 Prozent der Wirtschaftsleistung im Umfang von etwa 60 Milliarden Euro jährlich weiterhin notwendig, weil die Eigentumsverhältnisse ungleich verteilt sind. So wird in Ostdeutschland inzwischen zwar viel und effektiv produziert. Aber die Unternehmen sind oft nur Filialbetriebe westdeutscher Unternehmen, an deren Konzernsitz der größte Teil des Steueraufkommens anfällt. Es wird daher nicht mehr von einer „Produktionslücke“ zwischen Ost und West gesprochen, sondern von einem „Transferkreislauf“, da ein großer Teil

der Mittel, die nach Ostdeutschland transferiert werden, aufgrund der Eigentumsstrukturen wieder nach Westdeutschland zurückfließt.

Grundgesetz oder neue Verfassung?

Neben der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zählte im Frühjahr 1990 die Frage der künftigen deutschen Verfassung zu den wichtigen internen Themen der Wiedervereinigungsdebatte. Rechtlich betrachtet gab es zwei Wege, auf denen sich die Wiedervereinigung vollziehen konnte: nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG), der besagte, dass die Verfassung außer in den bereits bestehenden Ländern der Bundesrepublik auch in „anderen Teilen Deutschlands [...] nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“ sei; oder nach Artikel 146 GG, demzufolge das Grundgesetz an dem Tage seine Gültigkeit verlieren würde, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Zwar befürwortete eine Minderheit die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gemäß Artikel 146, darunter vor allem die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR, die argumentierten, dass die alte Bundesrepublik nicht einfach die DDR „annektieren“ dürfe. Aber nach einer Umfrage des Wickert-Instituts, die am 26. Februar 1990 veröffentlicht wurde, traten 89,9 Prozent der Westdeutschen und 84,1 Prozent der Ostdeutschen für die Übernahme des Grundgesetzes als gesamtdeutsche Verfassung ein.

Nach der Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März war die Frage politisch entschieden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hielt bereits am 6. April eine erste Ressortbesprechung zur Vorbereitung eines „Gesetzes über die Einführung von Bundesrecht in der DDR (1. Überleitungsgesetz)“ ab. Am 18. April traf er dazu mit seinem ostdeutschen Amtskollegen Peter-Michael Diestel zu einer Unterredung zusammen, wobei es nur noch um praktische Fragen ging. Parallel dazu konferierten die Justizminister der beiden deutschen Staaten, Hans Engelhard und Kurt Wünsche, um Einzelheiten der Harmonisierung der beiden Rechtssysteme auszuarbeiten. Die wichtigsten Beschlüsse in der Beitritts- und Verfassungsfrage wurden jedoch von der DDR-Volkskammer getroffen. Dort lehnte eine Mehrheit der Abgeordneten am 26. April die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ab. Am 23. August 1990 votierte das ostdeutsche Parlament mit 294 zu 62 Stimmen für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23.



Am 23. August 1990 stimmt die Volkskammer der DDR mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, der am 3. Oktober 1990 erfolgt.

Im Grundgesetz machte der Beitritt der fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie des östlichen Teils Berlins einige Änderungen notwendig. So wurde der alte Artikel 23 durch den sogenannten Europa-Artikel ersetzt, in dem sich die Bundesrepublik nunmehr auch in ihrer Verfassung zur europäischen Integration und zur Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union bekennt. Artikel 146 wurde dahingehend geändert, dass zwar künftig die Ausarbeitung einer neuen Verfassung nicht ausgeschlossen sei, das Grundgesetz aber nicht mehr als vorläufig gelte.

Eigentumsfrage

Ein zentrales Problem der Einigungsdiskussion war die Eigentumsfrage. Hunderttausende von Deutschen in Ost und West, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone und danach in der DDR ihr Eigentum verloren hatten, waren davon betroffen. Enteignungen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Regierung der DDR sowie Eigentumsverluste durch Flucht und Vertreibung hatten zu Eingriffen in Grundbesitz, Betriebe und sonstiges Vermögen geführt, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar waren. Diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, war nicht nur ein wesentliches politisches Anliegen des Einigungsprozesses, sondern auch eine zwingende juristische Notwendigkeit, die sich aus der Rechtsordnung der Bundesrepublik ergab.

Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hatte die Eigentums- und Vermögensfragen noch weitgehend ausgeklammert. Bei den Beratungen zum Einigungsvertrag – dem schon genannten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ vom 31. August 1990 – kam man aber nicht mehr umhin, nach einer Lösung zu suchen. Mit dem „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“, das am 31. August, also am Tage der Unterzeichnung des Einigungsvertrages, ohne das übliche Gesetzgebungsverfahren

in der Volkskammer als Anlage II in den Vertrag aufgenommen wurde, hoffte man, die Probleme zu bewältigen.

Das Gesetz bestimmte, dass Eingriffe in das Eigentum von der Kapitulation bis zur Gründung der DDR, also für die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 7. Oktober 1949, nicht rückgängig gemacht werden sollten. Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die in dieser Zeit nach Besatzungsrecht erfolgt waren, insbesondere im Rahmen der sogenannten Bodenreform vom September 1945, behielten ihre Gültigkeit. Zu den Eigentumseingriffen in der Besatzungszeit wurde überdies am 23. September 1990 noch der Artikel 143 des Grundgesetzes neu gefasst, der Abweichungen vom Grundgesetz für eine Übergangszeit zuließ und die zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen auf dem Gebiet der SBZ bzw. DDR verfassungsrechtlich absicherte. Vermögen einschließlich Grundbesitz, das nach dem 7. Oktober 1949 enteignet bzw. unter staatliche Treuhandverwaltung der DDR gestellt worden war, sollte jedoch den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben grundsätzlich zurückgegeben werden. Von Ausnahmen abgesehen, galt das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“.

Zahlreiche Regelungen der Eigentumsfrage waren allerdings umstritten. So erwies sich das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ durch langwierige juristische Verfahren nicht nur als Hindernis für Investitionen, sondern bot auch Anlass für Missstimmung in Ostdeutschland. Menschen, die viele Jahre lang Nutzer des Besitzes gewesen waren, für den jetzt Rückübertragungsansprüche angemeldet wurden, sahen sich nun von Kündigung und Existenzverlust bedroht. Und die Hinnahme der „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage“ aus den Jahren 1945 bis 1949 wurde weithin als Eingriff in das nach Artikel 14 GG geschützte Grundrecht auf Eigentum angesehen, auch wenn das Bundesverfassungsgericht die Neufassung des Artikels 143 Absatz 3 am 23. April 1991 in einer Grundsatzentscheidung bestätigte und am 18. April 1996 in einem Beschluss seines Ersten Senats noch einmal erklärte, der „Restitutionsausschluss für die in den Jahren 1945 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage durchgeführten Enteignungen“ sei „von Verfassungswegen nicht zu beanstanden“.



Große Probleme bereitet die Eigentumsfrage: Durch die Regelung „Rückgabe vor Entschädigung“ sehen sich viele Ostdeutsche von Kündigung und Existenzverlust bedroht. Demonstration des Mietervereins in Ost-Berlin 1990

Soziales Netz

Unstrittig war im Einigungsvertrag hingegen die Ausdehnung des „sozialen Netzes“ der Bundesrepublik auf das Gebiet der ehemaligen DDR. So wurde in Kapitel VII des Vertrages festgelegt, dass die in der alten Bundesrepublik seit 1949 erlassenen Gesetze und Bestimmungen, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft den Sozialstaat verwirklichen sollten, ungeschmälert auf Ostdeutschland übertragen werden sollten. Praktisch waren für die neuen Länder keine Sonderregelungen vorgesehen. Von Anfang an sollte es hier eine uneingeschränkte Mitwirkung und Teilhabe an den sozialen Errungenschaften des westlichen Systems geben.

Dabei war man sich einerseits der Tatsache bewusst, dass der Zusammenbruch des SED-Regimes wesentlich durch die wirtschaftliche und soziale Attraktivität der alten Bundesrepublik beschleunigt, wenn nicht gar verursacht worden war, sodass die Bürgerinnen und Bürger der DDR mit der Wiedervereinigung große materielle Hoffnungen und Erwartungen verbanden, die nicht enttäuscht werden durften. Andererseits gab es auch kein ernstzunehmendes Argument, das es gerechtfertigt hätte, den Deutschen im Osten die Vorteile vorzuenthalten, die die Deutschen im Westen seit langem genossen.

Bei der neuen Sozialrechtsordnung ging es nicht nur um die Absicherung der Menschen gegen Gefahren, Unsicherheiten und Härten des privaten und beruflichen Lebens, sondern auch um Fragen der Mitbestimmung, des Tarifrechts und der Vermögensbildung. An die Stelle der Einheitssozialversicherung der ehemaligen DDR trat nun ein gegliedertes System mit getrennten Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherungen. Und als der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, wurden Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die den Menschen in den alten Bundesländern seit langem vertraut waren, auch in Ostdeutschland Begriffe, die für viele den Alltag prägten.

Trotz der Probleme, die mit dem tiefgreifenden sozialen Wandel nach der Wende von 1989 für die DDR und die ostdeutsche Gesellschaft verbunden waren, trug die Ausdehnung des sozialen Netzes der alten Bundesrepublik auf die neuen Länder somit wesentlich dazu bei, die negativen Auswirkungen des Umbruchs für die betroffenen Menschen in Grenzen zu halten. Der Abbau an gewohnter Sicherheit führte bei den Betroffenen dennoch nicht selten zu Existenzangst und -verlust, die rückblickend vielfach sogar eine Verklärung des Alltags in der DDR und eine Distanzierung von der Bundesrepublik nach sich zogen.



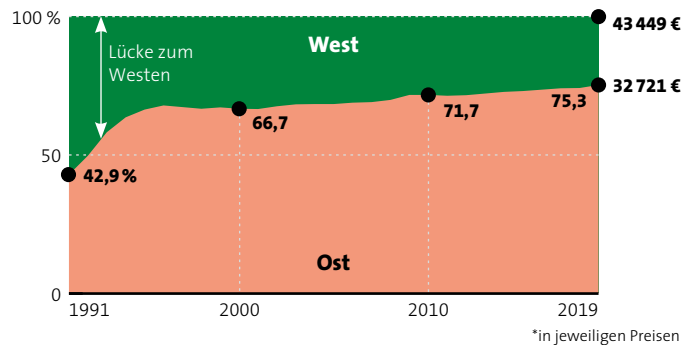
Viele DDR-Unternehmen können im Marktwettbewerb nicht mithalten, Tausende Arbeitsplätze gehen verloren. Protest und Besetzung der Treuhand in Suhl 1991

Deutsche Einheit

Die Lücke zwischen Ost und West

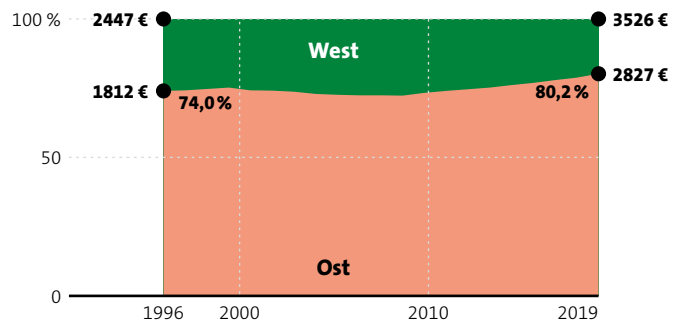
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in*

West = 100 Prozent, Anteil Ost (mit Berlin) an West, in Prozent



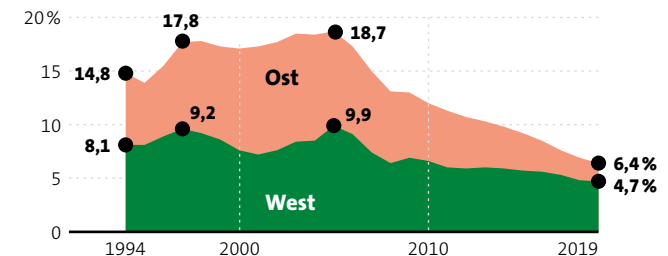
Mittlerer Monatsbruttoverdienst

West = 100 Prozent, Anteil Ost (mit Berlin) an West, in Prozent



Arbeitslosenquote

Jahresdurchschnitt, Anteil an allen zivilen Erwerbspersonen



© picture-alliance / dpa / dpa-infografik GmbH, Globus 14 157;

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wiedervereinigung der Kultur

Schließlich befasste sich der Einigungsvertrag auch mit der Wiedervereinigung der Kultur und wies in Artikel 35 darauf hin, dass Kunst und Kultur zwar „eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation“ gewesen seien, dass es aber „Auswirkungen der Teilung Deutschlands“ gebe, denen man entgegenwirken müsse. Tatsächlich hatten 40 Jahre deutscher Teilung zu einer kulturellen Differenzierung geführt, die in vielen Bereichen der Kunst, Literatur und Musik sowie in den Museen und Bibliotheken und nicht zuletzt in Bildung und Wissenschaft spürbar war.

In der alten Bundesrepublik war die Förderung der Kultur in erster Linie eine Angelegenheit der Länder und Kommunen; in der DDR war sie hochgradig zentralisiert gewesen. Laut Einigungsvertrag sollte das föderalistische Prinzip nun auf ganz Deutschland übertragen werden. Schutz und Förderung von Kunst und Kultur sollten „entsprechend der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes“ auch im „Beitrittsgebiet“ den



Um die kulturelle Wiedervereinigung zu unterstützen, fördert der Bund die Kultur, was eigentlich eine Länderaufgabe ist; Hauptsitz der Kulturstiftung des Bundes in Halle an der Saale 2018.

Ländern und Kommunen obliegen. Der Bund bekundete aber seine Bereitschaft, „übergangsweise zur Förderung der kulturellen Infrastruktur einzelne kulturelle Maßnahmen und Einrichtungen“ in den neuen Ländern mitzufinanzieren, damit die „kulturelle Substanz“ dort keinen Schaden nahm.

So wurde der seit 1949 bestehende DDR-Kulturfonds zur Förderung von Kultur, Kunst und Künstlern unter Beteiligung des Bundes in der 1990 gegründeten „Stiftung Kulturfonds der neuen Bundesländer“ weitergeführt. Als 1998 zunächst der Freistaat Sachsen und zum Jahresende 2004 auch Sachsen-Anhalt und Thüringen den dazu geschlossenen Staatsvertrag kündigten, ging die Stiftung jedoch in Liquidation. Ihre Aufgaben wurden nun von der Kulturstiftung des Bundes und der Kulturstiftung der Länder übernommen, die ähnliche Ziele verfolgen.

Von Bedeutung war ebenfalls die im Einigungsvertrag geregelte Wiedervereinigung von Sammlungen und Museen, etwa der ehemals staatlichen preußischen Sammlungen in Berlin, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse getrennt worden waren. Und im Bildungsbereich wurde die Anerkennung der in der früheren DDR erworbenen schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüsse und Befähigungsnachweise grundsätzlich geregelt. Probleme bereitete aber die Überleitung des Personals, das in der DDR häufig nicht nur nach fachlichen Kriterien, sondern auch unter politischen Gesichtspunkten ausgewählt worden war. Die „Evaluierung“ vorhandener Lehrkräfte musste deshalb durch einen Neuaufbau ergänzt werden. In der wissenschaftlichen Forschung, die in der DDR zu einem großen Teil nicht an den Universitäten und

Hochschulen, sondern in eigenständigen Akademien und Instituten stattgefunden hatte, wurde eine gemeinsame Struktur für ganz Deutschland geschaffen. Dabei blieben jedoch Einrichtungen der früheren DDR erhalten, wenn sie vom Wissenschaftsrat, dem zentralen Beratungsgremium der Bundesrepublik für die Förderung von Wissenschaft und Hochschulen, als leistungsfähig beurteilt wurden.

Das Problem der Identität

Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Einigungsvertrag stellten damit in vielen Bereichen wichtige Weichen für die Neuordnung des Gemeinwesens im wiedervereinigten Deutschland. Die praktischen Regelungen zur Finanzierung, institutionellen Ausgestaltung und politischen Verwaltung führten aber noch nicht zwangsläufig zu einer gemeinsamen Identität. Tatsächlich gingen die Auswirkungen der Maueröffnung und Wiedervereinigung, die 1989/90 zunächst als Selbstbefreiung, Öffnung und Chance zur demokratischen Erneuerung begriffen worden waren, in Ostdeutschland häufig mit einem „Kultur- und Konsumschock“ einher, der Unzufriedenheit hervorrief und in dem Maße, in dem sich der Alltag veränderte – oft auf dramatische Weise und in kürzester Zeit –, Sehnsucht nach Bewahrung des ostdeutschen Lebensgefühls weckte.

Der Schriftsteller Heiner Müller sprach in diesem Sinne von der „Qualität der Verlangsamung“, der Möglichkeit zur Konzentration, die in der Verwestlichung Ostdeutschlands abhandeln zu kommen drohe. Errungenschaften der westlichen Zivilisation, die während der Teilung den meisten Menschen in der

DDR so erstrebenswert erschienen waren, verloren plötzlich ihren Reiz. Zur Vielschichtigkeit gesamtdeutscher Identität, so hieß es nun, gehöre es, wenigstens die positiven Aspekte der DDR-Identität zu bewahren.

Wie verbreitet das Gefühl der Bedrohung der eigenen Identität in Ostdeutschland war, zeigten nicht nur Meinungsumfragen, sondern auch die Wahlerfolge der PDS. Die Wiedervereinigung gestaltete sich daher nicht nur als organisatorisch-administrativer Prozess. Sie bedurfte, um erfolgreich zu sein, auch der gesellschaftlichen Integration, die nur mit Geduld und in langen Fristen zu erreichen war.

Von der Bonner zur Berliner Republik

Zu den Folgen der Vereinigung gehörten jedoch nicht nur die Probleme, die sich im Zusammenhang mit der „Wende“ in der DDR stellten, sondern auch die Konsequenzen, die sich daraus für die alte Bundesrepublik ergaben. Denn die „Bonner Republik“, die seit 1949 mit großem Erfolg die Integration der Deutschen in Europa betrieben und sich dabei durch innere Stabilität, wirtschaftliche Prosperität und außenpolitische Berechenbarkeit ausgezeichnet hatte, wich nun der „Berliner Republik“, bei der zunächst unklar war, ob sie die in vier Jahrzehnten gewachsene und bewährte politische Kultur ihrer Vorgängerin würde erhalten können.

Tatsächlich gab es 1999, als Parlament und Regierung vom Rhein an die Spree umzogen, nicht wenige, die der alten Bun-

desrepublik nachtrauerten. Manche befürchteten sogar, der Umzug werde auch eine Akzentverlagerung der Politik mit sich bringen – weg von innerer und äußerer Verlässlichkeit, hin zu mehr Unsicherheit und Unberechenbarkeit.

Zwar trugen der Fortbestand der Verfassung, die Kontinuität der Wirtschaftsordnung, die Struktur der Eliten und die – in einem umfassenden Sinne verstandene – demokratische politische Kultur, die sich seit 1949 entwickelt hatte, dazu bei, die Stabilität der Bundesrepublik auch nach der Wiedervereinigung zu erhalten. Dennoch gab es Veränderungen: Das geeinte Deutschland rückte aus einer Randlage im Ost-West-Konflikt in das Zentrum des neuen Europas und wurde schon bald zur Übernahme von Verantwortung gedrängt. Die Starrheit und Stabilität des Ost-West-Konflikts wichen einer neuen Offenheit, in der sich Deutschland eigenständig orientieren und bewähren musste. Die Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West sowie die Globalisierung ließen die ökonomischen Unterschiede deutlicher hervortreten und führten zu Migration und sozialen Spannungen, die in diesem Ausmaß bisher unbekannt gewesen waren.

Und auch der politische Stil änderte sich – nicht zuletzt durch eine neue Kommunikationslandschaft, die mit der wachsenden Bedeutung privater Sender, digitaler Medien und sozialer Netzwerke zwar zu verbesserten Informationsmöglichkeiten, aber auch zu einem härteren Wettbewerb um Neuigkeiten führte und damit die politischen Akteure unter Druck setzte. Auch wenn sich die Berliner Republik nicht grundsätzlich von ihren Bonner Traditionen verabschiedete, wurde damit inhaltlich wie atmosphärisch Vieles anders.

Bonn-Berlin-Debatte: Am 20. Juni 1991 stimmen die Abgeordneten des Bundestags in Bonn mit 338 gegenüber 320 für den Umzug von Bundestag und Regierung nach Berlin.



Historische Debatte: Bonn oder Berlin

Bonn oder Berlin? Die Frage, wo der Sitz von Bundestag und Bundesregierung im wiedervereinigten Deutschland sein sollte, wurde in Politik und Öffentlichkeit äußerst kontrovers und leidenschaftlich diskutiert.

Die einen sahen in Bonn ein Symbol für den demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin erinnerte sie dagegen an die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte wie den Nationalsozialismus. Die Bonn-Befürworter warnten zudem vor immensen Umzugskosten.

Die anderen betrachteten es dagegen als Gebot der Glaubwürdigkeit und Beitrag zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands, Berlin zum Sitz von Regierung und Parlament zu machen.

Während der Verhandlungen um den Einigungsvertrag im Sommer 1990 war die umstrittene Frage bereits berührt, dann wohlweislich [...] ausgeklammert worden.

Für den Text des Einigungsvertrags einigte man sich nur auf die knappe Kompromissformel: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“ [...]

Um den Streit zumindest zeitlich zu begrenzen, beschloss das Präsidium des Bundestages am 27. Februar 1991, die „Hauptstadtfrage“ noch vor der Sommerpause zu klären. [...] Am 23. April, einigten sich dann die Repräsentanten aller Verfassungsorgane sowie die Fraktionsspitzen im Bundestag darauf, dass der Bundestag am 20. Juni 1991 über die Frage entscheiden sollte, der Bundesrat einen Tag später, am 21. Juni 1991.

Als Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süsmuth am Tag der Entscheidung um 10 Uhr die Plenarsitzung im bis auf den letzten Platz besetzten alten Bonner Wasserwerk eröffnete, war dies der Auftakt zu einer rund zwölfstündigen leidenschaftlichen Debatte, die von manchem Beobachter als eine „rhetorische Sternstunde“ bezeichnet wurde. Das Medieninteresse war groß. Immer wieder wurde live ins Parlament geschaltet.

Noch bis wenige Stunden vor Beginn der Debatte hatten etliche Politiker versucht, einen Kompromiss zu finden, auf den sich eine breite Mehrheit verständigen konnte. Doch ohne Erfolg. Es lief auf eine Konfrontation der beiden Lager hinaus – mit einem leichten Vorteil für Bonn: Bei einer Umfrage wenige Tage zuvor hatte sich eine knappe Mehrheit der 662 Bundestagsabgeordneten für Bonn ausgesprochen.

Zur Abstimmung standen insgesamt fünf Anträge: Der Antrag der Bonn-Befürworter [...] sah vor, Parlament und Regierung in Bonn zu belassen, während Bundespräsident und Bundesrat nach Berlin verlegt werden sollten.

Der kurz vor dem 21. Juni 1991 modifizierte Antrag der Berlin-Befürworter[...] forderte den Umzug von Regierung, Parlament, Bundesrat und Bundespräsident nach Berlin und im Gegenzug einen fairen Ausgleich für Bonn – so beispielsweise den Erhalt des größten Teils der Arbeitsplätze in Bonn sowie die Ansiedlung neuer Institutionen.

Dr. Heiner Geißler und Lothar de Maizière (beide CDU/CSU) formulierten in ihrem Antrag einen Kompromiss: nur Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident sollten nach Berlin verlegt werden, die Regierung sollte ihren Sitz in Bonn behalten.

Dagegen setzte sich wiederum Dr. Otto Schily (SPD) ein: Eine Trennung der Sitze von Bundestag und Bundesregierung lehnte ein von ihm eingebrachter Antrag strikt ab.

Dr. Gregor Gysi und die PDS/Linke Liste forderten schließlich in ihrem Antrag kompromisslos, Berlin zum Sitz von Bundes-

tag und Regierung zu machen und diesen Beschluss auch sofort umzusetzen.

Norbert Blüm war es dann, der die Debatte mit seiner Rede eröffnete: Der damalige Bundesarbeitsminister warb mit eindringlichen Worten für den bisherigen Sitz von Parlament und Regierung: „Lasst dem kleinen Bonn Parlament und Regierung.“

Bonn verlöre viel. Berlin hingegen gewänne mit Bundestag und Regierung viele Probleme, warnte Blüm: „Wohnungsprobleme, Raumordnungsprobleme, Infrastrukturprobleme.“

Wolfgang Thierse (SPD) warnte hingegen davor, Berlin zum „Ort der Repräsentation“ zu degradieren. Dies sei nicht nur eine „Beleidigung für die Berliner, sondern auch eine Erniedrigung der Bürger im Osten“, so der SPD-Vizevorsitzende mit Wahlkreis im Osten Berlins.

„Die Entscheidung für Berlin ist ein durch nichts – durch nichts! – zu ersetzender Schritt zur Verwirklichung der politischen, sozialen, menschlichen Einheit Deutschlands.“

Auch Gregor Gysi (PDS) plädierte für Berlin und führte dafür Gründe der „nationalen Glaubwürdigkeit und der internationalen Reputation“ an. 40 Jahre lang sei klar gewesen, dass Bonn nur die Funktion einer provisorischen Hauptstadt gehabt habe. [...]

Dieser Beschluss sei in der Folge immer wieder bekräftigt worden. Zudem gebe es neben Berlin in Deutschland keine andere Stadt, in der sich die Vereinigung so „unmittelbar“ vollziehe.

Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) warb wiederum für Bonn: Die Stadt repräsentiere besser als Berlin das föderalistische Prinzip der Bundesrepublik.

Eine „Rückkehr zum Hauptstadtgedanken des 19. Jahrhunderts“ passe nicht mehr in die Gegenwart, so der Liberale. Bonn sei als funktionierender Regierungs- und Parlamentssitz „ein Glücksfall“ – und ein Symbol für 40 Jahre „erfolgreiche Demokratie“.

Über zwei Stunden war bereits debattiert worden, als sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) vom Rednerpult aus an die Abgeordneten wandte: „Für mich ist es – bei allem Respekt – nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten, zwischen Bonn und Berlin. Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, Umzugs- oder Reisekosten, um Regionalpolitik oder Strukturpolitik. Das alles ist zwar wichtig, aber in Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands.“

Schäuble mahnte, um die Teilung Deutschlands zu überwinden, müsse man bereit sein zu teilen – auch die Veränderungen, die durch die deutsche Einheit entstanden seien. Deshalb könne in Bonn nicht alles so bleiben, wie es war.

Diese Rede wurde von vielen Beobachtern als der Wendepunkt der Debatte gesehen. Die Stimmung bei so manchem Unentschlossenen kippte. Dennoch: Das Ergebnis der Schlussabstimmung [...] war knapp.

Um 21.47 Uhr gab Bundestagspräsidentin Süsmuth bekannt, dass von 660 abgegebenen Stimmen 320 auf Bonn entfallen waren, 338 auf Berlin. Es gab eine Enthaltung und eine ungültige Stimme. Damit war die Frage des Sitzes von Regierung und Parlament zugunsten Berlins entschieden. [...]

Der Bundestag zog 1999 nach Berlin. Offizieller Arbeitsbeginn war der 1. September. Die erste Sitzung des Deutschen Bundestages nach dem Umzug in das umgebaute Reichstagsgebäude fand am 4. Oktober statt.

„Historische Debatten: Bonn oder Berlin“, Deutscher Bundestag, (sas/14.o8.2017), online: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/bonn-berlin-205422>



Am 19. April 1999 wird der umgebaute Reichstag an den Deutschen Bundestag übergeben (hier im Bild), die erste reguläre Bundestagssitzung findet am 4. Oktober 1999 statt.

Entwicklungen nach der Wiedervereinigung

Deutschland übernimmt im europäischen Mächtesystem Verantwortung bei der Lösung internationaler Konflikte. Innenpolitisch muss es sich wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen stellen.

Neue Außen- und Sicherheitspolitik

Besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik war die Zäsur bald unübersehbar. Der Zusammenbruch des Kommunismus, der Zerfall der Sowjetunion und die daraus erwachsende Unabhängigkeit zahlreicher Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas waren neben der deutschen Wiedervereinigung Prozesse von historischer Bedeutung, die Anfang der 1990er-Jahre eine weitgehende Neuordnung Europas erforderten. Die Regierung des geeinten Deutschlands setzte sich dabei nicht nur für die Fortsetzung des seit Konrad Adenauer betriebenen Einigungsprozesses Westeuropas ein, sondern unterstützte auch die Erweiterung der europäischen Integration nach Osten.

Deutschland, so Bundeskanzler Kohl am 2. Oktober 1990, habe als ein Land im Herzen Europas „alles Interesse daran, dass das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in Europa überwunden wird“. Deshalb gehörte die Bundesregierung in der Folgezeit zu den maßgeblichen Förderern einer Osterweiterung der EU, um den Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu unterstützen, die ökonomische Angleichung zu beschleunigen und Grundlagen für eine neue gesamteuropäische Architektur zu schaffen.

Neuordnung Europas

Einen wichtigen Schritt zur Neuordnung Europas stellte der Vertrag von Maastricht dar, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde und am 1. November 1993 in Kraft trat. Mit ihm wurde nicht nur stufenweise die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht, zu der ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt, der „Euro“ als gemeinsame Währung und die nach dem Modell der Deutschen Bundesbank konzipierte Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main gehörten, sondern auch die politische Union vorangetrieben. Der europäische Integrationsverbund erhielt den vielversprechenden neuen Namen „Europäische Union“ (EU) und kann seitdem als Völkerrechtssubjekt in eigenem Namen internationale Verträge und Abkommen schließen, diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten unterhalten und Mitglied in internationalen Organisationen werden.

Am 1. Januar 1999 wurde zudem der Euro in elf Mitgliedstaaten als gesetzliche Buchwährung eingeführt, am 1. Januar 2002 auch als Bargeld. Damit löste er die nationalen Währungen ab und gilt heute in 19 EU-Ländern als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Euphorie, die anfänglich mit der Einführung des Euro

Das neue Gesicht Europas

Folgen des Umbruchs 1989/91:



Lie. = Liechtenstein / Slo. = Slowenien / B.u.H. = Bosnien und Herzegowina / M. = Montenegro / Maz. = Mazedonien

© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 58 295

verbunden war, ist seit Beginn der „Eurokrise“ 2009 allerdings deutlich geschrumpft. Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung kam es nach dem Wegfall der Möglichkeit, die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften durch Änderungen der Wechselkurse zu steuern, in einzelnen Ländern immer wieder zu Haushaltsproblemen, die in mehreren Fällen dramatische Ausmaße annahmen. Verstöße gegen grundlegende Regeln des Maastricht-Vertrages – wie die Drei-Prozent-Grenze bei der jährlichen Neuverschuldung und die Maximalverschuldungsgrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – waren keine Ausnahme. Besonders schwerwiegend waren die Probleme im Falle Griechenlands. Aber auch andere Länder, vor allem im Süden Europas, waren nicht in der Lage, die Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu bewältigen und mussten Hilfen der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen.

Der 2011 als „Rettungsschirm“ der EU verabschiedete Europäische Stabilitätsmechanismus, der Europäische Fiskalpakt und die Europäische Bankenunion sowie die Steuerungsmechanismen der EZB führten zwar vorübergehend zu einer Beruhigung, konnten die Krise aber lediglich eindämmen und nicht lösen. Durch die Coronavirus-Pandemie, die ab 2020 auch in Europa ausbrach, wurden die Probleme noch einmal verschärft, sodass ein spezielles Ankaufprogramm für Staatsanleihen (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) in Höhe von 1850 Milliarden Euro aufgelegt werden musste, das zu knapp einem Viertel (24,6 Prozent) von Deutschland getragen wird. Die Länder mit der höchsten Verschuldung in Prozent des BIP sind weiterhin Griechenland sowie Italien, Portugal und Spanien, aber auch Frankreich und Belgien.

Auch der Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2007 von den Staats- und Regierungschefs der EU zur Vertiefung der europäischen Integration unterzeichnet wurde, geriet mit zunehmender Dauer der Wirtschafts- und Finanzprobleme immer mehr in die Kritik. Insbesondere Großbritannien zeigte sich nicht mehr gewillt, zugunsten eines als fragwürdig empfundenen Brüsseler Zentralismus auf nationale Souveränität zu verzichten. Am 23. Juni 2016 stimmten die britischen Wählerinnen und Wähler in einem Referendum mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der EU, der nach langwierigen Verhandlungen und mehrmaligen Verschiebungen am 31. Januar 2020 vollzogen wurde („Brexit“). Gründe für den Austritt waren neben dem generellen Einfluss der Europäischen Union auf die Politik des Vereinigten Königreichs und den gemeinsamen EU-Regelungen zu Handelsbeziehungen ebenfalls die Konflikte, die aufgrund der Zuwanderung nach Großbritannien – nicht zuletzt von Arbeitskräften aus osteuropäischen EU-Staaten – entstanden und durch die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 noch einmal eine Zuspitzung erfuhren. Auch die meist populistisch geführten Kampagnen – inklusive falscher Zahlen und Versprechungen – der Brexit-Befürworter leisteten ihren Beitrag zu dem Ergebnis. „Eurokrise“ und „Flüchtlingskrise“ förderten aber auch in anderen Staaten der Europäischen Union eine verbreitete Skepsis gegenüber Brüssel. Die Machthabenden einiger ostmitteleuropäischen Länder – wie Polen und Ungarn – nutzten die Krisen, um eine Abkehr von gemeinsamen EU-Werten und Normen einzuleiten und die Pressefreiheit und den Rechtsstaat nach und nach einzuschränken. Deutschland hingegen hielt trotz der Konflikte, die sich daraus für die Zusammenarbeit zwischen den 28 (nach dem Brexit 27) Staaten der Union ergaben, an seiner engagierten Europapolitik fest.

Militär- und Sicherheitspolitik

Weniger Bereitschaft, Verpflichtungen einzugehen, gab es dagegen nach 1990 in Deutschland in der Militär- und Sicherheitspolitik. Gründe waren zum einen die Rücksicht auf das historische Erbe und die mehrheitlich pazifistische Grundhaltung der Bevölkerung. Zum anderen setzte der Artikel 87a des Grundgesetzes, wonach deutsche Streitkräfte außer zur Verteidigung nur in bestimmten Fällen eingesetzt werden dürfen, dem Handeln der Bundesregierung enge Grenzen. Gegenüber den Bündnispartnern in der NATO konnte Deutschland nach der Wiedervereinigung die historisch verständliche Zurückhaltung jedoch immer weniger rechtfertigen und sah sich Mitte der 1990er-Jahre schließlich gezwungen, seine außen- und sicherheitspolitische Rolle und mögliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu überdenken. Als der UN-Sicherheitsrat während des Bürgerkrieges in Jugoslawien im März 1993 entschied, ein Flugverbot über Bosnien-Herzegowina durchzusetzen, und zu diesem Zweck

AWACS-Fernaufklärer der NATO anforderte, in denen auch deutsche Soldaten Dienst taten, ließ sich eine Klarstellung der deutschen Position nicht länger hinausschieben. Nachdem ein Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes im Bundestag gescheitert war, entschied das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994, dass die Bundesrepublik gemäß Artikel 24 Absatz 2 GG ermächtigt sei, sich in Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit wie der NATO einzuordnen. Allerdings müsse jeder bewaffnete Einsatz vom Bundestag beschlossen werden.



Mit der Einheit ändert sich auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik: ein deutscher Tornado 1999 beim NATO-Einsatz in Serbien, Schützenpanzer nahe Kundus in Afghanistan 2011, ein deutsches Marineschiff im Einsatz gegen Piraten vor Somalia 2009.



US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (l.) mit Bundesaußenminister Joschka Fischer auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2003: Deutschland verweigert die Teilnahme am Irakkrieg.

Damit war der Weg für Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich frei. Deutsche Streitkräfte konnten dadurch sowohl im Kosovo-Konflikt 1998/99 gegen Serbien als auch nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 im Kampf gegen die Taliban und das Al-Qaida-Netzwerk in Afghanistan eingesetzt werden. Die Beteiligung der Luftwaffe an Angriffen auf Serbien im Frühjahr 1999 stellte dabei den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt dar. Die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation *Enduring Freedom* in Afghanistan bedeutete ebenfalls ein Novum, da die NATO nach dem 11. September 2001 zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ausrief. Anschließend beteiligte sich die Bundeswehr in Afghanistan unter Führung der NATO auch an einer Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe (*International Security Assistance Force, ISAF*) auf der Grundlage eines UN-Mandats sowie an der NATO-Mission „Resolute Support“. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan endete nach fast 20 Jahren erst am 29. Juni 2021.

In zwei Fällen verweigerte die Bundesregierung ihren Bündnispartnern hingegen die Unterstützung und lehnte eine Beteiligung deutscher Soldaten ab: im Irak-Konflikt 2002, der 2003 unter Führung des US-Präsidenten George W. Bush zu einem Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein führte, und im Libyen-Konflikt 2011, in dem insbesondere Frankreich und Großbritannien den Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi betrieben. Im Fall des Irak lagen nach Meinung der Bundesregierung keine Beweise für den Besitz von Massenvernichtungswaffen und Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk vor. Im Fall Libyens bestanden zwar große Sympathien für den „Arabischen Frühling“, der in Tunesien und Ägypten bereits zu einem Regimewechsel geführt hatte. Aber eine militärische Einmischung in den libyschen Bürgerkrieg zur Unterstützung der Aufständischen gegen das Gaddafi-Regime lehnte die Bundesregierung ab. Diese Haltung, die vor allem im Irak-Konflikt zu einer ernsthaften Belastung für das deutsch-amerikanische und deutsch-britische Verhältnis führte, war ein Zeichen für die zunehmende außenpolitische Eigenständigkeit

Deutschlands nach der Wiedervereinigung. Dadurch wurden jedoch weder die NATO-Mitgliedschaft noch die Allianz mit den USA und Großbritannien infrage gestellt. Die Bundesregierung machte aber deutlich, dass sie sich inzwischen ein eigenes Urteil in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zutraute, selbst wenn dies Konflikte im Bündnis auslöste.

Eine ähnliche Eigenständigkeit bewies die Bundesrepublik auch im Ukraine-Konflikt 2013/14, der im Herbst und Winter auf dem Majdan in Kiew mit Massenprotesten gegen die Politik der damals noch russlandfreundlichen ukrainischen Regierung begann. Als der Konflikt eskalierte, vermittelte Frank-Walter Steinmeier in seiner damaligen Funktion als Bundesaußenminister gemeinsam mit seinen französischen und polnischen Amtskollegen am 21. Februar 2014 einen Vertrag, der zur Beilegung der Krise beitragen sollte. Er setzte diese Vermittlungsaktion auch dann noch fort, als sich der Konflikt in den ostukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk zu einem unerklärten Krieg zwischen von Russland unterstützten Separatisten und ukrainischen Truppen ausweitete und Russland im März 2014 die Halbinsel Krim militärisch besetzte und widerrechtlich annektierte, also in seinen Besitz brachte. Mit dem Protokoll von Minsk vom September 2014 und dem erneuerten Protokoll Minsk II vom 12. Februar 2015, das unter direkter Mitwirkung von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgehandelt wurde, bemühte sich Deutschland nicht nur um die Wiederherstellung des Friedens in der Region, sondern unternahm zugleich große Anstrengungen, mit Russland im Gespräch zu bleiben und durch intensive Handelsbeziehungen zu einer Mäßigung des russischen Verhaltens beizutragen.

Die Strategie, durch Schaffung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten die Stabilität der europäischen Ordnung zu sichern, erwies sich allerdings spätestens mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 als Illusion. Ob mit dem Beginn des Ukraine-Krieges eine „Zeitenwende“ eingeleitet wurde, wie Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar vor dem Bundestag erklärte, als er zugleich eine massive Aufrüstung der Bundeswehr ankündigte, bleibt abzuwarten. Die Bundesrepublik unterstützte die umfassenden westlichen Sanktionen gegen Russland und liefert auch Waffen an die Ukraine. Gleichzeitig bemühte sie sich – wie auch andere Partner – den Weg zu Verhandlungen offen zu halten.



Diplomatische Initiative: In Minsk suchen die Staats- und Regierungschefs von Belarus, Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine im Februar 2015 nach einer Lösung im Ukraine-Konflikt (v.l.n.r.).

Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022

[...] Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen [...]. Das ist menschenverachtend. Das ist völkerrechtswidrig. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. [...]

Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen.

Das setzt eigene Stärke voraus.

Ja, wir wollen und wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand sichern. [...]

Meine Damen und Herren, mit dem Überfall auf die Ukraine will Putin nicht nur ein unabhängiges Land von der Weltkarte tilgen. Er zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte. Er stellt sich auch ins Abseits der gesamten internationalen Staatengemeinschaft. [...]

Präsident Putin redet [...] stets von unteilbarer Sicherheit. Tatsächlich aber will er gerade den Kontinent mit Waffengewalt in altbekannte Einflussphären teilen. Das hat Folgen für die Sicherheit in Europa. Ja, dauerhaft ist Sicherheit in Europa nicht gegen Russland möglich. Auf absehbare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit. Das muss klar ausgesprochen werden.

Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlossen.

Fünf Handlungsaufträge liegen nun vor uns.

Erstens. Wir müssen die Ukraine in dieser verzweiferten Lage unterstützen. [...] In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte, die wir mit ihnen teilen. [...]

Meine Damen und Herren, unser zweiter Handlungsauftrag ist, Putin von seinem Kriegskurs abzubringen. Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine. Aber der Krieg wird sich auch als Katastrophe für Russland erweisen. [...]

Unsere Richtschnur bleibt die Frage: Was trifft die Verantwortlichen am härtesten? Die, um die es geht, und nicht das russische Volk! [...]

Die Differenzierung ist mir wichtig; denn die Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen nach dem Zweiten Weltkrieg ist und bleibt ein wichtiges Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte. [...]

Meine Damen und Herren, die dritte große Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift. Das bedeutet: Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO. [...]

Wir meinen das sehr ernst. Mit der Aufnahme eines Landes in die NATO ist unser Wille als Bündnispartner verbunden, dieses Land zu verteidigen, und zwar so wie uns selbst. [...]

Meine Damen und Herren, angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan. Deutschland wird dazu seinen solidarischen Beitrag leisten. Das heute klar und unmissverständlich festzuhal-

ten, reicht aber nicht aus; denn dafür braucht die Bundeswehr neue, starke Fähigkeiten.

Und das ist mein viertes Anliegen, meine Damen und Herren. [...] Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine.

Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft? [...]

Das ist eine große nationale Kraftanstrengung. Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. [...]

Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten [...]. Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.

[...] [Wir w]erden [...] unsere Resilienz stärken, technisch und gesellschaftlich, zum Beispiel gegen Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, gegen Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und Kommunikationswege. Und wir werden technologisch auf der Höhe der Zeit bleiben. [...]

Meine Damen und Herren, die Zeitenwende trifft nicht nur unser Land; sie trifft ganz Europa. Und auch darin stecken Herausforderung und Chance zugleich. Die Herausforderung besteht darin, die Souveränität der Europäischen Union nachhaltig und dauerhaft zu stärken. Die Chance liegt darin, dass wir [...] Geschlossenheit wahren [...]. Für Deutschland und für alle anderen Mitgliedsländer der EU heißt das, nicht bloß zu fragen, was man für das eigene Land in Brüssel herausholen kann, sondern zu fragen: Was ist die beste Entscheidung für die Union?

Europa ist unser Handlungsrahmen. Nur wenn wir das begreifen, werden wir vor den Herausforderungen unserer Zeit bestehen.

Damit bin ich beim fünften und letzten Punkt. Putins Krieg bedeutet eine Zäsur, auch für unsere Außenpolitik. So viel Diplomatie wie möglich, ohne naiv zu sein, dieser Anspruch bleibt. Nicht naiv zu sein, das bedeutet aber auch, kein Reden um des Redens willen. [...]

Meine Damen und Herren, wir wissen, wofür wir einstehen, auch angesichts unserer eigenen Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.

Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit. Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen. Ihnen verdanken wir das große Glück, das unser Land seit über 30 Jahren genießt: in einem vereinten Land zu leben, in Wohlstand und Frieden mit unseren Nachbarn. [...]

Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag, online: www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356



Nach der Wiedervereinigung sind viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern enttäuscht, weil es die angekündigten „blühenden Landschaften“ nicht gibt. Ehemalige Fabrikanlage in Neu Plötz, Mecklenburg-Vorpommern 2011

Probleme der inneren Einigung

Die innergesellschaftliche Entwicklung Deutschlands nach der Wiedervereinigung schwankte zwischen Euphorie und Ernüchterung. Im Überschlag der Gefühle, die mit den sich überstürzenden Ereignissen der Wendezeit 1989/90 verbunden waren, wurden viele der Schwierigkeiten übersehen, die der Strukturwandel als Folge der Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands mit sich bringen würde. Als Bundeskanzler Kohl am 21. Juni 1990 in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag behauptete, nur die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten biete die Chance, „dass Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt“, weckte er Erwartungen, die zunächst nur schwer einzulösen waren. Der Begriff der „blühenden Landschaften“ verkehrte sich in sein Gegenteil und wurde zum Sinnbild für die Deindustrialisierung Ostdeutschlands: So wurden darunter bald nicht mehr restaurierte Häuser, pulsierende Städte und florierende Wirtschaftsparks verstanden, sondern überalterte Dörfer, strukturschwache Regionen und stillgelegte Industrielandschaften sowie Rangierbahnhöfe, die sich die Natur zunehmend zurückeroberte.

Die verfügbaren Daten unterstreichen den dramatischen Verfall der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990: Die Industrieproduktion, die bereits von 1989 bis zum Herbst 1990 um die Hälfte gesunken war, fiel bis April 1991 auf 30 Prozent ihres Ausgangsniveaus von 1989 und konnte sich in den folgenden

Jahren kaum erholen. 1997 entfielen auf Ostdeutschland nur noch neun Prozent der Industrieproduktion und rund 10,5 Prozent der Industriebeschäftigten der Bundesrepublik; 1989 hatten die entsprechenden Anteile bei 20 bzw. 32 Prozent gelegen. Das Bruttoinlandsprodukt sank 1990 um 30,5 Prozent und 1991 noch einmal um 2,2 Prozent, ehe sich eine – wenn auch sehr langsame – Verbesserung einstellte.

Ob dieser Absturz vermeidbar gewesen wäre, ist fraglich. Denn anders als in anderen Transformationsländern wie Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn wurde die DDR-Mark zu einem Umtauschkurs von 1:1 sofort auf eine „harte Währung“, die D-Mark, umgestellt, wie es zuvor auch von der ostdeutschen Bevölkerung und allen ostdeutschen Parteien mit großem Nachdruck gefordert worden war. Damit aber brachen die bisherigen Absatzmärkte der meisten ostdeutschen Betriebe weg, da die ehemaligen Kunden aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – dem sozialistischen Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – aufgrund ihrer Devisenknappheit nicht mehr zahlungsfähig waren. Zum anderen entsprach die Anhebung der Löhne in der ehemaligen DDR nur selten der Produktivität der Betriebe. Die Maßnahme war zwar politisch geboten, um die Gefahr sozialer Unruhen oder eine Fortsetzung der Massenabwanderung in den Westen zu vermeiden. Die ostdeutsche Wirtschaft wurde dadurch jedoch einer „Schocktherapie“ ausgesetzt, die sie nicht überleben konnte.

Die daraus resultierende Massenarbeitslosigkeit, die plötzliche Konfrontation mit einer völlig neuen ökonomischen und soziokulturellen Umwelt sowie die Entwertung bisheriger Institutionen, Normen und Leistungen lösten bei vielen Ost-

Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden

[...] Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) erfasst seit 1984 durch jährliche Wiederbefragungen von ca. 20 000 Personen die subjektive Lebenszufriedenheit der Menschen in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durch die Frage: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“. Die Antworten werden dabei mit einer mehrstufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben und seither in Untersuchungen der Glücksforschung verwendet [...].

In der Zeit vor der deutschen Einigung war ein Großteil der Bevölkerung in der DDR sehr unzufrieden mit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch persönlichen Situation. Mit dem Fortgang der friedlichen Revolution standen die Zeichen zunächst auf Zuwachs an Freiheit und materiellen Aufschwung. [...]

Im Jahr der Wiedervereinigung lagen die Werte für Lebenszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland mit 1,3 Punkten Unterschied weit auseinander. [...]

Festzuhalten ist, dass in den Monaten des Systemumbruchs in der Lebenssituation vieler Ostdeutscher abrupte Veränderungen eintraten. Wo sich Betriebe auflösten und Arbeitsplätze verloren gingen, wuchsen die Sorgen um die finanzielle Zukunft. Gleichzeitig einsetzende Enttäuschungen über die Wiedervereinigung drückten auf die Stimmung. Viele Jahre lang klappte eine große Lücke zwischen den in Ost- und Westdeutschland gemessenen Werten für Lebenszufriedenheit. Im Jahr 1991 war der Abstand am größten. Er baute sich im Laufe der 1990er Jahre immer weiter ab, bis Ende der 1990er Jahre die Kurve fast gleichförmig verlief – jedoch weiterhin mit einem messbaren Abstand.

In den darauffolgenden zehn Jahren nahm die Lebenszufriedenheit sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiter zu, bevor sie ab den frühen 2000er Jahren wieder etwas abfiel. [...]

Ab 2015 stiegen die Werte weiter an, wobei sich die subjektive Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland immer stärker an jene Westdeutschlands anglich. Sorgen bezüglich der politischen und ökonomischen Krisen und der Zuwanderung konnten den Anstieg der Lebenszufriedenheit in beiden Teilen nicht nachhaltig beeinflussen [...].

Das SOEP untersucht neben der allgemeinen Lebenszufriedenheit auch das subjektive Wohlbefinden in verschiedenen Lebensbereichen wie Wohnen, Familie, Freizeit, Arbeit, Gesundheit sowie persönlichem Einkommen und Haushaltseinkommen. Sämtliche untersuchten Lebensbereiche werden heute in beiden Teilen des Landes besser bewertet als noch vor zehn Jahren. Das durchschnittliche Niveau in Ostdeutschland liegt jedoch auch heute [2020] in den meisten dieser Bereiche etwas niedriger als in Westdeutschland.

Besonders ausgeprägt zeigt sich dieses Bild bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit. Gesundheit spielt für Lebenszufriedenheit eine entscheidende Rolle. [...]

Überwiegend dynamisch entwickeln sich die Werte der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen und dem Haushaltseinkommen. Die in den letzten Jahren anhaltend gute Konjunktur und die aktuell gute Beschäftigungslage dürften eine Erklärung für das stabil hohe Zufriedenheitsniveau sein. [...]

Die Zufriedenheit in Ostdeutschland in Bezug auf die Wohnsituation hat sich, nach zunächst starken Ost-West-Unterschieden zu Beginn der 1990er Jahre, bereits bis 2005 fast gänzlich

an das westdeutsche Niveau angeglichen. Dies trifft ebenfalls auf die Arbeitszufriedenheit zu, die sich ab 2009 in beiden Teilen Deutschlands angenähert hat. Vollkommen zwischen Ost- und Westdeutschland angeglichen haben sich seit dem Jahr 2015 die Werte für Zufriedenheit mit der eigenen Freizeit. Einzig bei der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung übersteigt die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland jene in Westdeutschland und liegt seit 2005 konstant über den westdeutschen Werten, wenngleich im Jahr 2016 ein leichter Rückgang in Ostdeutschland und eine Verbesserung in Westdeutschland zu verzeichnen war.

Die Entwicklung der Sorgen der Menschen in Ost- und Westdeutschland verläuft im öffentlichen wie auch im persönlichen Bereich ähnlich der Entwicklung der Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen. Bei persönlichen Anliegen, wie der eigenen Gesundheit, der Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, der eigenen wirtschaftlichen Situation und der eigenen Altersvorsorge, zeigt sich im Zeitverlauf, dass sich Ostdeutsche durchgängig etwas mehr sorgen als Westdeutsche. [...]

Seit dem Jahr 2015 wird im SOEP auch die Sorge um den Zusammenhalt in der Gesellschaft erhoben. Im Jahr 2016 sorgten sich darum 36 Prozent der Befragten in West- und 43 Prozent in Ostdeutschland. Damit war allein im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um rund 10 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Die Sorgen um die Umwelt und um die Folgen des Klimawandels waren, bevor dieses Thema jüngst neuerlich hohe öffentliche Aufmerksamkeit und Bedeutung gefunden hat, im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren in beiden Teilen des Landes deutlich zurückgegangen, wobei sich Westdeutsche hier vergleichsweise größere Sorgen machten [...]. Im Jahr 2019 rückte das Thema Umwelt durch die Berichte über den Hambacher Forst und die Fridays-for-Future-Bewegung wieder in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Diese Veränderung im Meinungsklima wird sich in den zukünftigen Ergebnissen des SOEP mit hoher Wahrscheinlichkeit widerspiegeln.

Insgesamt gesehen entwickeln sich die Sorgen in beiden Teilen des Landes recht gleichförmig, doch sind sie in Ostdeutschland meist etwas ausgeprägter. Festzuhalten ist, dass die empfundene Lebenszufriedenheit in den Jahren seit der Deutschen Einheit parallel zum sozioökonomischen Aufholprozess stetig zugenommen hat. Die Deutschen sind heute mehrheitlich durchaus zufrieden mit ihrem Leben. Nach wie vor fällt jedoch in Ostdeutschland in einzelnen Lebensbereichen die Unzufriedenheit höher aus als in Westdeutschland. Die Durchschnittswerte der Lebenszufriedenheit schwanken in Ost- und Westdeutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten zwischen 6 und 7,4 Punkten. Dabei werden die Sorgen der Menschen immer wieder durch äußere Einflüsse verstärkt.

Betrug die Spanne auf dem Sorgenbarometer zwischen Ost und West im Jahr 1990 noch 1,3 Punkte, lag sie 2018 nur noch bei 0,2 Punkten. Zu erwarten ist, dass auch in den kommenden Jahren ein – wenngleich geringer – Ost-West-Abstand auf Grund von sozioökonomischen Unterschieden bestehen bleibt. [...]

Mandy Stobbe war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum soziale Innovation Sachsen-Anhalt.

Auszug aus Mandy Stobbe (2020): Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier „Lange Wege der deutschen Einheit“, <https://bpb.de/47331>, veröffentlicht unter der Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0 DE

deutschen jedoch einen „Transformations- und Einheitsschock“ aus, der verbreitet zu Verunsicherung, Enttäuschung und Resignation führte. Zwar war Deutschland jetzt wieder vereint, aber es existierten noch immer zwei Gesellschaften. Mitte der 1990er-Jahre wurde daher vielfach die Frage gestellt, ob die Entfremdung zwischen Ost und West den Wiedervereinigungsprozess dauerhaft stören könnte.

Anders als häufig vermutet, stellte sich der größte Teil der Ostdeutschen in hohem Maße und mit viel Erfolg auf die neuen Gegebenheiten ein. Ganz abgesehen davon, dass es keinen ostdeutschen „Separatismus“ (d.h. Streben nach einer Abspaltung von Deutschland) und keine nennenswerten Bestrebungen gab, das Rad der Geschichte zurückdrehen, wurden der politische Ordnungswechsel, der sich 1989/90 vollzog, und die Einigung Deutschlands bei Umfragen seit 1990 regelmäßig von etwa 80 Prozent der Befragten befürwortet. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass diese Zustimmung quer durch alle sozialen Schichten und politischen Parteien verlief. Die eingetretene Ernüchterung war demzufolge nicht das Ergebnis einer grundsätzlichen Ablehnung der Wiedervereinigung, sondern hauptsächlich eine Begleiterscheinung der Enttäuschung, die sich aus den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Einigungsprozesses ergab. Nachdem der Systemwechsel und der Institutionentransfer in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre weitgehend abgeschlossen waren, wurden die neuen Verhältnisse von den Menschen daher je nach Erfolg oder Misserfolg als Glücksfall, Chance und Herausforderung oder als Belastung, Ausgrenzung und traumatisches Ende bisheriger Lebensentwürfe begriffen.

Inzwischen scheint die wirtschaftliche Integration insgesamt weitgehend gelungen zu sein. So ergab eine 2019 im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks von Infratest dimap durchgeführte Befragung zu „30 Jahre Mauerfall“, dass jeweils 82 Prozent der Ost- und Westdeutschen ihre persönliche wirtschaftliche Situation als „sehr gut“ oder „gut“ betrachten. Drei Viertel der Ostdeutschen erklärten, die Entwicklung seit 1989 habe für sie „starke oder zumindest einige Verbesserungen“ gebracht; nur 10 Prozent sehen Verschlechterungen. Den-

noch sind die beiden deutschen Teilgesellschaften auch mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall von einer wirklichen Verschmelzung weit entfernt. Jedenfalls zeigt eine 2020 von „forsa“ durchgeführte Umfrage, dass weniger als die Hälfte der Bundesbürgerinnen und -bürger (47 Prozent) der Meinung sind, dass die Menschen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile zu einem Volk zusammengewachsen seien; für 53 Prozent besteht die „Mauer in den Köpfen“ also weiter.

Besonders groß sind die Unterschiede in der Haltung zur Demokratie. So waren laut „Jahresbericht 2020 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit“ 91 Prozent der Menschen im Westen der Meinung, die Demokratie sei die beste Staatsform, im Osten nur 78 Prozent. Zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, waren 2020 laut Infratest dimap nur 35,6 Prozent der Ostdeutschen, unter den AfD-Anhängerinnen und -Anhängern sogar nur 7,2 Prozent. Konträr dazu sagen 86 Prozent der Westdeutschen, dass sie mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind.

Es besteht also eine erhebliche Kluft zwischen der Einschätzung der persönlichen Lebenssituation und der Bewertung der allgemeinen Lage. Dieses Phänomen ist allerdings nicht neu, sondern in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung durchgängig zu beobachten. In den ersten zweieinhalb Jahrzehnten nach 1990 profitierten davon vor allem die PDS und später die Linkspartei.

Inzwischen kommt die Unzufriedenheit der Ostdeutschen besonders der rechtspopulistischen AfD zugute, die bei der Bundestagswahl 2021 in Sachsen und Thüringen mit 24,6 bzw. 24,0 Prozent der Stimmen stärkste Kraft wurde, aber auch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit Stimmenanteilen zwischen 18,0 und 19,6 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 10,1 Prozent lag. Ein Beispiel für den Rechtstrend der politischen Kultur in Ostdeutschland sind ebenfalls die völkisch-nationalistischen Proteste in Dresden seit 2014, nachdem sich dort infolge verstärkter Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland das islam- und fremdenfeindliche Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) gründete.



Studierende vor Paulinum und Neuem Augusteum auf dem Universitätscampus in Leipzig 2022. Die sächsische Stadt verzeichnet seit der Wende einen Bevölkerungszuwachs.

ARD DeutschlandTREND Oktober 2020

Demokratiezufriedenheit

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert alles in allem ... ?

Gesamt



Westdeutschland



Ostdeutschland



Veränderungen in Prozent zu März 2019

Vergleich Bundesrepublik und DDR

Wenn Sie die heutigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit denen in der DDR vergleichen. Was meinen Sie: Ist im heutigen Deutschland die Situation im Vergleich zur früheren DDR [...] eher besser oder eher schlechter?

Bundesrepublik eher besser

Bundesrepublik eher schlechter

Meinungsfreiheit



Gesundheitssystem



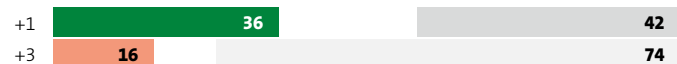
Schulsystem



frühkindliche Betreuung

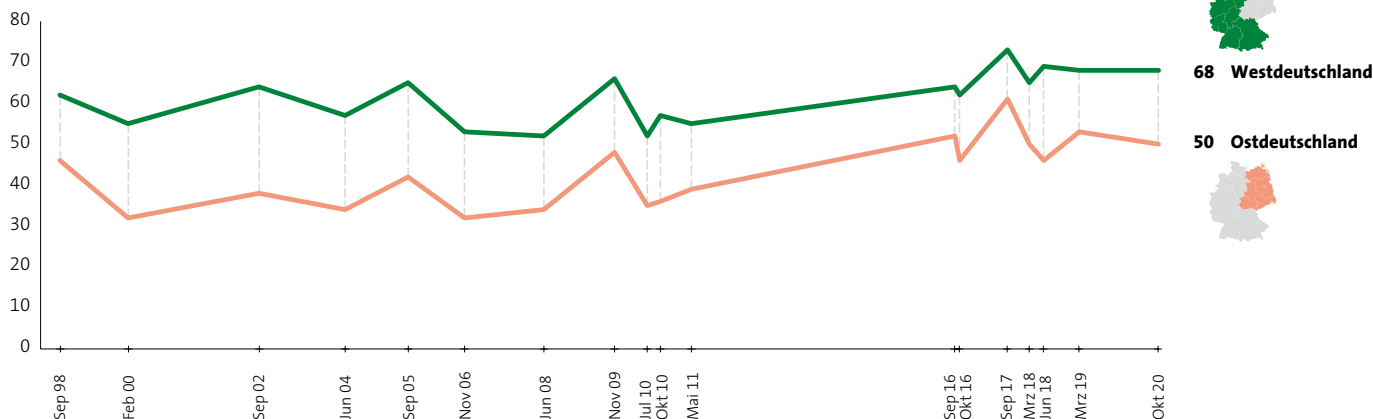


sozialer Zusammenhalt



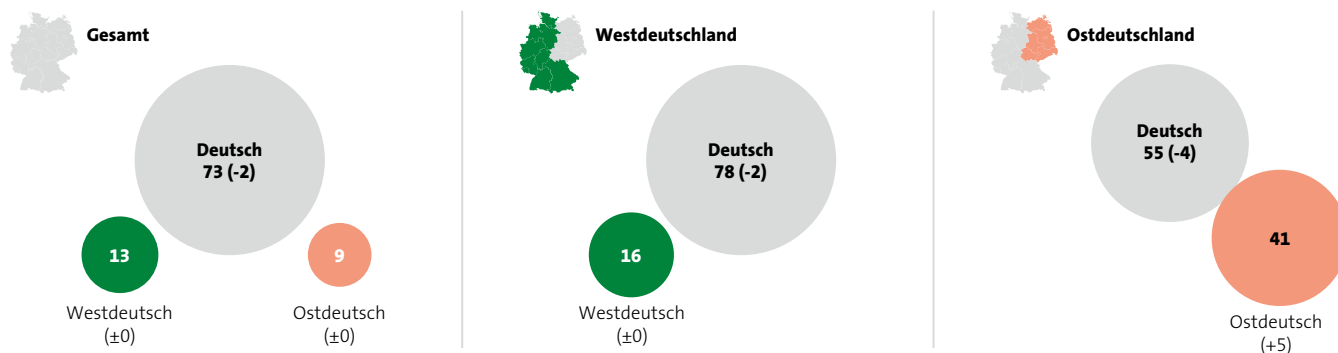
Veränderungen in Prozent zu November 2019

Demokratiezufriedenheit in Prozent



Identität: Deutsch? Westdeutsch? Oder Ostdeutsch?

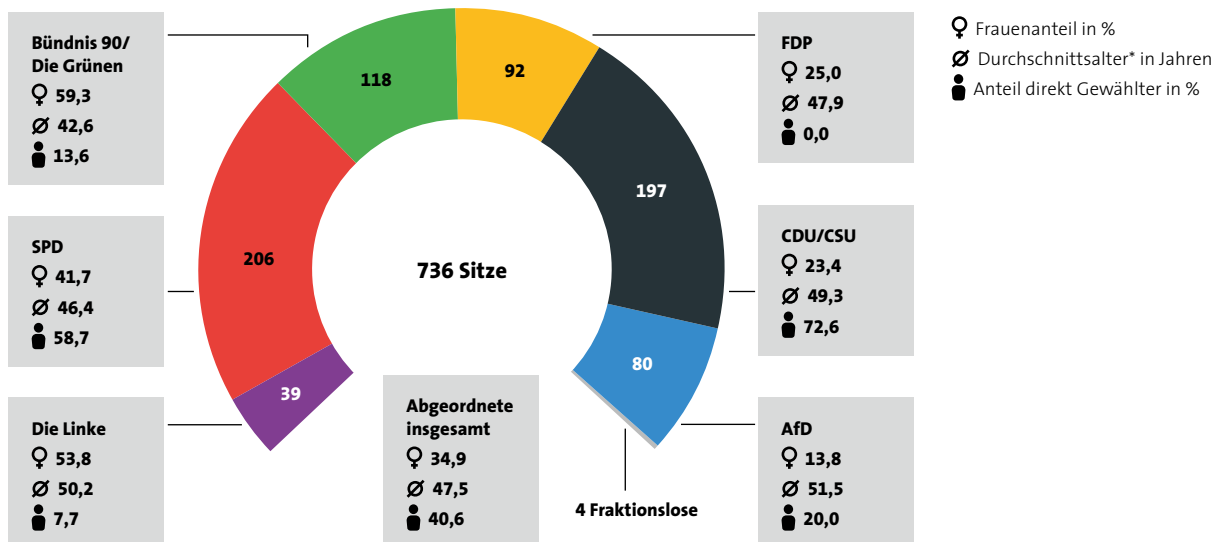
Fühlen Sie sich 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung eher als Ostdeutscher/Westdeutscher oder als Deutscher?



Veränderungen in Prozent zu November 2019

© infratest dimap für den ARD-DeutschlandTrend Oktober 2020; online: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2347.pdf>

Der 20. Deutsche Bundestag



© picture alliance / dpa / dpa-infografik GmbH, Globus 015 173; Quelle: Bundestag

Stand 25. Januar 2022 bzw. *1. Januar 2022

Reformzwänge und ihre Auswirkungen auf die politischen Strukturen

Zu den Herausforderungen, denen sich die „Berliner Republik“ nach der Wiedervereinigung gegenüber sah, gehörte neben der Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenführung der beiden Teilgesellschaften auch die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Der Preis der deutschen Einheit war keine Festgröße, sondern addierte sich in den drei Jahrzehnten seit 1990 zu einer Summe von mehr als zwei Billionen Euro, die für die Sanierung der Infrastruktur der ehemaligen DDR, die Erneuerung der Innenstädte oder zur Förderung von Unternehmen im Bereich der ostdeutschen Länder sowie für Transfers in der Renten- und Arbeitslosenversicherung benötigt wurden, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die sozialen Errungenschaften, über die sich die alte Bundesrepublik zu einem wesentlichen Teil definiert hatte und die nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 1990 auf ganz Deutschland übertragen worden waren, ließen sich daher immer weniger finanzieren. Die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder legte daraufhin 2002 mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission und danach mit der Agenda 2010, die Schröder am 14. März 2003 im Bundestag vorstellte, ein Konzept vor, das drastische Kürzungen im Sozialetat vorsah und von dem Grundsatz ausging, dass man, wie er erklärte, „Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern“ müsse.

Dieser sozialpolitische Neuanfang wurde zwar von der Regierungskoalition gebilligt, löste aber eine öffentliche Protestwelle aus, die bald auch die SPD erfasste. Schon bei der Bundestagswahl im September 2005 verlor die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit, sodass die SPD sich gezwungen sah, eine Große Koalition mit der CDU/CSU unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einzugehen. Enttäuschte SPD-Anhängerinnen und -Anhänger schlossen sich in der Folge 2007 mit der seit 1990 als ostdeutsche Regionalpartei erfolgreichen PDS zur Partei „Die Linke“ zusammen, die sich seither als Bundespartei links der SPD etablieren konnte. Die Große Koalition hingegen führte

die Politik der Agenda 2010 im Wesentlichen fort und erreichte damit in den folgenden Jahren einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Auch nach der Bundestagswahl 2009, als die Union eine Koalition mit der bürgerlich-liberalen FDP bildete, wurde dieser Kurs beibehalten. Im Laufe ihrer Amtsperioden erhielt Merkel für ihre Politik auch über ihre Parteigrenzen hinweg immer wieder Zustimmung.

Beispiele dafür sind unter anderem – wenige Tage nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 – der vorzeitige Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022, die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht am 24. März 2011 und der Umgang mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16. Mit dem Beschluss zum stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie übernahm Merkel eine Politik, die bereits am 14. Juni 2000 von der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder durch eine Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen eingeleitet worden war. Bei der Aussetzung der Wehrpflicht stimmten im Bundestag nicht nur die Fraktionen von CDU/CSU und FDP, sondern auch die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen für die Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses, nachdem die SPD sich bereits Ende Oktober 2007 in ihrem „Hamburger Programm“ für einen „freiwilligen Wehrdienst“ ausgesprochen hatte. Zudem rief Merkel während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 unter dem Slogan „Wir schaffen das“ zu einer „Willkommenskultur“ gegenüber Geflüchteten auf. Diese führte dazu, dass in den Jahren 2015 und 2016 mehr als eine Million Migrantinnen und Migranten sowie Schutzsuchende nach Deutschland kamen, die mehrheitlich aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, aber auch Südosteuropa stammten.

Wie außergewöhnlich die Situation 2015 war, wird erst in einer Gesamtschau der Entwicklung seit den 1950er-Jahren verständlich. So waren nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der Bundesrepublik von 1953 bis 1989 nur 0,9 Millionen sogenannte „Zugänge“ zu verzeichnen, von 1990 bis 2021 aber rund 5,2 Millionen – davon allein 2015/16 knapp 1,2 Millionen. Aufgrund der Tatsache, dass Deutschland ebenso wie andere Staaten Europas und die USA ihre gesetzlichen Regelungen zu Migration und Asyl im Laufe

der sogenannten Flüchtlingskrise mehrfach verschärften, betrug die „Nettozuwanderung“ laut Statistischem Bundesamt 2020 nur noch etwa 220 000 Personen und ist im fünften Jahr in Folge gesunken.

Dazu trug auch die Coronavirus-Pandemie bei, die ab dem Jahr 2020 ebenfalls Einreisebeschränkungen zur Folge hatte. Der Migrationsdruck auf Europa hält jedoch an und führt zu einem breiten Spektrum an Einstellungen und Verhaltensweisen, die zwischen Willkommenskultur und Fremdenfeindlichkeit schwanken.

Die Folgen, die sich aus diesen Entwicklungen ergaben, beeinflussten die politische Struktur und das gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik nachhaltig. Insbesondere gilt dies für das Parteiensystem, das von 1949 bis weit über das Jahr 1990 hinaus durch eine hohe Integrationskraft der „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD geprägt war. Zusammen mit der FDP und den Grünen (seit 1993 Bündnis 90/Die Grünen), denen 1983 erstmals der Einzug in den Bundestag gelang, bildeten SPD und Union ein stabiles Drei- bzw. Vier-Parteiensystem.

Inzwischen ist die Parteienbindung der Wählerinnen und Wähler deutlich schwächer geworden, sodass der Stimmenanteil der Union von 43,8 Prozent im Jahr 1990 auf 24,1 Prozent 2021 zurückging. Die SPD, die 1998 ebenfalls über 40 Prozent erreichte, sank im gleichen Zeitraum von 33,5 auf 25,7 Prozent. Die FDP, Bündnis 90/Die Grünen, die Linkspartei und die AfD gewannen mit Stimmenanteilen zwischen 4,9 und 14,8 Prozent bei der Bundestagswahl im September 2021 dementsprechend an Bedeutung. Wie in einem Vielparteiensystem üblich, werden Regierungsbildungen erschwert, auch wenn damit nicht zwangsläufig größere politische Unsicherheit einhergeht. Das Anwachsen der rechtspopulistischen AfD, bei der vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geprüft wird, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Verfassung steht, ist jedoch ein Zeichen für die Polarisierung der politischen Kultur, die Radikalismus wieder zulässt und den gesellschaftlichen Konsens gefährdet.

Fazit

Die Zwischenbilanz drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung fällt damit zwiespältig aus. Der Umbruch von 1989/90 ist Geschichte, aber die innere Einheit ist noch nicht erreicht. Die mit der Agenda 2010 eingeleiteten Reformen erwiesen sich als wirksam und haben zu sinkenden Arbeitslosenzahlen und einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geführt, sodass

die Bundesrepublik sich trotz der Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise 2008 und der „Eurokrise“ seit 2009 zumindest bis 2019 wirtschafts- und finanzpolitisch auf einem guten Weg befand. Angesichts der notwendigen Ausgaben zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und des demografischen Wandels hin zu einer überalterten Gesellschaft, der vor allem die Bereiche Gesundheit und Renten zunehmend belastet, sowie des Ukraine-Krieges, der zu energiepolitischen Engpässen und hoher Inflation führte, scheint dieser positive Trend jedoch gebrochen. Zukunftssorgen prägen stattdessen die Gegenwart.

In der Innenpolitik vermochte die „Berliner Republik“ durch drei Machtwechsel 1998, 2005 und 2021 ihre demokratische Reife auch unter neuen parteipolitischen Bedingungen zu beweisen. Die unterschiedlichen Akzente, die von den Bundeskanzlern Helmut Kohl und Gerhard Schröder sowie von Bundeskanzlerin Angela Merkel gesetzt wurden und die auch Bundeskanzler Olaf Scholz mit seiner „Zeitenwende“-Rede und seiner Neuorientierung der deutschen Russland-Politik bereits gesetzt hat, spiegelten dabei den Wandel des Zeitgeistes wider, der sich mit dem „Epochenbruch“ 1989/90 ankündigte. Doch Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und Angriffe auf die demokratische Ordnung, die sich in Deutschland wie in manchen anderen Ländern Europas und nicht zuletzt in den USA zeigen, geben deshalb einigen Anlass zur Sorge.

In der Außenpolitik hat sich Deutschland in das neue europäische Mächtesystem nach dem Ende des Kalten Krieges eingefügt und als Mitglied der Europäischen Union, der NATO und der UNO sowie zahlreicher weiterer Organisationen eine aktive Rolle auf der internationalen Bühne übernommen. Zugleich ist die Welt unübersichtlicher und unsicherer geworden. Regionale Konflikte, wie im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika oder in der Ukraine, haben zugenommen und könnten die internationale Stabilität zusammenbrechen lassen. Und die Herausforderungen, die aus der Globalisierung, terroristischen Bedrohungen, der Migration und dem immer noch schwierigen und durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine noch schwieriger gewordenen Verhältnis zu Russland sowie zur neuen „Supermacht“ China erwachsen, stellen Risiken dar, die vielfach bereits als Beginn eines neuen Kalten Krieges zwischen Ost und West gesehen werden. Zudem besteht die Notwendigkeit, durch einen raschen Verzicht auf neue Treibhausgase und weitreichende Eingriffe in Verkehr und Wirtschaft die Klimakrise zu bewältigen, um die globale Erwärmung einzudämmen. Welche Auswirkungen sich daraus für die Energieversorgung, das wirtschaftliche Wachstum und den gesellschaftlichen Wohlstand ergeben, ist noch nicht absehbar.



SELFIE ZUM 3. OKTOBER

Der Weg zur Einheit – Chronik

28. November – 1. Dezember 1943 In Teheran beraten Stalin, Churchill und Roosevelt über eine mögliche Teilung Deutschlands nach dem Krieg

5. Juni 1945 Berliner Deklaration: Die vier Siegermächte (Frankreich, USA, Großbritannien, UdSSR) übernehmen die „Oberste Regierungsgewalt in Deutschland“, Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren

17. Juli – 2. August 1945 Potsdamer Konferenz

5. Juni 1947 Die USA kündigen ein Hilfsprogramm für Europa („Marshall-Plan“) an

20. Juni 1948 Währungsreform durch Einführung der DM in den westlichen Besatzungszonen

23. Juni 1948 Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

24. Juni 1948 – 12. Mai 1949 Berlin-Blockade; britisch-amerikanische Luftbrücke zur Versorgung West-Berlins mit Waren und Lebensmitteln

23. Mai 1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland

7. Oktober 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

6. Juli 1950 Görlitzer Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze zwischen Polen und der DDR

29. September 1950 Aufnahme der DDR in den osteuropäischen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

18. April 1951 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) (Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik) in Paris

20. September 1951 Berliner Abkommen: Unterzeichnung des Interzonenhandelsabkommens zw. der Bundesrepublik und der DDR

26. Mai 1952 „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten“ (auch Deutschland- oder Generalvertrag genannt)

17. Juni 1953 Arbeiterproteste und Volksaufstand in der DDR, Niederschlagung durch sowjetische Soldaten und DDR-Volkspolizisten

25. März 1954 Die UdSSR erweitert die Souveränitätsrechte der DDR

23. Oktober 1954 Pariser Verträge zw. der Bundesrepublik und den Westmächten (Die Bundesrepublik wird am 5. Mai 1955 be dingt souverän)

9. Mai 1955 NATO-Beitritt der Bundesrepublik

14. Mai 1955 Bildung des „Warschauer Pakts“ (DDR, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei und UdSSR)

26. Juli 1955 Chruschtschow (Generalsekretär der KPdSU) verkündet die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie, die von einer Teilung Deutschlands ausgeht

22. September 1955 Hallstein-Doktrin: Die Bundesregierung unterhält keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten, die die DDR anerkennen (mit Ausnahme der UdSSR)

25. März 1957 Römische Verträge: europäische Integration der Bundesrepublik

27. November 1958 Berlin-Ultimatum: Chruschtschows Forderung nach einer entmilitarisierten „Freien Stadt Berlin“ scheitert am westlichen Widerstand

8. September 1960 Beschluss der DDR, dass Bundesbürger generell nur noch mit einer Aufenthaltsgenehmigung nach Ost-Berlin einreisen dürfen; die Bundesrepublik reagiert darauf mit der Aufkündigung des Interzonenabkommens

13. August 1961 Beginn des Mauerbaus

20. Februar 1967 Proklamation einer eigenen DDR-Staatsnation durch die Volkskammer der DDR

19. März 1970 Erster innerdeutscher Gipfel: Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des DDR-Ministerrates Willi Stoph treffen sich in Erfurt

12. August 1970 Deutsch-sowjetischer Vertrag über Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen (sog. Moskauer-Vertrag)

7. Dezember 1970 Warschauer Vertrag zw. Bundesrepublik und Polen (Normalisierung der Beziehungen und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie)

3. September 1971 Vier-Mächte-Abkommen über Berlin durch die USA, Großbritannien, Frankreich und die UdSSR (Sicherung der westlichen Zufahrtswege und Anerkennung der bestehenden politischen Verhältnisse)

21. Dezember 1972 Grundlagenvertrag zw. der Bundesrepublik und der DDR

18. September 1973 Die Bundesrepublik und die DDR werden Mitglieder der UNO

2. Mai 1974 DDR und Bundesrepublik eröffnen „Ständige Vertretungen“ in Bonn bzw. Ost-Berlin

1. August 1975 Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch 35 Staats- und Regierungschefs in Helsinki

30. Oktober 1980 Regierung in Ost-Berlin hebt visafreien Verkehr zwischen der DDR und Polen auf

Juli 1984 Erste „Botschaftsbesetzung“ in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin

7.–11. September 1987 Erich Honecker zu Besuch in Bonn

ab 18. April 1989 Abbau der Befestigungsanlagen an der Grenze Ungarns zu Österreich

7. Mai 1989 Kommunalwahlen in der DDR: Oppositionelle stellen erstmals Wahlfälschungen fest und machen sie publik

7. Juli 1989 Gorbatschow erklärt vor dem Europarat die Einmischung in innere Angelegenheiten von Freunden und Verbündeten als unzulässig

Sommer 1989 DDR-Bürger besetzen westliche diplomatische Vertretungen in Budapest, Warschau, Ost-Berlin und Prag

4. September 1989 Erste „Montagsdemonstration“ in Leipzig nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche: Forderungen nach Reise- und Versammlungsfreiheit

11. September 1989 DDR-Flüchtlinge dürfen offiziell aus Ungarn ausreisen

September/Oktober 1989 Gründung des Neuen Forums, der SPD, des Demokratischen Aufbruchs und von Demokratie Jetzt

1. Oktober 1989 Erste Sonderzüge aus Warschau und Prag mit ca. 6800 DDR-Flüchtlingen durchqueren die DDR; Ausreisewillige DDR-Bürger versuchen, auf die Züge aufzuspringen

6./7. Oktober 1989 Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR werden von öffentlichen Demonstrationen und Aktivitäten der Oppositionsgruppen begleitet

16. Oktober 1989 Leipziger Montagsdemonstration mit 120 000 Teilnehmern („Wir sind die Mehrheit! Wir sind das Volk!“)

17./18. Oktober 1989 Sturz Erich Honeckers; Egon Krenz wird neuer Generalsekretär der SED

27. Oktober 1989 Erlass einer Amnestie für Ausgereiste bzw. Flüchtlinge und Demonstranten

1. November 1989 Aufhebung der Reisebeschränkungen gegenüber der Tschechoslowakei und Erklärung der DDR-Regierung, dass ihre Bürger direkt von der ČSSR in die Bundesrepublik fahren könnten

1. Novemberwoche 1989 Die Demonstrationsbewegung erreicht ihren Höhepunkt

7. bzw. 8. November 1989 Die Regierung der DDR und das Politbüro der SED treten geschlossen zurück

9. November 1989 Der ZK-Sekretär für Information, Günter Schabowski, gibt bekannt, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe; Massenansturm an den Grenzübergängen; Grenzsoldaten öffnen schließlich nach 28 Jahren die Berliner Mauer

13. November 1989 Hans Modrow wird zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt

15. November 1989 Generalsekretär Gorbatschow spricht in Moskau beiläufig von einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands

17. November 1989 Modrow schlägt in seiner Regierungserklärung eine „Vertragsgemeinschaft“ zw. den beiden deutschen Staaten vor

28. November 1989 Bundeskanzler Kohl stellt ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor

3. Dezember 1989 Machtwechsel: Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED

7. Dezember 1989 DDR-Regierung und Oppositionsgruppen treffen sich erstmals am zentralen „Runden Tisch“, um über die Zukunft der DDR zu sprechen

11. Dezember 1989 Erstmals wird bei den Montagsdemonstrationen in der DDR der Ruf nach Wiedervereinigung laut („Wir sind ein Volk“)

19. Dezember 1989 Kohl besucht Dresden und trifft Modrow

24. Dezember 1989 Einführung des visafreien Verkehrs zw. den beiden deutschen Staaten

1. Januar 1990 Beginn der Verhandlungen auf Ministerebene über die Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft zw. der Bundesrepublik und der DDR

30. Januar 1990 Modrow in Moskau: Die UdSSR signalisiert, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung zu respektieren

7. Februar 1990 Beginn der Verhandlungen über die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion

1. März 1990 Gründung der Treuhand

18. März 1990 Erste freie Volkskammerwahl in der DDR: Allianz für Deutschland wird stärkste Kraft

12. April 1990 Wahl Lothar de Maizières zum neuen Ministerpräsidenten der DDR

5. Mai 1990 Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: Erste Verhandlungsrunde auf Außenministerebene

18. Mai 1990 „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“

18. Juni 1990 Kreditvertrag zw. der Bundesrepublik und der UdSSR in Moskau

1. Juli 1990 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

5. und 6. Juli 1990 Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten in London: Erklärung bzgl. eines grundlegenden Wandels der Atlantischen Allianz

14.–16. Juli 1990 Kohl besucht Gorbatschow im Kaukasus: Sowjetisches Zugeständnis, dass Deutschland weiterhin NATO-Mitglied bleiben könne

23. August 1990 Das ostdeutsche Parlament votiert mit 294 zu 62 Stimmen für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des GG

31. August 1990 „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“

12. September 1990 Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ in Moskau

3. Oktober 1990 Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes

2. Dezember 1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Quellen- und Literaturhinweise

Ahbe, Thomas / Hofmann, Michael / Stiehler, Volker (Hg.): Redefreiheit – Öffentliche Debatten in Leipzig im Herbst 1989, Leipzig 2014, 752 S.

Böck, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Göttingen 2018, 767 S.

Bösch, Frank (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, 491 S.

Buddenberg, Susanne / Henseler, Thomas: Berlin – Geteilte Stadt. Zeitgeschichten, Berlin 2014, 96 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Umbruchzeiten – Ausgewählte APuZ-Beiträge 1987 bis 1990 (APuZ-Edition, bpb-Schriftenreihe, Bd. 1464), Bonn 2014, 264 S.; nur als EPUB verfügbar unter www.bpb.de/192338

Dies. (Hg.): Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte: Deutsche Einheit (APuZ 28–29/2020); online verfügbar unter www.bpb.de/312276

Dies. (Hg.): Reihe Falter: 3. Oktober. Tag der Deutschen Einheit, Bonn 2015; Geschichte der DDR, Bonn 2019; 9. November 1989. Fall der Mauer, Bonn 2014; online verfügbar unter www.bpb.de/falter

Dies. (Hg.): Reihe Informationen zur politischen Bildung/izpb: Sowjetunion II: 1953–1991 (Nr. 323/2017); Sowjetunion I: 1917–1953 (Nr. 322/2014); Geschichte der DDR (Nr. 312/2011); Deutschland 1945–1949 (Nr. 259/2005); Deutschland in den 50er Jahren (Nr. 256/1997); Infoaktuell: Der 18. März in der deutschen Demokratiegeschichte (Nr. 26/2014); online verfügbar unter www.bpb.de/izpb

Dies. (Hg.): Reihe Themenblätter im Unterricht: Alles vereint? 30 Jahre deutsche Einheit (Nr. 124), Bonn 2020; Meilensteine der deutschen Einheit (Nr. 83), Bonn 2021; online verfügbar unter www.bpb.de/themenblaetter

Dies. (Hg.): Reihe Zeitbilder: Guter Osten – Böser Osten, Bonn 2019, 496 S.; Über Mauern. Teilung, Friedliche Revolution und Deutsche Einheit in der bildenden Kunst, Bonn 2021, 391 S.

Fröhlich, Stefan: „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik, Paderborn u. a. 2001, 311 S.

Gehler, Michael: Deutschland. Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft 1945 bis heute, Köln 2020, 589 S.

Hartewig, Karin: Wir sind im Bilde – Eine Geschichte der Deutschen in Fotos vom Kriegsende bis zur Entspannungspolitik, Leipzig 2010, 311 S.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2015, 1452 S.

Hertle, Hans-Hermann: Die Berliner Mauer. Biographie eines Bauwerks, 2., aktual. Aufl., Berlin 2015, 248 S.

Ders.: Sofort, unverzüglich. Die Chronik des Mauerfalls, Berlin 2019, 368 S.

Kaminsky, Anne (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, 3., aktual. u. erw. Aufl., Berlin 2017, 664 S.

Klier, Freya (Hg.): Wir sind ein Volk! Oder? Die Deutschen und die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 2020, 220 S.

Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, 1168 S.

Kowalczyk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg, 2 Bde., bpb in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin. Teil 1 – 1989 bis heute: 45 Studien & Essays zur Lage des Landes; Teil 2 – Gegenwart und Zukunft: 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews, (bpb-Schriftenreihe, Bd. 10676/I u. 10676/II), Berlin / Bonn 2021, 770 S. u. 575 S.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 3., überarb., korr. u. erw. Neuausg., München 2015, 623 S.

Ders.: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, 319 S.

Krenz, Egon: Herbst '89. Mit einem aktuellen Text, Berlin 2009, 479 S.

Malycha, Andreas: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989–1994, Berlin 2022, 752 S.

Möller, Horst / Pautsch, Ilse Dorothee / Schöllgen, Gregor / Wentker, Hermann / Wirsching, Andreas (Hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte): Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, bearb. von Heike Amos und Tim Geiger, Göttingen 2015, 834 S.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. Aufl., Berlin 1998, 969 S.

Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, 3. Aufl., Berlin 2009, 487 S.

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, 2., durchges. Aufl., München 2009, 490 S.

Rost, Andreas: 3. Oktober 90, Berlin / Tübingen 2020, 116 S.

Schabowski, Günter: Der Absturz, Berlin 1991, 332 S.

Schroeder, Klaus: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München / Wien 2000, 272 S.

Schröder, Richard: Irrtümer über die deutsche Einheit, 2., akt. u. erw. Aufl., Freiburg i. Br. u. a. 2014, 304 S.

Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, 5., akt. Aufl., München 2011, 394 S.

Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, 2. Aufl., Berlin 2020, 1292 S.

Westad, Odd Arne: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2020, 763 S.

Internetangebote

www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/

bpb-Dossier „Deutsche Teilung – deutsche Einheit“

www.bpb.de/lange-wege-der-deutschen-einheit/

bpb-Dossier „Lange Wege der deutschen Einheit“

www.freiheit-und-einheit.de

Internetseite der Bundesregierung zur Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung

www.bpb.de/deutschlandarchiv

Wissenschaftlich fundierte Beiträge zur deutschen Nachkriegsgeschichte und zum Einigungsprozess

www.archiv-buergerbewegung.de

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig. Archiv, Publikationen und Ausstellungen zur DDR-Geschichte 83

www.berliner-mauer-gedenkstaette.de

Dokumentationszentrum Berliner Mauer

www.chronik-der-mauer.de/

Texte, Fotos, Tonaufnahmen und Bewegtbilder zu 28 Jahren Berliner Mauer

<https://www.fu-berlin.de/sites/fsed/index.html>

Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

www.bstu.bund.de

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

www.inkar.de

Online-Atlas zu den Lebensbedingungen in Deutschland

Bildnachweise

akg-images

5 links: akg-images / UIG / Universal History Archive / **5 Mitte:** akg-images / **5 rechts:** akg-images / **7:** akg-images / **9:** akg-images / **61:** akg-images / Purkiss Archive

Imago

14: photothek / **14:** Ulrich Hässler / **39 unten rechts:** ITAR-TASS / **65:** fossiphot / **72 unten rechts:** ITAR-TASS / **76:** Imagebroker / Werner Dieterich

Picture Alliance

8: dpa | fotomil / **10 oben:** akg-images | akg-images / **11:** dpa | dpa / **15 oben:** Wilhelm Bertram | Wilhelm Bertram / **15 unten links:** ddrbildarchiv | Heinz Schönfeld / **15 unten rechts:** dpa | dpa / **16:** AP Photo | Jacques Langevin / **18 links:** dpa | Tass / **18 rechts:** AP Images | Boris Yurchenko / **20:** dpa | ADN Zentralbild / **20:** dpa | dpa / **22:** Votava | Bo196 / **23 oben:** dpa | Roland Holschneider / **24:** ZB | Thomas Uhlemann / **26 oben:** dpa | Reinhard Kemmether / **26 unten:** Wolfgang Eilmes | Wolfgang Eilmes / **27 oben:** dpa | ADN Zentralbild / **29:** ZB | - / **30:** Reinhard Kemmether | Reinhard Kemmether / **32:** akg-images | akg-images / **33 unten:** dpa | Frank Leonhardt / **34:** ZB | transit / Harald Kirschner / **36 oben links:** zb | Paul Glaser / **40:** dpa | Thomas Wattenberg / **41:** Wolfgang Weihs | Wolfgang Weihs / **43 unten:** dpa | ADN Zentralbild / **44 unten rechts:** ZB | Ulrich Hässler / **45 unten:** ZB | Karlheinz Schindler / **46:** dpa | AFP / **47 rechts:** dpa | - / **48:** CPA Media Co. Ltd | - / **49:** Tim Brakemeier | Tim Brakemeier / **50 oben:** dpa | afp / **52 Mitte:** dpa | ADN / **52 unten:** dpa | Roland Holschneider / **53:** AP Photo | Thielemans / **57 oben:** dpa | Roland Holschneider / **57 unten:** dpa | Wolfgang Kumm / **58:** dpa | Oliver Berg / **63:** dpa | Michael Jung / **64:** zb | Paul Glaser / **69:** Ulrich Baumgarten | Ulrich Baumgarten / **71 oben rechts:** dpa | ANSA Daniel Dal Zennaro / **71 Mitte:** dpa | Maurizio Gambarini / **72 oben links:** dpa | Matthias Schrader

Reuters

23 unten: Stringer / Str Old / **71 unten rechts:** REUTERS Antony Njuguna

Süddeutsche Zeitung Photo

6 oben: Scherl / Süddeutsche Zeitung Photo / **6 unten links:** SZ Photo / Süddeutsche Zeitung Photo / **6 unten rechts:** United Archives / TopFoto / Süddeutsche Zeitung Photo / **10 unten:** Max Scheler / Süddeutsche Zeitung Photo / **12:** dpa / Süddeutsche Zeitung Photo / **27 unten:** Jose Giribas / Süddeutsche Zeitung Photo / **43 oben links:** amw / Süddeutsche Zeitung Photo / **74:** Stefan Boness / IPON / Süddeutsche Zeitung Photo

Ullstein Bild

39 oben links: vario images / **43 oben rechts:** Klaus Mehner / **43 Mitte links:** Klaus Mehner / **43 Mitte rechts:** vario images / **47 links:** vario images / **51:** Ulrich Baumgarten / **56 links:** Liebe / **56 rechts:** dpa / **66:** imageBROKER / Andreas Vitting

Karikaturen

4: © Fritz Behrendt / Baaske Cartoons / **79:** © nelcartoons.de

Weitere Bildnachweise

31: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1109-030; Fotograf: Thomas Lehmann / **33 oben:** Bundesregierung, B 145 Bild-00048578 / Fotograf: Klaus Lehnartz / **52 oben:** Bundesregierung, B 145 Bild-00179867 / **54:** Bundesregierung, B 145 Bild-00048396 / Fotograf: Christian Stutterheim / **67:** © Deutscher Bundestag / Presse-Service Steponaitis

Der Autor

Prof. Dr. Manfred Görtemaker, geb. 1951, ist Emeritus der Professur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind die deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie internationale Beziehungen, insbesondere die Geschichte des Ost-West-Verhältnisses im 20. Jahrhundert (Kalter Krieg und Entspannung).

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: www.bpb.de/izpb
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Laura Gerken, Jutta Klaeren (verantwortlich/bpb), Robin Siebert, Christine Eckes (Volontärin)

Redaktionelle Mitarbeit:

Jan Brunner, Potsdam; Stefan Schult, Bonn

Titelbild:

picture alliance / ddrbildarchiv.de / Manfred Uhlenhut | ddrbildarchiv.de / Manfred Uhlenhut; an der Berliner Mauer im März 1990

Umschlagrückseite:

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny,
Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH, 77933 Lahr

Vertrieb:

 IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

 vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

 September 2022

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.





*Ilko-Sascha Kowalczuk / Frank Ebert /
Holger Kulick (Hrsg.)*

(Ost)Deutschlands Weg

45 Studien & Essays zur Lage des Landes
Teil I – 1989 bis heute



*Ilko-Sascha Kowalczuk / Frank Ebert /
Holger Kulick (Hrsg.)*

(Ost)Deutschlands Weg

35 weitere Studien, Prognosen & Interviews
Teil II – Gegenwart und Zukunft



Eine deutsche Zeitreise von 1989 bis 2021 in zwei Bänden. In diesem Doppelband analysieren und reflektieren 90 Autor*innen den konfliktreichen deutschen Transformationsprozess, insbesondere im Osten der Bundesrepublik, und geben zugleich einen Überblick über den aktuellen Stand der Deutschland-Forschung. Die Grundfragen: Was wurde nach über 30 Jahren mühevollen Zusammenwachsens erreicht, was ist gescheitert, was bleibt dringend noch zu tun? Und was hat Corona zusätzlich erschwert?

Mehr dazu gibt es hier:
www.bpb.de/335290

Mehr Infos:



**DEUTSCH
LAND
ARCHIV**

